

**Jede Zelle der Kirche, die Diözese, die Pfarrei, jeder katholische Verband, jede lose Gruppe und vorübergehende Begegnung ist nur insoweit wahrhaft Kirche, als sie lebendige Gemeinschaft in Christus wird.**

Julius Kardinal Döpfner

## Der 81. Deutsche Katholikentag in Bamberg

Der 81. Deutsche Katholikentag, der vom 13. bis zum 17. Juli in der Bischofsstadt Bamberg stattfand, unterschied sich in mehrfacher Hinsicht von seinen unmittelbaren Vorgängern, besonders auffallend von den beiden letzten Katholikentagen in Hannover und Stuttgart. Zum erstenmal wurde in Bamberg ein Katholikentag neuen Typs durchgeführt, nachdem man nach dem Stuttgarter Katholikentag beschlossen hatte, nicht mehr wie bisher jedes zweite Jahr Katholikentage mit Großveranstaltungen und Massenkundgebungen abzuhalten, sondern zwischen solchen Veranstaltungen großen Stils und dem bescheideneren Typus eines erweiterten Kongresses der „Führungskräfte“ der katholischen Verbände abzuwechseln. Insofern war der Bamberger Katholikentag auch organisatorisch ein Experiment.

Es war dadurch gekennzeichnet, daß man zwar auf Massenveranstaltungen verzichtete — aus diesem Grunde hatte man nicht wie üblich eine der deutschen Großstädte, sondern eine mittlere Provinzstadt mit glorreicher historischer Vergangenheit gewählt —, aus dem „Kongreß der Führungskräfte“ aber doch keine reine Arbeitstagung mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Gesprächen veranstaltete, sondern doppelgleisig vorging, indem zwar das Schwergewicht auf die Vorträge und Beratungen in den Arbeitsversammlungen verlegt wurde, man aber trotzdem nicht ganz auf das breite Publikum verzichtete und deswegen den eigentlichen Kern des Katholikentages mit einem Kranz von öffentlichen Veranstaltungen, Gottesdiensten und Referaten umgab, die einen breiteren Kreis von Personen zuließen, auch wenn, durch die etwas eingengten Raumverhältnisse bedingt, sich die Zahlen auch bei diesen Veranstaltungen in bescheidenen Grenzen hielten.

Veranstalterisch kann man das Experiment als Ganzes wohl als gelungen ansehen, die räumlichen Verhältnisse erwiesen sich für einen Katholikentag solchen Ausmaßes geradezu als ideal. Trotzdem blieb der Eindruck haften, als sei es nicht recht geglückt, zwischen den öffentlichen Veranstaltungen und den Arbeitsversammlungen eine durchgängige Verbindung herzustellen und so der Tagung als Ganzer ein einheitliches Gesicht zu geben. Das hing freilich auch damit zusammen, daß man sich gerade bei diesem Katholikentag einer ausgesprochen offenen

Programmatik befleißigte, um möglichst viele Stimmen zum Zuge kommen zu lassen. Trotzdem könnte man an den Bamberger Katholikentag die Überlegung anknüpfen, ob es für das Arbeitsklima einer solchen Versammlung nicht förderlicher wäre, auf die Fülle von Veranstaltungen, die nebeneinander herliefen, ganz zu verzichten, um den zur Beratung anstehenden Sachproblemen mehr Raum zu geben und um diese in einer größeren Vielfalt von Gruppen und Arbeitskreisen ausdiskutieren zu können. Man hätte sich vor allem eine engere Verbindung zwischen den gottesdienstlichen Veranstaltungen und den Arbeitsversammlungen gewünscht. In Bamberg ging vieles, was an Anregendem auch in manchen Predigten und Wortgottesfeiern gesagt wurde, etwas unter oder konnte wenigstens in keine rechte Beziehung zu den Arbeitsveranstaltungen gebracht werden.

### *Das Programm*

Der Bamberger Katholikentag stand unter dem Leitwort „Auf Dein Wort hin“ (Luk. 5, 5). Dieses Leitwort war mit Bedacht gewählt worden. In ihm sollten gewissermaßen Situation, Auftrag und Verpflichtung des deutschen Katholizismus, genauer der Kirche in Deutschland nach dem Konzil, eingefangen werden. Die Bewältigung des Konzils, das Studium seiner Beschlüsse, die Konkretisierung seiner Aussagen, die kritische Selbstprüfung angesichts der konziliaren Erneuerung, die Inangriffnahme der ersten institutionellen Reformen, wie sie in den verschiedenen Konzilsdekreten, insbesondere im Bischofsdekret und im Dekret über das Laienapostolat, vorgesehen sind, das waren die Aufgaben, die sich die Veranstalter gestellt hatten. Man wollte unmittelbar nach Konzilsabschluß die Chance des Gesprächs, die ein solcher Katholikentag bietet, nutzen, um sich in dialogischer Form über die innerkirchlichen Vorgänge zu orientieren, gewissermaßen die Stimmung des Kirchenvolkes zu erkunden und Schlüsse für das eigene Handeln innerhalb des organisierten Katholizismus zu ziehen. Man hatte sich aber wohl selbst etwas überfordert, wenn man den Katholikentag gewissermaßen als deutsches Nachkonzil ausgegeben hatte und etwas zu allgemein und umfänglich von der Umsetzung der Konzilsbeschlüsse in die konkrete deutsche Wirklichkeit durch den Bamberger

Katholikentag gesprochen hatte. Das nicht gerade wohlklingende Wort von der „Eindeutschung“ des Konzils wurde in Bamberg viel belächelt und noch häufiger wiederholt. Was immer mit einer solchen Eindeutschung gemeint war, der Katholikentag wäre restlos überfordert gewesen, hätte er überhaupt versucht, die ganze vielgestaltige Konzilsthematik in seinen Veranstaltungen und Beratungen auf einen Nenner zu bringen. Man hatte naturgemäß eine Themenauswahl getroffen, die für eine Versammlung in erster Linie von Laien, genauer von dem in den katholischen Verbänden organisierten Laientum, nahelag. Dadurch konzentrierte sich das sachliche Bemühen in den Arbeitsversammlungen hauptsächlich auf zwei Themenkreise, die durch die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute und das Dekret über das Laienapostolat vorgegeben waren. Die drei Arbeitsversammlungen über die Zusammenarbeit in der erneuerten Kirche, über den politischen Auftrag der Katholiken im Lichte der Konzilsbeschlüsse und über Bildung und Kultur gingen über diesen thematischen Rahmen kaum hinaus. Tatsächlich waren aber damit Kernprobleme des deutschen Katholizismus der Nachkonzilszeit angesprochen, Kernprobleme, mit denen weitgehend die Notwendigkeit einer gewissen Selbstprüfung und des Umdenkens verbunden ist. Hatte das Schlagwort von der Eindeutschung einen konkreten Sinn, so bestand dieser gerade darin, daß auf dem Bamberger Katholikentag Konzilsthemen behandelt wurden, die eine spezifisch deutsche Situation meinen (Reform der katholischen Verbände und Erneuerung der Zusammenarbeit zwischen Hierarchie und Laienschaft, Neuinterpretation des politischen Auftrags und seiner organisierten Ausdrucksformen, Besinnung auf gewisse geschichtliche Fehlformen im Verhältnis von Kirche und Welt, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen bestimmter historisch gewachsener Verhaltensweisen der Katholiken im Bereich von Bildung und Kultur), man sich aber auch auf diese Themen beschränkte und z. B. die gesamtkirchlich und vom Konzil her viel zentraler gelegenen Fragen nach der Erneuerung der Kirche aus ihren biblischen Fundamenten und kirchliche Erscheinungsweisen nach den Erfordernissen moderner Seelsorge zwar hin und wieder angesprochen wurden, aber im Ganzen des Katholikentages nicht zum Tragen gekommen sind.

Von den Wurzeln seiner Planung her sollte die Bamberger Tagung ein Katholikentag der Neuorientierung sein. Nichts lag näher als das. Trotzdem hätte man den Katholikentag überfordert, hätte man nun erwartet, er würde gewissermaßen konkrete Lösungen anbieten und die Losung für die strukturelle und pastorale Erneuerung der Kirche ausgeben. Eher traf wohl die Bezeichnung Katholikentag der Unruhe zu. Phänomene der inneren Gärung waren reichlich vorhanden. Aber vielleicht noch charakteristischer war ein weitverbreitetes Gefühl der Unsicherheit und der Hilflosigkeit angesichts der Forderungen, die eine sachgerechte Verwirklichung der Konzilsbeschlüsse an den Einzelnen und an die kirchlichen Organisationen stellt. Man war zugegebenermaßen auf die Gespräche nur unzulänglich vorbereitet. Man wäre vielleicht den richtigeren Weg gegangen, hätte man eine konzentriertere und stärker die gesamtkirchliche Situation berücksichtigende Themenauswahl getroffen und diese in Gesprächskreisen, in denen möglichst viele Stimmen in dem keineswegs so harmonischen Chor des deutschen Katholizismus, soweit man diesen nicht mit den

katholischen Verbänden, die sein organisatorisches Gerüst sind, identifizieren will, gehört würden, gründlich vorbereitet. Eine solche Vorbereitung wäre sicher auch hilfreich gewesen für die gesuchte Neuorientierung der Verbände, ihre innerkirchliche Funktion als Repräsentativorgane der Laien in den verschiedenen Sach- und Personalbereichen und für deren Wirken im gesellschaftlichen Raum.

## Die Eröffnung

Am 13. Juli abends wurde der Katholikentag in der Alten Hofhaltung am Dom feierlich eröffnet. An der Feier nahmen etwa 4000 Gläubige teil. Der Präsident des Lokalkomitees, Oberlandesgerichtspräsident Theodor *Hauth*, Nürnberg, begrüßte die Teilnehmer. Karl Fürst *zu Löwenstein*, der Präsident des Zentralkomitees, und Senatspräsident Prof. Willy *Geiger*, Präsident des Katholikentages, sprachen Worte zur Eröffnung. Alle Redner nahmen Bezug auf die große geschichtliche Vergangenheit Bambergs. Fürst *zu Löwenstein* versicherte jedoch: man sei nicht hierher gekommen, um sich in der geschichtsträchtigen Atmosphäre der Kaiserstadt Bamberg dem Zauber einer großen Vergangenheit hinzugeben. „Es ist der Katholikentag nach dem Konzil. Er kommt mitten hinein in das im ganzen Land so spürbare Bemühen, die großen Linien innerkirchlicher Reform nachzuziehen und dabei das besondere Muster sichtbar zu machen, das unseren deutschen Verhältnissen am besten entspricht. Unsere deutschen Konzilsväter und Theologen, deren Mitarbeit dem Konzil so viel bedeutet hat — und das war eine tiefe Freude für unsere gedemütigte Nation, nicht nur für uns Katholiken, so glaube ich —, sind unermüdlich dabei, uns zu erläutern, um was es ging, und mit ihnen alle, von unseren bewährten alten Verbänden bis zu den Akademien, zum Rundfunk und Fernsehen, begleitet vom Schrifttum unserer Zeitungen, Zeitschriften und Verlage. Wir sind froh, nun auch die große Tradition der Katholikentage in den Dienst dieser aktuellen Aufgabe stellen zu können, die die deutsche Kirche nun zu lösen hat. Und wir tun dies nicht in dem Gefühl, daß das sich jetzt so gehört, sondern, daß es notwendig ist. Alle Teilnehmer an unseren Beratungen wissen das, jeder von ihnen trägt irgendwo ein Stück Mitverantwortung für die Kirche. Und wir wissen auch, daß es nicht so sehr darauf ankommt, Institutionen zu reformieren, gleichsam den alten Dom, der hinter uns aufragt aus Jahrhunderten — sondern uns selber, wie wir hier beisammen sind! Daß wir so beisammen sein können: Bischöfe, Priester und Laien, Träger höchster Verantwortung im Staate und Mitbürger aus allen Teilen des Landes — und daß uns das selbstverständlich vorkommt, entspricht nicht nur der glücklichen Tradition der Katholikentage, für die wir den Generationen vor uns zu danken haben —, es zeigt auch genau auf, wie wir die Aufgabe verstehen: sie geht jeden von uns an und alle gemeinsam!“

### Zusammenarbeit

Senatspräsident Geiger gab ein Dreifaches zu bedenken: Bei allem Sprechen vom deutschen Katholizismus gehe es niemals nur um diesen, sondern „um alle, die außerhalb des katholischen Raumes stehen, um die, die durch die Taufe unsere Brüder in Christo geworden sind, um alle religiös Gläubigen und selbst um alle, die an Gott nicht

vorbeikommen und ihn deshalb ablehnen“. Es gelte weiter zu bedenken, wie die Katholiken wie alle anderen bei der Gestaltung der Bedingungen, unter denen wir in Deutschland leben müssen, zusammenarbeiten können. Man müsse berücksichtigen, daß es Zielvorstellungen und Sachentscheidungen im gesellschaftlich-politischen Leben gebe, die von Menschen und Gruppen anderer Denkungsart ebenso bejaht werden können wie von den katholischen Christen. In diesen Fällen gehe es dann nicht darum, daß die Katholiken ihre Begründung bei der Sachentscheidung durchzusetzen versuchten, „sondern daß sie, soviel an ihnen liegt, bei der Verwirklichung der Entscheidungen oder bei ihrem dauernden Vollzug in die Zukunft hinein handeln aus katholischer Intention heraus“. Schließlich müsse die heilsame Unruhe, die das Konzil in das Kirchenvolk getragen habe, durchgestanden und bewältigt werden. Man müsse wechselseitig Rede und Antwort stehen, „manches Fragwürdige im Doppelsinn des Wortes anhören und sicherlich ebenso wie das Konzil die Erfahrung machen, daß verschiedene Meinungen zu einer Frage durchaus ihre Berechtigung haben können, weil sie zusammengehören, um zu einer runden Antwort zu gelangen“.

Als Vertreter des Deutschen Evangelischen Kirchentages sprach Prof. Dietrich von Oppen, Marburg. Ihm folgten als Vertreter des politischen Lebens Oberbürgermeister Theodor Mathieu von Bamberg, Ministerpräsident Goppel und Bundeskanzler Erhard. Erhard dankte den deutschen Katholiken für ihren Beitrag zum nationalen Leben in Geschichte und Gegenwart und sprach den Wunsch aus, der Katholikentag möge das Ziel der Wiedervereinigung im Glauben einen Schritt näher bringen. Die Zusammenführung des im Glauben getrennten Volkes sei neben der räumlichen Wiedervereinigung der Deutschen seit langem einer der heißesten Wünsche der Christen in unserem Lande.

#### *Ferment des Wandels*

Die Eröffnungsansprache hielt Prälat Bernhard Hanssler, Geistlicher Direktor am Zentralkomitee. Er griff gleich zu Beginn das Thema der Eindeutschung auf und sagte dazu, der Anspruch sei zwar kühn, aber man sei nüchtern genug, zu bedenken, daß Rom nicht an einem Tag erbaut worden sei, daß es also in Bamberg nicht in wenigen Tagen auf deutsch nachgebaut werden könne. Er sprach von der Gnadenstunde des Anfangs: „Was in ihr versäumt wird, ist unwiederbringlich dahin, was in ihr falsch gemacht wird, ist am schwersten korrigierbar.“ Er sprach vom Dialog als dem eigentlichen Schlüsselwort der neuen Kirchengvision, vom dialogischen Prinzip als dem „Ferment einer sich wandelnden Kirche“. Die Kirche habe durch die Wendung zum Dialog sich selbst und der ganzen Welt eine neue Hoffnung gegeben. Im Wort Dialog kristallisiere sich alles, was in den ersten tastenden Versuchen des Konzils Laienmündigkeit, Überwindung des kirchlichen Gettos, Öffnung und aggiornamento hieß. Gelingen der Dialog in der Wirklichkeit, werde eine unvergleichliche Belebung der Kirche einsetzen, die Sticluft und Starre werde ebenso verschwinden wie das Ärgernis eines entleerten Institutionalismus. Die zentrale Frage bleibe aber die Frage nach unserer Frömmigkeit, nach unserem Gottesverhältnis und nach unserer gemeinsamen Verantwortung für die Verwirklichung der brüderlichen Gemeinschaft der Kirche. Durch die Welterfahrung des modernen Menschen sei auch eine Revision

unseres religiösen Begriffssystems fällig geworden. Es gelte aber in dieser neuen Situation, die Verwirrung des Glaubens zu vermeiden. Man solle, so führte Hanssler weiter aus, die Bedeutung der fachwissenschaftlichen Theologie für das Glaubensleben nicht überschätzen. Theologische Lehrbücher brächten ebensowenig die Frömmigkeit hervor wie die medizinischen Lehrbücher die Gesundheit. Es gelte dabei, auch neue Wege zu bahnen für eine neue Mitarbeit der Katholiken in Staat und Gesellschaft. Es gehe darum, das Verhältnis des Glaubens zu der Welt des Geistes neu zu bedenken und zu bewältigen. Die Stunde des Anfangs sei nichts für Kleinmütige, nichts für Feige und nichts für Deserteure der Verantwortung. „Unsere Schiffe müssen den gesicherten Hafen der alten Traditionen, der alten Gewohnheiten verlassen und sich hinauswagen auf die hohe See und in die fremden Meere einer anders gewordenen Welt, nicht aus Abenteuerlust, sondern auf das Wort des Herrn hin.“

Erzbischof Schneider von Bamberg sprach das Schlusswort. Er äußerte den Wunsch, der Katholikentag möge als Manifestation der „Erneuerung in Kontinuität“ zu einem überzeugenden Beweis katholischen Denkens werden. Dazu sei es nötig, daß er wie das Konzil die Erneuerung der Kirche anstrebe „unter selbstverständlicher Wahrung alles unwandelbaren Wesentlichen und im sorgsamsten Anschluß an das Bisherige“.

#### *Die Veranstaltungen*

Trotz der schwerpunktmäßigen Verlagerung in die Arbeitsversammlungen hatte man auf die traditionellen Veranstaltungen, wie sie auf Katholikentagen üblich geworden sind, nicht verzichtet. Am Sonntag vor der Eröffnung wurde ein Gastarbeitertag mit sehr gedrängtem Programm veranstaltet, an dem etwa 2000 in Deutschland arbeitende Italiener, Spanier und Portugiesen teilnahmen. Am Vormittag fanden Pontifikalgottesdienste statt. Für die Italiener zelebrierte Bischof Albino Mensa von Ivrea in St. Heinrich; für die Spanier Bischof Arturo Tabera von Albacete. Am Nachmittag fanden getrennte Kundgebungen der Italiener und Spanier statt. Dabei wurde eine eigene Grußbotschaft des Papstes an die Gastarbeiter verlesen. Der Tag schloß mit einer gemeinsamen Folklore-Veranstaltung der Italiener und Spanier. Wohl die begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten waren ausschlaggebend für die Placierung des Gastarbeitertages außerhalb des allgemeinen Katholikentages. Der Einbau des Gastarbeitertages in die allgemeinen Veranstaltungen wäre wohl angemessener, wenn auch schwieriger gewesen. Für die Angehörigen der Bundeswehr wurde eine eigene Werkwoche veranstaltet, an der rund 90 Offiziere und Unteroffiziere teilnahmen. Bischof Hengsbach zelebrierte für die an der Werkwoche und an den Katholikentagsveranstaltungen teilnehmenden Bundeswehrangehörigen einen eigenen Gottesdienst. Am Eröffnungstag wurde bereits der zur Tradition gewordene Altentag begangen mit einem Pontifikalgottesdienst in St. Martin, bei dem Weihbischof *Neuhäusler* predigte, und mit anschließender Agape mit 500 Teilnehmern aus Bamberg und dessen Umgebung. Am gleichen Tag fand der Priestertag statt, über den eigens berichtet wird (vgl. dieses Heft S. 370). Neben dem Alter wurde auch der Jugend gedacht. Am Donnerstag zelebrierte der Würzburger Weihbischof *Kempf* in der Alten Hofhaltung einen Gottesdienst für die Bamberger Schuljugend. Am Freitagmorgen hielt Weihbischof *Kampe* von Limburg

einen eigenen Gottesdienst für Schüler und Schülerinnen der Gymnasien und Realschulen. In einer „Revue der Jugend von der immer jungen Kirche“ am Samstagnachmittag wurde eine „konziliante Kirchengeschichte in vier Bildern“ geboten, in der vier große Etappen der Kirchengeschichte bis hin zu der Verabschiedung der Erklärung über die Religionsfreiheit und der Pastoral-konstitution über die Kirche in der Welt von heute szenisch verdeutlicht wurden (Sachsenkriege Karls des Großen, Investiturstreit, Reformation, Französische Revolution). Am Samstagnachmittag fand eine Gedenkfeier zum 75jährigen Jubiläum von *Rerum novarum* statt, bei der Felix zu Löwenstein SJ, Mannheim, und Dr. Paul Becher, Leiter des Sozialreferates im Zentralkomitee, Referate hielten.

Zu erwähnen sind hier auch die täglichen Gottesdienste. Den Eröffnungsgottesdienst am Donnerstag zelebrierte Josef Kardinal Frings, den Gottesdienst am Freitag, der als Eucharistiefeier für die Einheit der Kirche begangen wurde, Julius Kardinal Döpfner. Den Hauptgottesdienst am Samstag hielt Lorenz Kardinal Jaeger. Neben diesen Hauptgottesdiensten fanden in den verschiedenen Kirchen Bambergs Bischofsgottesdienste mit Konzeleration statt. Am Abend jeden Tages wurden Wortgottesfeiern abgehalten. Die ganze Tradition fränkischer Volksfrömmigkeit kam zum Ausdruck in der Bamberger St.-Heinrichs-Prozession am Samstagabend, an der nach provisorischen Schätzungen etwa 15 000 Gläubige teilnahmen.

## Die öffentlichen Referate

In drei öffentlichen Vorträgen versuchte der Bamberger Katholikentag aus jeweils verschiedenen Perspektiven ein Bild des nachkonziliaren Katholizismus in Deutschland zu vermitteln. Dabei ging es den Veranstaltern weniger um den Aufweis innerkatholischer Probleme. Die drei Vorträge waren bereits in ihrer Anlage auf Dialog gestimmt. Prof. Josef Ratzinger sprach über den deutschen Katholizismus nach dem Konzil in katholischer Sicht, Militärbischof Hermann Kunst über den Katholizismus nach dem Konzil aus evangelischer Sicht. Als dritter Beitrag ist zu erwähnen das Referat von Frau Dr. Gertrud Luckener, Freiburg, über den Katholizismus nach dem Konzil und die Juden. Ein fester innerer Zusammenhang zwischen den drei Referaten wurde nicht angestrebt, auch handelte es sich dabei nicht um ein eigentliches Zwiegespräch zwischen den Konfessionen, sondern jeder der drei Redner versuchte unabhängig vom anderen den Beitrag des Konzils zur jeweiligen Fragestellung und aus der Perspektive der jeweiligen Konfession darzustellen.

### Das Referat Ratzingers

Prof. Ratzinger sprach am Abend des 14. Juli in der Alten Hofhaltung neben dem Dom. Ratzinger schilderte einleitend in einigen Sätzen die allgemeine Situation innerhalb der Kirche Deutschlands nach dem Konzil: „Sprechen wir es offen aus — es herrscht ein gewisses Unbehagen, eine Stimmung der Ernüchterung und auch der Enttäuschung, wie sie Augenblicken der Freude und der festlichen Erhebung zu folgen pflegt, in denen mit einem Male die Welt verwandelt schien, die große Hoffnung des ganz anderen und Neuen, das die bleierne Gewöhnlichkeit zerbricht, für einen Augenblick in unsern grauen

Alltag geblickt hatte und nach denen uns nur um so schmerzlicher fühlbar wird, wie sehr die Gewöhnlichkeit unser Los und wie sehr der Alltag geblieben ist.“ Die Welt, die erstaunt aufgehört und mit freudiger Zustimmung sich dem Konzil zugewandt habe, gehe längst wieder ihren Geschäften nach. Zu guter Letzt sei die Kirche doch Kirche geblieben und der Glaube eher noch mühseliger, weil ausgesetzter, schutzloser geworden: sei es, daß man an das Konzil mit der Erwartung herangegangen sei, das Höhere und Ewige im christlichen Glauben „möchte nun faßbarer und näher werden, weniger verzäunt durch tausend Vorschriften und weniger verdeckt durch die Last der Vergangenheit“, sei es, „daß man sich in seiner eigenen Weltlichkeit bestätigt fühlte und von solchen Empfindungen her auf eine Verweltlichung der Kirche hoffte“.

Die Gläubigen aber seien weniger eins als zuvor: „Für die einen hat das Konzil noch viel zu wenig getan, es ist allenthalben in den Anläufen steckengeblieben, ein Konglomerat vorsichtiger Kompromisse, ein Sieg diplomatischer Behutsamkeit über den Sturm des Heiligen Geistes, der nicht komplizierte Synthese, sondern die Einfachheit des Evangeliums will; für die anderen aber ist es ein Ärgernis, Preisgabe der Kirche an den Ungeist einer Zeit, deren Gottesfinsternis Folge ihrer wilden Verbohrtheit ins Irdische ist.“ Diese seien bestürzt, da sie glauben, das Heiligste sei ins Wanken geraten, und wendeten sich betroffen ab „von einer Erneuerung, die ein Christentum zu herabgesetzten Preisen und so eine Auflösung zu sein scheint, wo ein Mehr an Glaube, Hoffnung und Liebe vonnöten wäre“. Sie verglichen mit Kopfschütteln eine Reform, „die aus lauter Konzessionen und Abstrichen vom großen Ernst der Nachfolge, von der Unbedingtheit des Dienstes besteht“, mit Erneuerungsbewegungen früherer Zeiten... Man könne solche Einwände nicht einfach beiseite schieben: sie geistlich zu bestehen und in solchem Bestehen Antwort zu geben werde die große Aufgabe der Kirche nach dem Konzil sein. Die so ange-deutete Gesamtproblematik versuchte Ratzinger an drei Themen zu verdeutlichen: Liturgische Erneuerung, Kirche und Welt, Ökumenische Wende.

### Zur Situation der liturgischen Erneuerung

Sehr ausführlich behandelte Ratzinger die nachkonziliare Situation liturgischer Erneuerung, die Schwierigkeiten angesichts der ersten konkreten Reformen, die gegensätzlichen Auffassungen und Verhaltensweisen angesichts dieser Reformen. Wer sich ernstlich auf die Wirklichkeit des Gottesdienstes einlasse, könne nicht bezweifeln, daß hier Wichtiges und Großes geschehen sei. Zwei Einwände, die gegen die Liturgiereform vorgebracht werden, wies Ratzinger „als vordergründig und unangemessen“ zurück: die Einwände gegen den Gebrauch der Muttersprache und gegen die Betonung der Gemeinschaft im liturgischen Vollzug.

„Demjenigen, der sich nicht dem Fanatismus eines unabänderlichen Programms verschrieben hat, sondern der bereit ist, zu fragen, wie es denn wirklich sei, wird sich sehr schnell zeigen, daß sich in den besprochenen Einwänden Argumente sehr verschiedenen Ranges mischen und daß gerade in diesem Ineinander sich das Dilemma unseres augenblicklichen Zustandes ausdrückt. Zunächst ist es nicht schwer, zu zeigen, daß das Argument vom Mysterium nicht zählt, ja, daß es ebenso wie der Rückzug in die Stille individueller Frömmigkeit, die von der Gemeinschaft nicht gestört werden will, auf einer grund-

legenden Verkennung dessen beruht, was christlicher Gottesdienst vom Wesen her ist. Ihn mit den Kategorien der Religionsgeschichte zu messen und deren Empfindungen hier auf entsprechende Weise wiederfinden und sicherstellen zu wollen heißt gerade an seinem Eigentlichsten vorbeigehen. Christlicher Gottesdienst ist seinem Wesen nach Verkündigung der frohen Botschaft Gottes an die anwesende Gemeinde, antwortendes Aufnehmen dieser Verkündigung durch die Gemeinde, gemeinsame Rede der Kirche zu Gott, die übrigens mit der Verkündigung ineinandergreift: Die Verkündigung dessen, was Christus im Abendmahlsaal für uns getan, ist zugleich Lobpreisung Gottes, der durch Christus so an uns handeln wollte; sie ist Gedächtnis der Heilstaten Gottes, durch das wir uns gedenkend einordnen in das Geschehene, aber als Gedächtnis, das wir begehen, zugleich ein Ruf zu Gott, daß er das damals Begonnene erfüllen und zu Ende führen möge: Bekenntnis des Glaubens und der Hoffnung, Dank und Bitte, Verkündigung und Gebet in einem.

Deswegen ist die Liturgie, rein von ihrer sprachlichen Struktur her, gebaut im Zueinander von ich und ihr, das sich immer wieder verschmilzt in das gemeinsame Wir der ganzen Kirche, die durch Christus vor Gottes Antlitz tritt. In einer so gestalteten Liturgie hat die Sprache nicht den Sinn des Verbergens, sondern den Sinn des Offenbarens, nicht den Sinn des Verschweigens in die Stille des isolierten Einzelgebetes hinein . . . Es war deshalb ein Schritt von entscheidender Bedeutung, daß die Liturgiereform das Wort wieder entritualisiert und ihm seine Bedeutung als Wort zurückgegeben hat. Es kommt uns heute erst allmählich wieder zu Bewußtsein, welche Sinnentleerung, ja welche Fragwürdigkeit und Unehrllichkeit es doch im letzten gewesen ist, wenn der Priester vor dem Evangelium die Worte sprach, Gott möge ihm Herz und Lippen reinigen, so wie er die Lippen des Propheten Isaias mit glühenden Kohlen reinigte, damit er das Wort Gottes würdig und angemessen zu verkündigen vermöge, obwohl er doch genau wußte, daß er dieses Wort Gottes anschließend genauso vor sich hinflüstern würde wie dies Gebet selber auch, und nicht daran dachte, es zu verkündigen. Oder wenn er Dominus vobiscum sagte, obwohl dieses ‚Ihr‘, auf das sich sein Gruß richtete, gar nicht existierte. Wort war zu Ritus entleert, und Liturgiereform hat hier nichts anderes getan, als daß sie den Anspruch des Wortes und so freilich den Anspruch des darin gefaßten Gottesdienstes der Kirche wieder zur Geltung brachte. ‚Wenn Friedrich Heer kürzlich einmal geäußert habe, die lateinische Liturgie müsse erhalten bleiben und der Katholik müsse überall, und sei es einmal auf dem Mars oder dem Mond, sie vorfinden können, so wie er seinen Seneca und seinen Homer überall finden wolle, so heißt das, die Liturgie ins Museum der Vergangenheit einreihen, in die ästhetische Neutralisierung abdrängen und von vornherein voraussetzen, daß sie in ihrer ursprünglichen gemeinten Bedeutung heute gar nicht mehr gemeint sein könnte.‘ In diesem Sinn beruhe das Skandalöse der Liturgiereform darin, daß sie durchaus naiv genug sei, Liturgie noch immer so zu meinen, wie sie eigentlich gemeint war . . .“

#### *Das „schneidende Schwert des Wortes Gottes“*

Liturgie habe nicht den Sinn, uns schauernd und ahnungsvoll mit dem Gefühl des Heiligen zu erfüllen, „sondern uns mit dem schneidenden Schwert des Wortes Gottes zu konfrontieren“; sie habe nicht den Sinn, „uns den festlich-schönen Rahmen zu liefern für stille Einkehr

und Besinnung, sondern uns einzufügen in das Wir der Kinder Gottes und damit auch in die Kenose Gottes, der ins Gewöhnliche abgestiegen ist . . .“

Wenn auf diese Weise die Liturgiereform des Konzils nicht nur berechtigt, sondern notwendig erscheine, so heiße das freilich noch lange nicht, daß alle praktischen Verwirklichungen es ebenso seien. Wenn man sehe, um wieviel reibungsloser die liturgische Erneuerung sich in Ländern vollziehe, „die nicht auf die ruhmreiche Vorgeschichte einer langen liturgischen Bewegung zurückblicken können“, vermute man wohl nicht zu Unrecht, „daß in der doppelten Wurzel der liturgischen Bewegung, aus der die Frucht des Konzils herausgewachsen ist, doch auch einiges von den Problemen steckt, die uns heute zu schaffen machen“. Liturgische Bewegung sei bei uns einerseits eine Frucht der Jugendbewegung, andererseits eine Frucht theologischer Erneuerung. Aber von beiden Seiten her gebe es auch gewisse Einseitigkeiten. Von der theologischen Seite her gebe es einen gewissen Archaismus, dessen Ziel es sei, die klassische Gestalt der römischen Liturgie vor den mittelalterlichen und karolingischen Überwucherungen wiederherzustellen . . . Mit diesem Archaismus aber habe man sich doch vielfach den Sinn für das Legitime, das auch in späteren Entwicklungen liege, verbaut „und den Geschmack einer Periode dogmatisiert, der ehrwürdig ist, aber so wenig alleinseligmachend wie irgendein anderer Geschmack auch“.

#### *Gesetz der Kontinuität*

„Dem, der der Meinung ist, daß der Gottesdienst vor allem für Gott geschehe, wird auch die Rolle etwas verdächtig vorkommen, die das Wort ‚gestalten‘ inzwischen in liturgischen Kreisen gewonnen hat. Wer könnte sich wohl vorstellen, wie die Apostel Probegottesdienste feiern, um herauszufinden, welche Form die liturgisch und missionarisch wirksamste sein werde? Man hat leider nicht selten das Gefühl, daß die Aufmerksamkeit der Gestaltenden viel mehr der liturgischen Form zugewandt ist als demjenigen, dem sie gilt. Dann merkt man die Absicht und ist verstimmt. Ein Weniger an Bewußtheit wäre ein Mehr an Gottesdienst. Und wer könnte bestreiten, daß wir auf diese Weise schon mitten in der Ausbildung eines neuen Ritualismus erfindungsreicher Gestaltungen sind, die erneut und beinahe mehr als die gewohnten, oft kaum noch als solche empfundenen Riten die Sache selbst verdecken? Wer könnte des weiteren leugnen, daß es Übersteigerungen und Einseitigkeit gibt, die ärgerlich und unangemessen sind? Muß eigentlich wirklich jede Messe versus populum zelebriert werden? Ist es eigentlich so wichtig, dem Priester ins Gesicht schauen zu können, oder ist es nicht oft recht heilsam, daran zu denken, daß er Mitchrist mit den anderen ist und so allen Grund hat, sich gemeinsam mit ihnen zu Gott hinzuwenden und so mit allen zu sagen ‚Vater unser‘? Der Tabernakel ist von den Hochaltären entfernt — dafür gibt es gute Gründe, aber es kann einen ein Unbehagen beschleichen, wenn man sieht, wie nun an seine Stelle der Priestersitz tritt und sich damit ein Klerikalismus in der Liturgie abzeichnet, der ernster sein kann als derjenige der Vergangenheit . . .“

Des weiteren: Daß es heute den radikalen Ruf nach Einfachheit gibt, der allen ästhetischen Glanz beiseite schieben will, um die ursprüngliche Macht des Wortes und der Wirklichkeit neu zu erfahren, die hier auf uns zutreten, hat sein Recht, ja seine Notwendigkeit: Die Kirche muß hier immer wieder neu in die Einfachheit der Ursprünge

zurückgehen, um hinter allen Gestaltungen das Eigentliche zu erfahren und zu vermitteln. Aber zugleich darf dann doch nicht vergessen werden, daß das Abendmahls-Herrn-Halten vom Wesen her ein Fest begehen heißt und daß zum Fest auch die festliche Schönheit gehört: Der *praeclarus calix* reicht bis in die Stunde des Abendmahls zurück, und wenn die ganze Liturgie sich müht, *praeclarus calix* zu sein, kostbar leuchtendes Gefäß, in dem der Glanz des Ewigen uns schaubar und höher wird, braucht sie sich da von keinem Purismus und Archaismus hindern zu lassen...

### *Kirche und Welt*

Als zweiten Bereich, in dem die neue Mentalität des Konzils besonders deutlich empfunden werde und in dem die Geister in Bewegung gerieten, sei der Versuch, zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Kirche und Welt vorzustößen.

Nicht erst das Konzil, sondern vorher schon die Jugendbewegung war der Ausdruck des Willens, mit der Gestrigkeit des Christlichen Schluß zu machen: Man hatte es satt, ob des Christseins als zurückgeblieben und weltfremd verlacht zu werden, entschlossen, Christentum mitten im Heute zu leben und es einzusenken in die Welt unseres Heute. Wer von diesem Wollen erfüllt war, dem mußte es freilich ärgerlich sein, daß die päpstlichen Rundschreiben noch immer im Kurialstil, in der Sprachgestalt der Spätantike mit den Varianten, die Mittelalter, Renaissance und Barock hinzugefügt hatten, abgefaßt wurden; daß die päpstliche Liturgie und auch das Pontifikalamt den Stil des byzantinischen Hofes, den Stil des Mittelalters und des Barock repräsentierten und wohl eine prunkvolle Schau des Vergangenen darstellten, aber nicht den Gottesdienst des heutigen Menschen; daß die katholische Theologie an die Formen des Mittelalters gebunden schien und so am modernen Menschen weithin vorbeiredete...

Auf der theologischen Ebene kann man von zwei Phasen der Entwicklung sprechen, die freilich noch unabgeschlossen ineinandergreifen und überdies in den verschiedensten Formen und unter den verschiedensten Vorzeichen auftreten, so daß sie nur in einer Schematisierung getrennt herausgestellt werden können. Die erste Phase darf man als inkarnatorische bezeichnen: Inkarnation wird als christliche Zentralkategorie neu entdeckt und zum Ausgangspunkt der ganzen theologischen Konstruktion genommen. Die Idee der Inkarnation bestimmt zunächst das Gottesverhältnis des Christen, die Richtung seiner Gottesbeziehung Gott ist Fleisch geworden, d. h., Gott ist ausgezogen aus sich selbst, abgestiegen und eingetreten in das Fleisch dieser Welt. Gott lebt nicht in der Welt der reinen Ideen, er ist nicht wie die platonische Ideenwelt durch einen Abgrund von Welt und Materie getrennt, die nur Schatten des Eigentlichen wären, er ist selbst Fleisch geworden. Man geht ihm nach, indem man in diese Bewegung des Abstiegs, der Weltzuwendung eintritt, denn dort ist er zu finden, der absteigende Gott. Der christliche Gott, der menschengewordene Gott ist nicht ein Gott des Jenseits, sondern ein Gott gerade dieser Welt: Das Himmelreich, das Christus verkündigte, ist in Wahrheit ein Handeln Gottes an dieser Welt, nicht ein Ort jenseits von ihr. Und so hat christliches Glauben nichts mit der Leidenschaftslosigkeit, mit der resignierten Weltabwendung des Stoikers zu tun: Der Christus, der am Grab des Lazarus geweint und am Ölberg Angst gelitten hat, der Christus, der angesichts der Devotionalienhändler im Vorhof des Tempels vom heiligen Zorn er-

griffen wurde und der am Hochzeitsfest zu Kana als Fröhlicher unter Frohen teilgenommen hat, paßt nicht in das stoische Ideal der leidenschaftslosen Geistigkeit, er hat die ganze Leidenschaft des wahrhaft menschlichen Menschen in den Dienst des Göttlichen gestellt, in den Dienst jenes Gottes, der selbst ein zürnender und eifersüchtiger, in allem aber ein liebender Gott ist...

### *Kreuzestheologie*

Aber an dieser Stelle setzt dann auch die Kritik an, welche zur zweiten Phase überleitet, die man als die eschatologische bezeichnen könnte. Der Theologie war inzwischen bewußt geworden, daß die Idee der Inkarnation in der Bibel keineswegs jene absolute Stellung einnimmt, die sie in der katholischen Spiritualität jetzt zu gewinnen anfing. Der christliche Glaube beginnt vielmehr im Neuen Testament mit dem Bekenntnis zur Auferstehung, das erst allmählich durch die theologische Reflexion rückverlängert wird, zunächst auf das Wort des historischen Jesus (Synoptiker) und schließlich auf die Idee der Inkarnation hin (Johannes), die so erst am Ende der neutestamentlichen Entwicklung als Fundierung des Grundthemas der Auferstehung auftritt, das seinerseits vom Kreuzesthema untrennbar ist. Entgegen dem, was der Optimismus der Inkarnationsidee bisweilen ausdrücklich versichert hatte, gibt es im Neuen Testament einen deutlichen Vorrang des Kreuzesthemas vor dem Inkarnations-thema, ja, die Inkarnationsthematik ist in der Bibel selbst schon Kreuzestheologie, denn Inkarnation heißt ja bereits Selbstpreisgabe Gottes und ist so der erste und entscheidende Schritt ins Kreuz hinein. Indessen, das korrigierende Element, das damit der Weltfreudigkeit des reinen Inkarnationsdenkens entgegentritt, wäre schwerlich in der Breite schnell zur Wirkung gekommen, wenn sich nicht eine andere Einsicht damit verbunden hätte. Man begann sich allmählich zu fragen, ob denn nicht die Idee des inkarnierten Christentums, d. h. eines irdisch engagierten Glaubens und einer irdisch engagierten Kirche schlußendlich auf eine Restauration des Mittelalters hinauslaufe, das in seiner Verquickung von Imperium und Sacerdotium ein Höchstmaß an Inkarnation des Christlichen erzielt hatte, aber gerade ob dieser Verquickung uns heute im hohen Maß bedenklich und fragwürdig erscheinen muß. So begannen allmählich die Parolen vom Heimholen und vom Taufen fragwürdig zu werden; die Idee der weltlichen Welt wurde modern, d. h. der Gedanke, daß der christliche Auftrag gar nicht die Verchristlichung der Welt sei, sondern vielmehr die Freisetzung der Welt in ihre Weltlichkeit hinein, Anerkenntnis der Welt als Welt, die eben als solche zu belassen und zu respektieren sei. Damit verbindet sich ein neues Geschichtsbild, das übrigens in der Eröffnungsansprache des Konzils durch Papst Johannes XXIII. deutlich aufklang. Bei Johannes XXIII. könne man die schärfste Kritik der Mittelalter-Romantik finden, „jenes Zurückschauens, das die Dinge nur immer ins Schlechtere abgleiten sieht und die schweren Gefahren der Verquickung von Kirche und Welt wie die neuen Möglichkeiten der Freiheit des Glaubens dabei übersieht, die aus der neuzeitlichen Wende erwachsen“. Das Ganze aber führe bei dem Papst des Konzils zu einer Theologie der Hoffnung, die fast an naiven Optimismus zu grenzen scheine. Wenn es sich auch bei Johannes ganz um einen Optimismus aus dem Glauben heraus handelt, so sei doch klar, daß die Verwechslung mit dem Fortschritts-Optimismus der Zeit nahelag und daß auch hier die klärende Auseinandersetzung unentbehrlich war.

### *Die sekundären Skandale*

Eines könne auf jeden Fall gesagt werden: „Eine Weltzuwendung der Kirche, die ihre Abwendung vom Kreuz darstellen würde, könnte nicht zu einer Erneuerung der Kirche, sondern nur zu ihrem Ende führen. Der Sinn der Weltzuwendung der Kirche kann nicht sein, den Skandal des Kreuzes aufzuheben, sondern allein der, ihn in seiner ganzen Blöße wieder zugänglich zu machen, indem alle sekundären Skandale weggeräumt werden, die sich dazwischengeschaltet haben und leider oft genug die Torheit der Eigenliebe der Menschen verdecken und so freilich einen falschen Anstoß geben, der sich zu Unrecht hinter dem Anstoß des Meisters verschanzt. Anders ausgedrückt: Der christliche Glaube ist für den Menschen aller Zeiten ein Skandal: daß der ewige Gott sich um uns Menschen annimmt und uns kennt, daß der Unfaßbare in dem Menschen Jesus faßbar geworden, daß der Unsterbliche am Kreuz gelitten hat, daß uns Sterblichen Auferstehung und ewiges Leben verheißen ist: Das zu glauben ist für den Menschen eine aufregende Zumutung.“

Diesen christlichen Skandal habe das Konzil nicht aufheben können und wollen. „Aber wir müssen hinzufügen: Dieser primäre Skandal, der unaufhebbar ist, wenn man nicht das Christentum aufheben will, ist in der Geschichte oft genug überdeckt worden von dem sekundären Skandal der Verkündiger des Glaubens, der durchaus nicht wesentlich ist für das Christentum, aber sich allzu gerne mit dem Grundskandal verwechseln läßt und sich in der Pose des Martyriums gefällt, wo man in Wahrheit nur das Opfer der eigenen Engstirnigkeit ist. Sekundärer, selbstgemachter und so schuldhafter Skandal ist es, wenn unter dem Vorwand, die Rechte Gottes zu verteidigen, nur eine bestimmte gesellschaftliche Situation und die in ihr gewonnenen Machtpositionen verteidigt werden. Sekundärer, selbstgemachter und so schuldhafter Skandal ist es, wenn unter dem Vorwand, die Unabänderlichkeit des Glaubens zu schützen, nur die eigene Gestrigkeit verteidigt wird: nicht der Glaube selbst, der längst vor jenem Gestern und seinen Formen war, sondern eben die Form, die er sich einmal aus dem berechtigten Versuch heraus verschafft hat, in seiner Zeit zeitgemäß zu sein, aber nun gestrig geworden ist und keinerlei Ewigkeitsanspruch erheben darf. Sekundärer, selbstgemachter und so schuldhafter Skandal ist es auch, wenn unter dem Vorwand, die Ganzheit der Wahrheit zu sichern, Schulmeinungen verewigt werden, die sich einer Zeit als selbstverständlich aufgedrängt haben, aber längst der Revision und der neuen Rückfrage auf die eigentliche Forderung des Ursprünglichen bedürften. Wer die Geschichte der Kirche durchgeht, wird viele solcher sekundären Skandale finden — nicht jedes tapfer festgehaltene Non possumus war ein Leiden für die unabänderlichen Grenzen der Wahrheit, so manches davon war nur Verrantheit in den Eigenwillen, der sich gerade dem Anruf Gottes widersetzte, der aus den Händen schlug, was man ohne seinen Willen in die Hand genommen hatte. Das Gefährliche aber ist, daß dieser sekundäre Skandal sich immer wieder mit dem primären identifiziert und ihn dadurch unzulänglich macht, den Ansprüchen seiner Boten verdeckt...“

### *Wendung zur Ökumene*

Als dritte große Bewegung, mit der das Konzil weit in das kirchliche Bewußtsein hineinwirke, bezeichnete Ratzinger die Wende zur Ökumene. „Wer hätte zu

hoffen gewagt, daß ein so leidenschaftliches Suchen nach den Möglichkeiten der Nähe und des Verstehens aufbrechen würde, eine so lebendige Bereitschaft, das bisher Selbstverständliche und als einzig möglich Erscheinende zu revidieren, um über die bloße Forderung nach Rückkehr hinauszufinden und auf die Möglichkeit einer Vereinigung hinzukommen, die nicht Absorption, sondern wirkliche Begegnung in der Wahrheit und der Liebe des Herrn ist, die über uns allen steht und die uns alle umfängt und trägt? Wer hätte noch vor zehn Jahren anzunehmen gewagt, daß die amtliche Sprache der Kirche beginnen würde, mit vollem Bewußtsein nicht nur die Kirchen des Ostens, sondern auch Gemeinschaften, die aus der Reformation hervorgekommen sind, als Kirchen zu bezeichnen? Alles dies braucht hier nicht nochmal bedacht und gesagt zu werden; wenn es hier vor etwas zu warnen gibt, dann vor dem falschen triumphalistischen Gefühl, als wären hier Leistungen zu rühmen, wo es doch allein Rechtens ist, für ein Geschenk zu danken, dem nämlich, von dem jede Gabe kommt: Gott dem Vater durch Christus im Heiligen Geist.

Freilich: Wo die Dinge in den Alltag eintreten, haben sie ihre Mühsal, und dies übersehen oder kurzerhand überspringen zu wollen, könnte schließlich der Sache selbst gefährlich werden. Da gibt es auf evangelischer Seite — um wieder im Bereich des deutschen Katholizismus zu verbleiben — ein gewisses Mißtrauen, ob das Ganze doch nicht bloß Taktik sei, aber auch eine Überforderung, die alles nur am Maßstab Luthers mißt und dann notwendig immer auf ein zu wenig und zu kurz hinausläuft, weil der eigene Maßstab nicht noch einmal kritisch bemessen und befragt wird. Da gibt es auf katholischer Seite dann die Ärgerlichkeit darüber, daß doch der eigene gute Wille so wenig erwidert werde, daß sich Ökumenismus zu einer Einbahnstraße entwickle, in der es nur eine Einfahrt, aber keinen Gegenverkehr gebe. Und es gibt freilich zugleich jene naive Voreiligkeit, die die Kontroverstheologie für beendet erklärt, die keine Unterschiede mehr sehen will, die alles verharmlost, indem sie es auf bloße Mißverständnisse zurückführt, hinter denen nun plötzlich das große Einverständnis auftaucht; die es sich zu einfach macht, indem sie nur noch den Plural ‚die Kirchen‘ sieht und darüber vergißt, sich dem schweren Anspruch zu stellen, der darin liegt, daß die katholische Kirche das Paradox wagt und wagen muß, inmitten des angenommenen Plurals sich dennoch auf eine einzigartige Weise den Singular ‚die Kirche‘ zuzuschreiben. Und solch unkritischer Progressismus weckt dann wiederum seinen Gegenpart, den Integrismus auf, der das Ökumenische als unkatholisch verdächtigt und um so leichter Anhänger findet, je unbesonnener da und dort die Sache des Ökumenischen wahrgenommen wird. Dazu kommt die Mühsal des Alltags. Die Mischehengesetzgebung ist nur ein Teil davon, das Leben in der gemischten Ehe ein anderer, der mühsam bleiben wird, wenn die Gesetzgebung eines Tages vielleicht noch so optimal wäre: Hier ist die Wunde der Spaltung konkret auszuhalten; sie spaltet da, wo Menschen sich am nächsten sind, und die Heilung der Not könnte im letzten nur die Heilung der Spaltung selber sein. Aber die Mühsal des Alltags reicht weiter: in das zähe Ringen um den Proporz auf allen möglichen Gebieten hinein, in alle die kleinen Verdrießlichkeiten, die Tag um Tag aus der Spaltung hervorwachsen können.

Wer das überspringt, verkleinert, verschweigt, hilft nur dazu, einem Umschlag in den Integrismus den Weg zu

bereiten, so wie die Übertreibungen der liturgischen Bewegung am Ende dieser selbst schaden ...“

### Katholizismus in evangelischer Sicht

Ebenfalls in der bis zum letzten Platz gefüllten Alten Hofhaltung sprach am 15. Juli abends der evangelische Militärbischof Hermann Kunst zum Thema „Der Katholizismus nach dem Konzil — Evangelische Sicht“. Seine Ausführungen wurden mehrmals durch anhaltenden Beifall unterbrochen. Der Präsident des Katholikentages, Senatspräsident Geiger, der den evangelischen Gast einführte, machte dabei den Vorschlag, künftig auch die Möglichkeit eines gemeinsamen evangelisch-katholischen Kirchentages zu prüfen. Dabei müsse man sich allerdings vorher über Programmatik und Zielsetzung eines solchen Kirchentages einigen. Bischof Kunst machte zunächst einige Vorbemerkungen zum Verhältnis zwischen evangelischer und katholischer Kirche vor und während des Konzils.

### Gemeinsame Bedrängnis

Kunst erinnerte an die gemeinsame Bedrängnis der Kirche in der nationalsozialistischen Zeit. Ohne das Blut der gemeinsamen Märtyrer während der letzten Jahrzehnte hätte, so erklärte Bischof Kunst, das Konzil sicher nicht den Verlauf genommen, den es nahm. Man verstehe weder die Ökumenische Bewegung noch das Konzil, wenn man sie nicht als Früchte geistiger Erweckung, als Folge dieser gemeinsamen Bedrängnis begreife. „Nicht Menschen haben geistliche Überlegungen angestellt und Initiative entfaltet, Gott der Herr drängt durch Seinen Geist Sein Volk zur Sammlung.“ Bischof Kunst erinnerte auch daran, daß die Evangelische Kirche in Deutschland als eine der ersten im Ökumenischen Rat zusammengeschlossene Kirche die Einladung zur Entsendung eines Beobachters angenommen habe. Die evangelische Kirche habe zwar keine Konzilsväter gestellt, aber ihre Gemeinden hätten sich für den „gesegneten Ertrag des Konzils“ mitverantwortlich gewußt. Was immer die evangelischen Christen an den Konzilsbeschlüssen noch auszusetzen haben, so müsse doch das erste Wort „der Dank sein für alles, was ein Schritt nach vorn und die Ermöglichung neuer Gemeinschaft ist“. Natürlich gebe es auch in der evangelischen Kirche Leute, die sagten, im Grunde sei alles beim alten geblieben. Gleichzeitig gebe es Illusionisten, die meinten, die Einheit der Christenheit sei bereits in greifbare Nähe gerückt.

Keine dieser beiden Gruppen sei auch nur als eine respektable Minderheit anzusehen. Festsustellen sei vielmehr ein behutsames Tasten, keine Neigung zum stürmischen Voranschreiten. Es sei wohl nicht zufällig, „daß wir gerade in Deutschland uns schwer tun, auf neue Brücken zu treten. Aber wir wollen es. Wir wollen es aufrichtig, und wir wissen, daß der Glaube nicht die Ängstlichkeit, sondern den Mut zum Wagnis bei sich hat.“

### Einheit in der Vielheit

Bischof Kunst sprach sich sehr positiv zur Liturgiereform in der katholischen Kirche aus. „Wir halten es für einen großen Gewinn, daß Sie sich in Zukunft in Ihren Gottesdiensten der jeweiligen Volkssprache bedienen. Ohne allen Zweifel werden dadurch viele Ihrer Gemeinden in neuer Erkenntnis des Wortes und der Gaben unseres Gottes wachsen. Aber wir meinen, daß daraus auch ein für die Ökumene grundlegend wichtiges neues Bewußtsein

unter Ihnen wachsen wird. In der Vorstellung vieler evangelischer Christen erschien bisher die katholische Kirche wie ein großer, weltumspannender, monolithischer Block. Weil wir nur flüchtig voneinander Kenntnis nahmen, meinten unsere Gemeinden: In Rom wird etwas angeordnet oder gelehrt, und dann geschieht die Ausführung in Köln und Chicago in gleicher Weise wie etwa die Handhabung eines Bundesgesetzes in Dortmund und Frankfurt. Es ist für viele evangelische Christen eine ständig erregende Sache gewesen, beobachten zu können, wie groß die Spannungen und die kontroversen Auffassungen in überragend wichtigen Fragen auf dem Konzil sein konnten. Die stärkere Einbettung kirchlichen Lebens in die verschiedenen Völker, die Profilierungen, die aus den nationalen Bischofskonferenzen erwachsen werden, können in den katholischen Gemeinden ein neues Verständnis für die Einheit in der Mannigfaltigkeit wecken.“ Noch auf lange Zeit hinaus werde die Christenheit nur dann die ihr in unserem Geschlecht zugemessenen Aufgaben erfüllen können, wenn sie trotz aller hemmenden und schmerzlichen Mannigfaltigkeit die Kraft finde, „daß durch das, was wir sagen und tun, der lebendige Christus für die Welt präsent wird“ ...

### Bibel und Gemeinschaft

Ohne die Arbeit der Theologie an der Bibel während der letzten dreißig Jahre wäre das Konzil in der Weise, wie es redete, gar nicht möglich gewesen. In einer erstaunlichen Breite seien Impulse aus einem neuen, sorgfältigen Hören auf die Bibel ausgegangen. „In der Konstitution über die Liturgie hat die Auslegung des göttlichen Wortes einen neuen Rang bekommen. Dies kann sich als ein entscheidender Schritt der Annäherung zu den reformatorischen Kirchen herausstellen. Die überaus belangvolle Überarbeitung des ursprünglichen Entwurfes der Konstitution über die Kirche folgte fast ausschließlich neuer biblischer Besinnung. Nehmen Sie die Äußerungen des Konzils über die Juden, vor allem auch die bedeutende Konstitution über die Offenbarung, die Dekrete über die Mission, die Laien und vor allem das über die Erziehung zum Priestertum — sie alle atmen in uns beglückenderweise ein vertieftes Achten auf die Heilige Schrift. Natürlich ist als einer der Hauptunterschiede zwischen uns das Verhältnis von Bibel, Tradition und unfehlbarem Lehramt geblieben. Man darf eben nie vergessen, daß das Vatikanum ein katholisches Konzil war und selbstredend zuerst die Erneuerung der katholischen Kirche wollte, auch wenn Papst Johannes XXIII. von Anfang an diese Erneuerung im Blick auf die Einigung der gesamten Christenheit sah. Unter diesem Aspekt kann man nur dankbar sein, daß das biblische Denken so machtvoll auf dem Konzil am Werke war.“

Von daher erkläre sich auch eine der belangvollsten Äußerungen im Dekret über den Ökumenismus, daß es nämlich „eine Rangordnung, eine Hierarchie“ unter den Dogmen der katholischen Kirche gebe. Noch in einer Enzyklika von Papst Pius XII. hatte es geheißt, daß alle Dogmen den gleichen Wert haben. Die nun ausgesprochene Modifizierung wird eine erhebliche Erleichterung für den gesamten theologischen Dialog der katholischen Kirche mit den im Ökumenischen Rat zusammengeschlossenen Kirchen bringen können.

Wir müßten uns klarwerden, in welchen Grundauffassungen wir aufeinander zugehen wollen. In der Konzilsaula sei nur gelegentlich von Rückkehr gesprochen worden.

„Die Vokabel wurde mehr gemieden als gebraucht. Wir glauben nicht, daß dafür taktische Erwägungen maßgebend waren. Dialog ist etwas anderes als Unterweisung. Dialog gibt es nur in der Offenheit, gemeinsam vor Gottes Angesicht Christi Erkenntnis zu suchen in der Bereitschaft, sich zu wandeln. Sind Sie der Überzeugung — was das Konzil an bemerkenswerten Stellen nicht gesagt hat —, die katholische Kirche verwalte schon die Fülle der Gaben Gottes, kann Einigung der Christen im harten Kern nur Rückkehr heißen. Dies müßte bei allem guten Willen zur Folge haben, daß wir in einigen Jahren froh sein müßten, wenn wir noch ein freundlich nachbarliches Verhältnis zueinander haben. Wir meinen die Versöhnung, nicht die Rückkehr...“

Um so belangvoller sei für unseren Dialog, daß das Ökumenismusdekret die alte statische Betrachtungsweise, wie sie in dem Begriff Häresie steckt, hat fallen lassen und in biblisch-heilsgeschichtlicher Orientierung von den nicht-katholischen Kirchen spricht. Zum ersten Mal habe die katholische Kirche auf dem Konzil in aller Form anerkannt, daß auch die reformatorischen Kirchen Kirchen seien, denen Christus besondere Gaben geschenkt habe.

#### *Situation in der Evangelischen Kirche*

Bischof Kunst ging auch auf die innerprotestantische Situation ein. „Es wäre innerlich unredlich, spräche ich an dieser Stelle nicht offen aus, daß es die Katholiken bei dem uns aufgegebenen Dialog schwer haben, sich zunächst einmal verlässlich darüber zu informieren, worauf sie uns lehrmäßig behaften können. Man muß hier nicht nur die gelehrte Diskussion unter den Neutestamentlern nennen. Die Bekenntnisschriften der Reformation, ohne die der Kirchenkampf vor dreißig Jahren im Kern überhaupt nicht zutreffend beschrieben werden kann, kommen bei einer Reihe von evangelischen Theologen mehr unter der Rubrik Kirchen- und Dogmengeschichte denn als verbindliche Auslegung der Bibel für Lehre und Predigt vor. Es kann auch nicht bestritten werden, daß ganze Bereiche zentralen geistlichen Lebens, wie etwa die Verwaltung des Amtes der Schlüssel in der Einzelbeichte und sogar teilweise die Feier des Heiligen Abendmahles, seit der Reformation verkümmert sind. Es muß Katholiken auch befremden, daß wir Evangelischen offenkundig mit den orthodoxen Patriarchen viel herzlichere Kontakte als mit dem Papst in Rom pflegen, wiewohl die Orthodoxie dogmatisch ganz sicher nicht günstiger über uns denkt als eben der Papst in Rom. Dies letztere kann man freilich sehr simpel damit erklären, daß man sich mit einem Bruder in Tokio viel leichter verträgt als mit dem, der mit einem im gleichen Hause wohnt. Es ist nicht so, als ob wir dies und manches andere nur im Blick auf den Dialog mit Ihnen als eine schwere Last empfänden. Meinen wir Dialog aufrichtig, kann es gar nicht anders sein, als daß wir alle demütig davon ausgehen, daß unsere Bruderschaft darin begründet ist, daß wir in der heiligen Taufe zu Kindern unseres himmlischen Vaters geboren wurden und dadurch Pflicht und Verantwortung empfangen, uns einander nicht loszulassen.“ Hier könne kein noch so freundliches Klima helfen. Hier müsse der Dialog Entscheidungen provozieren. Der christliche Glaube habe nicht Irenismus und Indifferentismus zum Inhalt.

#### *Die Last in der Mischehenfrage*

Ausführlich ging Bischof Kunst auf das Mischehenproblem ein: „Auf dem mühsamen Wege, auf dem wir aufeinander mit dem Ziel der Einigung zugehen, müssen wir jene

Belastungen beseitigen, ohne die schon die Annäherung schwer ist. Ich muß deshalb, auch wenn Sie alle sehr seufzen, an dieser Stelle die Not der Mischehe nennen. Wir preisen mit Ihnen in unseren Gemeinden das Gewicht gemeinsamen Glaubens und gemeinsamer Gestalt der Frömmigkeit in der Ehe. Wir sehen mit Ihnen, daß die Gefahr der geistlichen Verödung in einer Mischehe größer ist als in einer Ehe, in der die Eheleute die gleiche kirchliche Heimat haben. Wir lehren mit Ihnen die Unauflöslichkeit der Ehe, erinnern uns aber des Wortes Jesu, daß es Ehescheidung um der Herzenshärte der Menschen geben kann. Wir trauen nicht jeden Geschiedenen ein zweites Mal kirchlich. Wir begreifen aber nicht, warum Sie uns gegenüber in der Mischehenfrage anders verfahren als bei den orientalischen Kirchen, wiewohl es auch dort Wiedertrauung von Geschiedenen gibt.

Wir vergessen auch nicht, daß es allgemein anerkannter Grundsatz in der Ökumene ist, daß jede Kirche nur von ihren lehrmäßigen Voraussetzungen aus sich für das ökumenische Miteinander öffnen kann, also auch die katholische Kirche zur Mischehe nur von ihrem Verständnis des Sakramentes der Ehe neue Lösungen treffen kann. Besonders wohl tat uns deshalb in den verflossenen Jahren, daß sich viele von Ihnen die schwere Last, die in Ihrer gegenwärtigen Handhabung der Mischehenfrage liegt, nicht verborgen haben, vor allem Bischöfe und Professoren sich große Mühe gaben, einen Weg zu finden, der wenigstens die groben Anstöße, die wir nehmen, beseitigen sollte. Wir anerkennen auch, daß die neue Instruktion *Matrimonii sacramentum* Erleichterungen gebracht hat. Sie wissen aber, daß die neue Instruktion im Ganzen doch wie ein Reif in der Frühlingsnacht von uns und den meisten anderen Kirchen in der Ökumene aufgenommen wurde.

Ich könnte begreifen, wenn einige unter Ihnen, durch unsere unablässigen Vorstellungen gereizt, sagten: Ist denn eigentlich die zwar zweifellos vorhandene Not mit den Mischehen die beherrschende Kontroverse zwischen uns! Macht Ihr Evangelischen nicht aus dieser Sache das, was man in meiner westfälischen Heimat einen Dollpunkt nennt, und lähmt dadurch alle anderen über die Maßen wichtigen Aufgaben, deretwegen wir uns besser heute als morgen an einen Tisch setzen sollten? Ich insistiere nicht darauf, daß eine befriedigende Lösung der Mischehenfrage der Testfall für Ihre ökumenische Gesinnung sei. So richtig dies ist, so gewiß hat diese Behauptung Grenzen. Aber ich will gerade vor Ihnen drei Bemerkungen in dieser Sache machen, die mir persönlich in den bisherigen Diskussionen ein wenig zu kurz kamen.

#### *Die besonderen Probleme*

1. Eine Eheschließung ist nicht nur eine Sache zwischen zwei Menschen. An ihr ist mindestens die nächste Familie, im Regelfall eine ganze Sippe beteiligt. Es gibt bei Ihnen und bei uns in der Mehrheit Familien, für die es ein Stück dankbaren Selbstbewußtseins ist, daß es in den vergangenen Jahrhunderten bei ihnen nie eine Mischehe gab. Jeder von uns kann wissen, wie die Familien erregt und ab und an in den Bruch miteinander getrieben werden, wenn sich ein Glied zu einer Mischehe entschließt und sich in der anderen Konfession als der eigenen kirchlich trauen läßt. So gewiß es gut ist, wenn vor allem die Indifferenten merken, daß der Glaube Konturen hat, so sicher scheint mir, daß der angerichtete Schaden größer ist. Man kann also die Not der Betroffenen nicht an der Zahl der Brautpaare, die eine Mischehe schließen wollen,

ablesen. Durch die Vertreibung, die moderne Fluktuation der Bevölkerung und die vollkommen gewandelte Art der Begegnung von männlicher und weiblicher Jugend bei der Berufsausbildung ist eine Situation entstanden, in der es immer mehr Mischehen geben wird. Müssen nicht die auch von uns bejahten und geübten geistlichen Maßnahmen der Kirchengzucht allgemein stumpf werden, wenn es bei der bisherigen Übung bleibt?

2. Es geht nicht nur darum, daß Bischöfe und Professoren miteinander sprechen und neue Wege für unser Miteinander suchen. Die Gemeinden müssen in einer gesunden Weise für ökumenisches Leben erweckt und an ihm beteiligt werden. Das Bewußtsein der Mehrheit in unseren Gemeinden wird aber geprägt von praktischen Dingen. Die Bemühungen um kräftiges ökumenisches Leben in unseren Gemeinden bleibt wirksam gestört, wenn es von einer evangelisch getrauten Mischehe heißen kann, die beiden lebten in einer wilden Ehe.

3. Am wichtigsten ist mir aber das letzte. Es ist ein Fortschritt, daß die Exkommunikation für diejenigen, die die Ehe vor einem evangelischen Pfarrer schließen, abgeschafft ist. Im Regelfall richtet sich die Kindererziehung danach, ob die Ehe katholisch oder evangelisch getraut wurde. Werden aber alle oder ein Teil der Kinder nicht katholisch erzogen, bleibt die Exkommunikation bestehen. Ich habe vorhin ausgesprochen, daß auch wir den heiligen Ernst im Gehorsam der Wahrheit bezeugen und das ewige Heil als die Aufgabe aller Aufgaben preisen. Keiner kann den Glauben durch sein Leben zum Ziel tragen, ohne die rettenden, zurechtbringenden, stärkenden Kräfte aus Gottes Wort und dem heiligen Sakrament. Ermessen Sie von solchem Glauben und solcher Erfahrung her, was es für einen Christen bedeuten muß, wenn er von den Kräften aus der Welt Gottes ausgeschlossen bleibt? Wir empfangen im heiligen Abendmahl den wahren Leib und das wahre Blut Jesu Christi. Man braucht dies nur auszusprechen, um alsbald innezuwerden, welche Hilfen, welche Bagnadungen, welche wahre Fülle der Gaben Gottes durch den Empfang des heiligen Altarsakramentes in ein Christenleben ausgeht. Aber gleichzeitig auch: Welch eine Bettelarmut, welche Verkürzung und Verkümmern geistlichen Lebens, welche Erschwerung in der Bewährung der Nachfolge Christi muß passieren, wenn jemand vom Leben aus dem Sakrament ausgeschlossen ist! Steht diese Strafe in einem vertretbaren Verhältnis zu dem Vorgang evangelischer Kindererziehung? Darf man deshalb einen Menschen in dieser immer einsamer machenden Welt der Heimat am Tische des Herrn berauben? Ich will Sie mit all dem, was ich sage, nicht betrüben. Aber lassen Sie mich in dieser Stunde der Anwalt jener Mitchristen sein, die in Ihrer Kirche die heilige Taufe, Erziehung, Leitung und sakramentales Leben empfangen und nun wartend vor der Pforte des Heiligtums stehen.

#### *Das gemeinsame Christuszeugnis*

In eindrücklichen Worten ermahne das Ökumenismusdekret zur Zusammenarbeit in sozialen Fragen und angesichts der Notstände in der Welt. „Wir würden dabei in Deutschland an die Hilfen für die Entwicklungsländer, an gesellschaftspolitische Aufgaben, Familienpolitik, Eigentumbildung und so weiter denken, unbefangen würde ich auch die deutsche Außenpolitik nennen. Die Trennung der Nation und die Arbeit an ihrer Überwindung kann für die Christenheit in Deutschland nicht nur im Blick auf staatsbürgerliche Verantwortung allgemein interessant sein. Es hat belangvolle Dinge in den ver-

gangenen Jahren gegeben, bei denen beide Kirchen eine helfende Hand in gesamtdeutschen Fragen bewähren konnten. Man wird nicht nur sagen müssen, das Gebot: ‚Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst‘ hat auch einen politischen Aspekt. Die Kraft der Versöhnung durch Christi Blut und das neue Leben als Frucht österlichen Glaubens sind unter keinen Umständen nur sozusagen innerkirchlich wirksame Taten Gottes. Zu den Consecutiva des Glaubens gehört in der Gegenwart, daß die Kirchen die Verantwortung für die Versöhnung der Völker und für den Frieden als ihre Aufgabe erkennen.“ Dies sei nicht in der Anmaßung gemeint, „daß wir den Regierungen das politische Rezept machen wollen, aber doch im Zuspruch, in der Ermutigung, in der Warnung, im eigenen Engagement, wie Sie es im brüderlichen Gespräch mit den polnischen Bischöfen taten, und wie wir es mit unserer Denkschrift ‚Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn‘ versuchten.“ Wenn wir Christen Europa sagten, müßten wir gewiß gemeinsam Frankreich, Italien, Spanien, aber auch das lutherische Skandinavien und das anglikanische England und nicht zuletzt auch Warschau und Prag, Moskau und Budapest meinen . . .

„Aber Gott bewahre Sie und uns davor, daß wir vor lauter Aktivitäten in Staat und Gesellschaft vergessen, daß aller Dienst der Kirchen und ihrer Glieder seine einzige Quelle im Gottesdienst hat. Ohne die ständige Erneuerung in Buße, Gebet, Glaube, Liebe, Hoffnung, Anbetung und Lobgesang wird all unser Dienst in Staat und Gesellschaft ein Ausverkauf vor dem Bankrott werden. Aber gerade weil der gesunde Gottesdienst, das Austeilen der Gaben Gottes die Verantwortung aller Verantwortungen der Kirche ist, stellt sich die Frage, ob es nicht im Bemühen um den geistlichen Dienst für die Menschen unseres Geschlechtes Verlegenheiten gibt, vor denen wir gemeinsam ratlos stehen. Gibt es nur bei uns die Not, dem modernen Menschen in einer neuen Weise die alte Wahrheit des Evangeliums zu sagen? Was bedeutet die radikale Rationalisierung und Technisierung in der Gegenwart für die gesegnete Verwaltung der Geheimnisse Gottes? Sollen wir gegenseitig nur literarisch Erkenntnisse und Erfahrungen zur Kenntnis nehmen, die wir im katechetischen Dienst unter der Jugend machen? Ist die moderne Frage nach dem Sinn des Lebens im Kern etwas anderes als die Frage nach dem gnädigen Gott bei Martin Luther? Ich bagatellisiere wahrhaftig nicht, wenn wir uns jetzt Mühe geben, gemeinsame Übersetzungen von Bibelteilen zu schaffen und das Gebet des Herrn im gemeinsamen Wortlaut zu sprechen. Aber ist dies eine ausreichende Antwort auf die Anrede Gottes in dem Drängen zur Sammlung durch die ökumenische Bewegung und das Konzil?“

Gewiß müsse man die Gemeinden vor Enthusiasmus und überschwenglichen Hoffnungen bewahren. „Aber sofort muß man hinzufügen: Es ist auch nicht das Gebot der Stunde, möglichst viele christliche Feuerwehren zu gründen. Wahrscheinlich geht es uns allen noch zu gut, als daß wir wach und demütig genug wären, bei allen großen Aufgaben alsbald mit Dankbarkeit daran zu denken, daß Gott uns zu Brüdern gemacht hat. Wer sich an die konfessionelle Welt in Deutschland vor vierzig Jahren erinnert, ist vor der Versuchung bewahrt, Klagelieder darüber anzustimmen, wie bescheiden bis jetzt die Frucht des Konzils Gestalt angenommen hat. Er wird sich auch nicht an diesem bis in die Wurzeln undankbaren und ungeistlichen Gerede beteiligen, als sei die neue Atmosphäre zwischen Ihnen und uns im Grunde nicht viel mehr als

eine Betätigung des banalen Satzes: Seid nett miteinander! Richtig aber ist, daß unsere Begegnung in den letzten Jahren davon bestimmt war, daß uns der Herr Christus Binden von den Augen nahm, daß Er uns eine Strecke Weges näher gebracht hat.“ Um so wichtiger sei, daß wir uns gegenseitig so konkret wie möglich die Aufgaben stellten.

### *Mündige Gemeinden*

Keiner sollte von Theologengezänk reden. „Ganz sicher werden wir uns nicht zusammendenken. Aber wir werden uns auch nicht ohne Klarheit des Denkens zusammenhandeln. Die Christenheit in Deutschland hat durch ihre Geschichte eine größere Verantwortung als die in manchen anderen Ländern, damit das Mühen um die Einheit nicht in einer Konfusion endet. Eine Sache anders sehen und beurteilen als ein Bruder braucht kein Zeichen von Lieblosigkeit zu sein. Freilich, das Ziel ist bei dieser Bemühung nicht, die alten Gräben nun auch noch sozusagen auf Hochglanz zu polieren. Je offener und demütiger wir bei allem Miteinander-Sprechen auf Den achten, der das Licht der Welt ist, desto erleuchteter und entschlossener werden wir aufeinander zugehen. Wenn wir auch den Rang der Bibel für das Leben der Kirche unterschiedlich ansehen, wird gerade sie sich als die kräftigste Quelle auf dem Wege zur Einigung erweisen . . . Im Wort Gottes ist der Herr unter uns anwesend. Davon lebt man. Das ist alles für den Weg vor uns.

Wir können viel miteinander bedenken und neu ordnen. Wir können gemeinsam im Dienst den Namen und das Werk Christi vor der Welt bezeugen. Verschlössen ist uns noch der gemeinsame Lobgesang im Gottesdienst im Hören auf das Evangelium und in der Feier des heiligen Sakramentes. Für alles, was ich vor Ihnen ausgebreitet habe, gäbe es nur sehr wenig Hoffnung, wäre es uns auch versagt, gemeinsam zu Gott zu beten. Ich kenne wohl die Frage: Unterliegt das gemeinsame Gebet nicht einer Täuschung? Betet ein Katholik um die Einheit, werden viele nach wie vor die Rückkehr der getrennten Brüder meinen. Betet ein evangelischer Christ um die Einheit, kann er diese Rückkehr nicht meinen. Er könnte sie ja jeden Tag haben. Er hat die Vision einer für jeden von uns beiden neuen Gestalt des Miteinander. Ich kann diesen Einspruch gegen unser gemeinsames Gebet nicht hinnehmen. Wir wenden uns im Gebet an den ewigen Gott und möchten, daß Er unsere Verkehrtheiten und Dunkelheiten überwinde und daß Er mit Seinen Absichten zum Ziele kommt. Wir beten nicht, daß Er unsere Vorstellungen realisiere, sondern daß Sein Wille geschehe. Es ist unsere Pflicht, daß jeder einzelne von uns darum betet, daß Gott der Herr uns helfe, daß ‚wir alle eins seien‘. Es ist unsere Pflicht, daß wir darum in unseren Gottesdiensten beten. Wir sollten gewiß keine Türen für den Enthusiasmus öffnen, aber wir sollten eine mindestens ebenso große Sorge haben, den Geist nicht zu dämpfen.“ Deshalb sollte das gemeinsame Gebet in den Gemeinden nicht mit zu hohen Hürden umgeben werden. Mündige Gemeinden sollten nicht nur ein Programm für die Zukunft sein . . .

### **Die Kirche und die Juden**

Im Rahmen der Feierstunde in der Pädagogischen Hochschule am Nachmittag des 15. Juli, in der Frau Dr. Gertrud *Luckner* ihren Vortrag über den Katholizismus nach dem Konzil und die Juden hielt, richtete als jüdischer Vertreter Dr. Ernst Ludwig *Ehrlich*, Basel, eine Grußadresse an die versammelten Katholiken. Ehrlich bezeich-

nete Judentum und Christentum als „zwei Religionen, die aus ihrem Ursprung her verbrüderter sind und deren Gesichtszüge sich daher gleichen“. Aber so klar der biblische Befund über die theologische Beziehung zwischen Christentum und Judentum sei, in der Geschichte habe sich von dieser Brüderlichkeit nur selten etwas gezeigt. Schon sehr früh habe man sich bemüht, dem Judentum die ihm von Gott verliehene Würde zu nehmen. Die Juden hätten meist außerhalb des Kreises jener gelegen, für die man eine wirkliche Solidarität empfunden habe. Dem Alten Testament habe man zwar weiterhin fromme Verehrung gezollt, aber „das lebendige Volk dieses Buches“ habe oft außerhalb des Horizonts der Christenheit gestanden. Man habe im Christentum den Juden vielfach nur unter dem Zerrbild des ruhelosen Ahasver gesehen, und das noch zu einer Zeit, als der jüdische Mensch seine christlichen Mitbürger am allernötigsten gebraucht hätte. Der allmähliche Wandel im gegenseitigen Verhältnis sei nicht erfolgt auf Grund theologischer Umkehr zu den Quellen biblischer Offenbarung, er habe seinen Grund vielmehr in dem namenlosen Schrecken, der die Christenheit 1945 befallen habe, weil im sogenannten christlichen Europa geschehen sei, „was Menschen hier vor aller Augen anderen Menschen antaten“. Nicht weil man vom Ruf des Herrn gepackt worden sei, interessierten sich nun die Christen für die Juden, „sondern weil man sich endlich vergegenwärtigt hat, daß ein ermordeter Jude immerhin auch ein ermordeter Mensch ist. Es scheint fast, als ob ein solcher Gedanke allzu lange aus dem Bewußtsein allzu vieler geschwunden gewesen sei.“

### *Gleichberechtigte Partner*

Ehrlich stellte zwei Forderungen des Konzils im Verhältnis der Kirche zu den Juden ins Zentrum seiner Überlegungen: sich auf Grund des großen gemeinsamen biblischen Besitztums kennenzulernen und näher ins Gespräch zu kommen und darauf zu achten, daß in Predigt und Religionsunterricht nichts gelehrt werde, was mit der evangelischen Wahrheit nicht übereinstimme. „Wir kennen einander noch nicht, wir haben bisher nur selten miteinander Studium getrieben und brüderliche Gespräche geführt, die über allgemeine Höflichkeiten hinausgingen. Wer wirklich sich diese Empfehlungen und Wünsche des Konzils zu eigen machen möchte, wird in Deutschland und anderwärts gesprächsbereite jüdische Partner finden, die willens sind, auf gleicher Ebene mit ihren katholischen Freunden zu reden, um gemeinsam mit ihnen diesen Berg des Mißverständnisses, des Mißtrauens, der Fremdheit abzutragen, der einem Verstehen und Kennen im Wege steht.“ Eines müsse jedoch gesagt werden, ein brüderliches Gespräch setze gleichberechtigte Partner und nicht jüdische Missionsobjekte voraus.

Zur zweiten Forderung des Konzils, in Predigt und Religionsunterricht auf die evangelische Wahrheit zu achten, meinte Ehrlich, vorläufig sei es noch so, daß Christen und Juden beim Hören eines solchen Hinweises recht verschiedene Assoziationen besitzen. Die Christen würden ihn allgemein als Mahnung verstehen, sorgfältiger mit dem Wort der Schrift umzugehen. Die Juden aber würden diese Forderung an Hand des Satzes interpretieren, der nur in den früheren Fassungen des Konzilsdekrets gestanden habe: „Mögen darum alle Sorge tragen, daß weder im Religionsunterricht noch in der Verkündigung des Wortes Gottes irgend etwas gelehrt werde, das im Herzen der Gläubigen Haß oder Verachtung im Herzen der Juden entstehen lasse.“ Das sei leider nur

allzuoft geschehen. Auch heute seien noch manche Lehr- und Handbücher oder Broschüren nicht frei davon. „Die Erwachsenen lesen meist darüber hinweg, den Kindern hingegen dringt es in die Seele.“ Das alles gehöre keineswegs der Vergangenheit an. Doch weise das Konzil einen Weg aus den traditionellen Haltungen der Vergangenheit, aus unverbindlichen Floskeln und vordergründigen Gesten, aus frommer Geschichtsklitterung und gemessener Distanz.

Dem geschichtlichen Gegensatz zwischen Juden und Christen und dem unmenschlichen Schicksal der Juden im Dritten Reich war der größere Teil des Referats von Frau Dr. Luckner gewidmet. Frau Luckner führte aus, daß der Antisemitismus neuzeitlicher Prägung, insbesondere der nationalsozialistische, weitgehend auf eine religiöse oder pseudoreligiöse Rechtfertigung, wie sie im Mittelalter bestanden habe, verzichtet habe. Aber was der Nationalsozialismus über die Determiniertheit der jüdischen Rasse zum Minderwertigen vorgebracht habe, erinnerte in der Formulierung an manche spätmittelalterliche Äußerungen. Die gleichbleibenden Motive der Beurteilung der Juden, wie sie von der Pastristik formuliert wurden, sei Gemeingut der mittelalterlichen Theologie gewesen. Der neutestamentlichen Forschung bleibe hier die Aufgabe gestellt, über die geschichtlichen Verzerrungen zum biblischen Verständnis des Judentums zurückzufinden.

Frau Luckner verwies in dem Zusammenhang auf eine erst jüngst in Arnoldshain stattgefundene Expertentagung von Exegeten. Die Erfahrung der gemeinsamen Verfolgung von Juden und Christen und das dadurch bedingte besondere Vertrauensverhältnis führten nach 1945 zu einer Neubesinnung über das gegenseitige Verhältnis und darüber, wie Juden und Christen grundsätzlich und in der Geschichte zueinander gestanden haben. Das Zweite Vatikanische Konzil habe einen Schlußstrich unter die Geschichte des Unheils gezogen. Bedeutsam sei nicht nur die Erklärung über die nichtchristlichen Religionen, sondern auch die Aussage im 2. Kapitel der Kirchenkonstitution über die jüdische Religion. Dort bekenne sich das Konzil zu der Verwurzelung des Neuen Bundes in der Geschichte Israels. Dort sei die Grundlage gelegt für die pastoralen Anweisungen für das praktische Verhalten zwischen Juden und Christen. Zur Gewinnung eines neuen Verständnisses der Juden sei vor allem eine Revision des Religionsunterrichts erforderlich. Gegenwärtig bestünden erst allererste Ansätze und Initiativen. Bedeutsam sei aber das durch das Konzil geschaffene neue Klima.

## Die Arbeitsversammlungen

Wie von einem Katholikentag, der in erster Linie Kongreß der Führungskräfte der katholischen Verbände sein wollte, zu erwarten war, wurde die Hauptarbeit in den Arbeitsversammlungen, Podiumsdiskussionen und Akademiegesprächen geleistet. Auf diese Arbeitsversammlungen konzentrierte sich auch das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit. Hier galt es nun, sich mit der nachkonziliaren Problematik möglichst konkret auseinanderzusetzen und Mittel und Wege nachkonziliarer Adaptation nicht nur des katholischen Verbandswesens, sondern überhaupt des Wirkens der Katholiken in der Kirche und in der Gesellschaft zu finden. Die Diskussionen erwiesen sich dabei als schwieriger und vielschichtiger, als sich mancher Teilnehmer gedacht haben mochte.

Besonders in den Akademiegesprächen gestaltete sich die Diskussion sehr zähflüssig. Es zeigte sich, daß nur ein kleinerer Teil der Anwesenden das Rüstzeug für eine konstruktive Sachdiskussion mitbrachte. So blieb das Diskussionsergebnis auffallend mager. Höhepunkte brachten eigentlich nur einige Referate, in denen Problemen nicht ausgewichen wurde. Das gilt besonders für die Referate im politischen Arbeitskreis. Immerhin machten diese Diskussionen deutlich, wo gegenwärtig in Deutschland die Schwerpunkte katholischer Aktivität im gesellschaftlichen Leben liegen. Wie schon in Stuttgart, war auch in Bamberg die Bildungsfrage das beherrschende Thema.

Stärkeres Gewicht erhielten freilich auch die allgemeinen politischen Fragestellungen, insbesondere die Frage, ob angesichts der nachkonziliaren Situation in der Kirche und in den konkreten politischen Verhältnissen Deutschlands eine enge Bindung zwischen Katholizismus und einer bestimmten politischen Partei, wie sie sich in der Bundesrepublik herauskristallisiert hat, sinnvoll weiterbestehen kann, oder ob sich der Katholizismus als solcher und nicht nur die kirchliche Hierarchie in größere Distanz zu den politischen Parteien, also auch zur CDU, begeben solle. Ein einheitliches Ergebnis wurde dabei nicht erzielt und war von den Veranstaltern wohl auch nicht erstrebt worden. Doch zeigte die Diskussion im politischen Arbeitskreis eine zunehmende Distanz zur Politik als Parteipolitik, auch wenn von der Mehrheit die Bindung des Katholizismus an eine sich noch als Weltanschauungspartei bekennende politische Sammlung, wie sie die CDU darstellt, noch gebilligt wurde. Diese enge Bindung hatte bereits ihren Ausdruck in der Zusammensetzung des Podiums im politischen Arbeitskreis gefunden, das mehrheitlich aus Mandatsträgern der CDU/CSU zusammengesetzt war. Man hatte sich offenbar noch nicht so weit vorgewagt, auch Vertreter anderer politischer Richtungen am Podiumsgespräch unmittelbar zu beteiligen. Dieselbe Tendenz einer zunehmenden Öffnung zeigte sich auch im Arbeitskreis über Bildung und Kultur. Die überwiegende Mehrheit der Diskutanten und Teilnehmer hatten sich eindeutig von der Forderung nach Errichtung bzw. Beibehaltung der staatlichen Konfessionsschule, wie wir sie nur in Deutschland kennen, distanziert, auch wenn von niemandem gelehnet wurde, daß die staatliche Konfessionsschule — soweit sie realisierbar ist — das katholische Ideal darstellt. Wie im politischen Arbeitskreis gingen aber auch hier die Meinungen recht weit auseinander. Die Anregungen kamen auch in diesem Arbeitskreis weniger aus dem Publikum als von den Referenten.

### Zusammenarbeit in der „erneuerten“ Kirche

Am unmittelbarsten in die nachkonziliare Situation hineingestellt sah sich die Arbeitsversammlung 1, in der vor allem zwei Gesichtspunkte zur Verhandlung anstanden: die Zusammenarbeit zwischen Hierarchie und Laien im allgemeinen und Funktion und Reformbedürftigkeit der katholischen Verbände und ihres Wirkens in Kirche und Gesellschaft. Die Referate wurden bestritten von Bischof Franz Hengsbach von Essen, Geistlicher Generalassistent beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, und vom Bundestagsabgeordneten Heinrich Köppler, bis vor einem Jahr Generalsekretär des Zentralkomitees. Dem Podium gehörten an Marianne Dirks, Wittnau; Prof. Franz Josef Wothe, Hildesheim; Prälat Willy Bokler,

Wiesbaden; Oberstudienrat Egbert Höflich, Köln; Msgr. Philipp Boonen, Direktor der Katholischen Akademie in Aachen, und Msgr. Georg Moser, Direktor der Katholischen Akademie in Stuttgart, sowie die beiden Referenten. Geleitet wurde die Podiumsdiskussion von Rechtsanwalt Anton Roesen, Düsseldorf, Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Obwohl selbstkritische Töne nicht zu überhören waren, führte auch hier die Diskussion nicht eigentlich über die beiden Referate hinaus. Auf eine harte Sachdiskussion schien man nicht genügend vorbereitet.

#### *Grundstrukturen der Zusammenarbeit*

Bischof Hengsbach kennzeichnete die Grundstruktur kirchlicher Zusammenarbeit nach dem Konzil durch vier Aspekte: 1. Einheit der Kirche im geschichtlichen Wechsel ihrer Formen unter Kontinuität ihres Lebens nach dem Gesetz lebendiger Tradition; 2. Synthese von Einheit und Freiheit in der Kirche, durch die sowohl ein schädlicher Individualismus und Partikularismus als auch „die Sünde des Uniformismus“ und des falschen Zentralismus vermieden wird; 3. Teilnahme aller Glieder der Kirche an ihrem einen Apostolat; 4. Zusammenordnung von Freiheit und Autorität in der Kirche. Bedeutsamer als das, was die einzelnen in der Kirche aufgrund ihrer unterschiedlichen Dienste voneinander unterscheiden, sei das, was sie eint, „die Gemeinsamkeit des Glaubenssinnes, die gemeinsame Teilnahme am Priestertum Christi und an den Charismen seines Geistes, die große Brüderlichkeit in Christus“. Bischof Hengsbach warnte davor, das Amt der Kirche und seine Autorität nach weltlicher Manier paternalistisch oder gar absolutistisch mißzuverstehen. Man müsse sich aber ebenso vor der Aushöhlung echter Autorität hüten. Bischof Hengsbach wandte sich gegen die Gefahr, „Formen der Demokratie, die im politischen Leben ihren guten Sinn haben, ohne weiteres auf das kirchliche Leben zu übertragen, in einem Enthusiasmus der Brüderlichkeit gottgesetzte Unterschiede der Dienste und des Amtes auszulöschen und mit ihnen die Verbindlichkeit der Lehre und der Zucht in der Kirche anzutasten“. Solche Tendenzen entsprächen nicht dem Geist des Konzils, sondern gefährdeten seine Verwirklichung.

Bischof Hengsbach nannte drei Bereiche, in denen man sich nach dem Konzil auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit besinnen müsse: im Zeugnis des Wortes, im Gottesdienst und in der Seelsorge. Das Zeugnis des Wortes, das die Hierarchie gebe, sei nicht das gesamte Zeugnis der Kirche. Seine Übersetzung und Weitergabe sei auch und mancherorts in erster Linie ein Werk der Laien. Hengsbach nannte als Beispiele die Mitarbeit der Eltern bei der religiös-sittlichen Erziehung der Kinder; die Mitarbeit der Lehrer im Erziehungswerk, „jener besonders, die — wie in der Bekenntnisschule — ganz aus dem Geist und der Fülle des Glaubens geschehen kann“; die Mitarbeit der Katecheten in der religiösen Bildung der Kinder und Erwachsenen; das Milieupostolat im Betrieb; das Zeugnis des gesprochenen und geschriebenen Worts. Damit das geistliche Amt zur rechten Zeit das rechte Wort sprechen könne, bedürften die Amtsträger zudem selbst der breiten und laufenden Informationen seitens der Gläubigen. Das Amt bedürfe der Mitarbeit des Sachverständigen, damit es nicht an den konkreten Situationen, in denen die Menschen stehen, vorbeiredet.

#### *Zusammenarbeit in Gottesdienst und Seelsorge*

Zur Zusammenarbeit im Gottesdienst erklärte Bischof Hengsbach, man solle sich vor einer zerstörerischen Kritik hüten, die Erneuerung brauche Zeit und bedürfe der Mitarbeit aller. „Laßt die Kritik konstruktiver werden, laßt sie an jene Stellen kommen, denen, wie der nachkonziliaren Kommission in Deutschland und in den Diözesen sowie dem Liturgischen Institut in Trier, die Hauptverantwortung für die Durchführung der Erneuerung auferlegt ist.“ Hinsichtlich der Zusammenarbeit in der Seelsorge nannte Bischof Hengsbach drei Bereiche: die Familie, das soziale Milieu, die Sorge um die Außenstehenden. In der Seelsorge bahnten sich fruchtbare Formen der Zusammenarbeit zwischen den Familien und den Lokalkirchen ab. Die Familienarbeit müsse aber im Lichte des Konzils intensiviert werden. In bezug auf das soziale Milieu müsse man sich fragen, „ob unsere Seelsorge dem sozialen Gestaltwandel der Gegenwart ganz gerecht geblieben ist, ob wir uns nicht um bestimmte Gruppen in unserem Lande noch zu wenig kümmern“. Hengsbach nannte hier die technischen Berufe und die Schichten des Mittelstandes im Bereich des Dienstleistungsgewerbes, denen heute immer mehr Schlüsselpositionen gesellschaftlicher Verantwortung zufielen. Was die Zusammenarbeit im Apostolat der Außenstehenden betreffe, so müsse man sich um die verschiedenen Möglichkeiten neuer seelsorglicher Kontakte bemühen. Die Auseinandersetzung mit dem Atheismus werde auch bei uns zu einer wachsenden Aufgabe der Christen, die über das Problem des Kommunismus und der Humanistischen Union weit hinausreichen. Hinsichtlich der Erneuerung des organisatorischen Gefüges innerhalb der Kirche, in dem die vom Konzil inaugurierten neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Hierarchie und Laien ihren Ausdruck finden sollen, beschränkte sich Bischof Hengsbach auf wenige allgemeine Bemerkungen. Er wies darauf hin, daß die deutschen Bischöfe bereits in Rom begonnen hätten, die neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu studieren. Gegenwärtig mache man sich auch darüber Gedanken, wie die Mitarbeit der katholischen Laien mit dem Wirken der Bischöfe organisatorisch weiterentwickelt werden könne. Zur Überprüfung der Diözesangrenzen meinte Hengsbach, angesichts der politischen Lage in Deutschland werde man nur sehr behutsam an dieses Problem herangehen können. Rascher vorantreiben könne man die Erneuerung der Formen des innerkirchlichen Lebens in den Bistümern und Pfarreien. Die praktischen Vorschläge dazu unterbreitete Heinrich Köppler in seinem zweiten Referat, das er im Anschluß an die erste Podiumsdiskussion hielt.

#### *Situationsanalyse der Verbände*

In seinem ersten Referat, das unmittelbar dem Vortrag von Bischof Hengsbach folgte, versuchte Köppler eine Situationsanalyse des katholischen Verbandswesens angesichts seiner eigenen Vergangenheit und der Forderungen des Konzils. Er begann diese Analyse mit einer Warnung vor der „Gnade des Nullpunktes“. Es könne nach dem Konzil nicht darum gehen, leeren Tisch zu schaffen. Das sei Mißachtung der Lebensgesetze der Geschichte. Dieser Warnung schloß er einen Katalog von „Mangelkrankungen“ der katholischen Laienarbeit an: die krisenhafte Neigung zur Selbstbespiegelung; die „künstliche“ Frontenbildung zwischen progressistischen und integralen Richtungen; die Frustration katholischer Akti-

vitäten, die in den letzten beiden Jahrzehnten in den Ansätzen steckengeblieben seien; Mangel an religiös-spirituelle Bewegung; an geistigen Provinzialismus grenzende Selbstgenügsamkeit. Köppler ging auch kurz auf die Kritik ein, die gegenwärtig gegenüber dem katholischen Verbandswesen vorgetragen werde, und kam zu dem Schluß, daß der Verbandskatholizismus im außer-katholischen Raum wesentlich mehr Prestige genieße als in der innerkirchlichen Auseinandersetzung der letzten Jahre. In behutsamer Selbstkritik gab Köppler zu bedenken, ob die Vielfalt der Verbände, wie sie gegenwärtig gegeben sei, nicht einer Überprüfung, einer Straffung und einer allgemeinen Flurbereinigung bedürfen. Ausdrücklich wandte sich Köppler jedoch gegen eine Minderbewertung der Verbände. Das Konzil habe nicht nur das Einzelapostolat betont, sondern fordere ausdrücklich eine Intensivierung der gemeinschaftlichen Apostolatsformen. Es gehe deshalb nicht um die Frage der Existenzberechtigung der katholischen Verbände, sondern um die Steigerung ihrer Wirksamkeit.

#### *Erneuerung kirchlicher Infrastrukturen*

In seinem zweiten Referat entwickelte Köppler nach einigen einleitenden Ausführungen über die Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb der katholischen Verbände die Vorschläge zur Neustrukturierung der Zusammenarbeit zwischen Hierarchie und Laien auf Pfarr-, Diözesan- und Landesebene, die im Auftrag der Fuldaer Bischofskonferenz vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken ausgearbeitet wurden. Köppler sprach zunächst von den Pfarrausschüssen, wie sie im Bischofsdekret des Konzils vorgesehen sind. Aufgabe dieser Pfarrausschüsse sei es, den Pfarrer in allen Fragen des kirchlichen Lebens der Pfarrei zu beraten und die in der Pfarrgemeinde tätigen Laienkräfte zu koordinieren, damit im Bereich der Pfarrgemeinde die Aktionen, wenn sie von allgemeinem Interesse sind, unterstützt würden. Wenn sich Pfarrgemeinde und politische Gemeinde decken, sollte der Pfarrausschuß die Pfarrei auch gegenüber den Gemeindebehörden vertreten. Köppler sprach sich im Namen des Zentralkomitees gegen eine Übertragung von Entscheidungsrechten auf die Pfarrausschüsse aus. Diese sollten sich auf ihre Beratungsfunktion beschränken. Das notwendige Miteinander von Pfarrer und Laien in den Pfarrausschüssen sollte sich zunächst einmal auf der Basis des Beratungsrechts und der Anhörungspflicht einspielen. Nach den Empfehlungen des Zentralkomitees sollen die Pfarrausschüsse aus drei Gruppen zusammengesetzt sein: ein Drittel sollte von der Pfarrversammlung direkt gewählt werden; ein zweites Drittel sollte von den in der Pfarrei tätigen anerkannten Gruppen und Vereinen delegiert werden; das letzte Drittel sollte vom Pfarrer berufen werden, „wobei er einmal diejenigen Bereiche der Laienarbeit berücksichtigen sollte, die durch Wahl und Delegation nicht berücksichtigt wurden, zum anderen aber die Mitarbeit von Experten für bestimmte Sachfragen im Pfarrausschuß sichern mußte“. Dem Pfarrausschuß sollte der Pfarrer selbst mit den übrigen Seelsorgsgeistlichen der Pfarrei und ein Vertreter des Stiftungsrates sowie ein Vertreter der in der Seelsorge hauptamtlich tätigen Laien angehören. Die Wahl des Vorsitzenden müsse vom Pfarrer bestätigt werden. Die Amtszeit des Pfarrausschusses solle man am besten auf drei Jahre begrenzen. Entsprechende Ausschüsse, wie sie für die Pfarreien vorgesehen sind, sollen auch in Städten und Kreisen

und nach Bedarf auch in regionalen Bezirken geschaffen werden. Wo das Dekanat sich noch mit dem profanen Lebensraum räumlich decke, käme in erster Linie die Dekanatssebene dafür in Frage. Die Stadt-, Kreis- oder Regionalausschüsse sollten ähnliche Aufgaben erfüllen wie die Pfarrausschüsse und nach denselben Grundlinien zusammengesetzt sein. Der Vorsitzende dieser Ausschüsse sollte vom Bischof bestätigt werden. Als vornehmliche Aufgabenbereiche wurden genannt: Ehe- und Familienfragen, Schule und Erziehung, Jugend- und Erwachsenenbildung.

#### *Auf Diözesan- und Bundesebene*

Auch die zu schaffenden Diözesanausschüsse sollten nach den gleichen Grundsätzen zusammengesetzt sein und arbeiten. Der Bischof sollte einen Geistlichen seines Vertrauens als geistlichen Beirat in der Diözesanausschuß entsenden. Dieser geistliche Beirat sollte in engem Kontakt mit dem Seelsorger der Diözese stehen. Der Ausschuß sollte über eine eigene Geschäftsstelle verfügen. Zwischen einem solchen Diözesanausschuß der Katholiken und dem im Bischofsdekret vorgesehenen Pastoralrat aus Laien, Klerikern und Ordensleuten sollte eine möglichst enge Zusammenarbeit angestrebt werden. Auch in der überdiözesanen Zusammenarbeit sollten die bestehenden Strukturen überprüft werden. Darin sei die Reform des Statuts des Zentralkomitees der deutschen Katholiken eingeschlossen. Köppler berührte auch kurz die Frage der Repräsentativität des Zentralkomitees und meinte, dieses Problem sei auch mit der besten Satzung nie ganz zu lösen, da der Fähigkeit, „Kräfte und Strömungen zu repräsentieren, die sich den organisatorischen Voraussetzungen solcher Repräsentanz entziehen“, Grenzen gesetzt seien. Aber zumindest die Vertretung der Diözesen im Zentralkomitee sollte nach Möglichkeit verstärkt werden. Köppler berührte auch die Möglichkeit der Mitarbeit von Laien in der deutschen Bischofskonferenz. Es sei zu wünschen, daß in denjenigen Kommissionen, die sich mit dem Laienapostolat und dem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft befassen, neben Geistlichen auch Laien zur Mitarbeit herangezogen werden. Das Zentralkomitee sollte nach Köppler von der Bischofskonferenz das Recht eingeräumt erhalten, für die Mitarbeit der Laien in der Bischofskonferenz namentliche Vorschläge zu unterbreiten. Von dieser Möglichkeit sollte auch die künftige Finanzkommission der Bischofskonferenz nicht ausgeschlossen werden, „deren vornehmliche Aufgabe es sein müßte, den überdiözesanen Haushalt der Kirche in Deutschland nach sachgerechten Aspekten der Priorität der Aufgaben zu planen bzw. zu durchforsten“. Überprüft sollten schließlich die vorhandenen bischöflichen Hauptarbeitsstellen werden. Es sei zu prüfen, ob diese Stellen gegenwärtig noch eine volle Existenzberechtigung haben. Diejenigen Stellen, die weiterbestehen werden, sollten sich ebenfalls der Mitverantwortung der Laien öffnen, zumal viele von ihnen in Bereichen tätig seien, die den Weltauftrag der Laien aufs engste berühren. Ähnliches gelte für die bischöflichen Werke und sonstige Zentralstellen.

#### *Die Diskussion*

Obwohl durch die beiden Referate von Bischof Hengsbach und Köppler konkrete Ansatzpunkte für eine weiterführende Aussprache gegeben waren, kam man in der Diskussion nicht recht voran. Man konzentrierte sich da-

bei offenbar allzusehr auf Klagen und Kritiken über Mängel und Unzulänglichkeiten in der bisherigen Zusammenarbeit zwischen Klerus und Laien in Diözesen und Pfarreien. Auch hatte man manchmal den Eindruck, daß sich Diskussionsteilnehmer nicht auf das von einer solchen Versammlung erwartete Niveau zu heben vermochten. Besonders die Akademiegespräche bewegten sich zu sehr in Querelen über wenig dialogbereite Pfarrer und über unzuverlässige Laien, oder man verstrickte sich in einer nicht gerade immer sachkundigen Exegese der betreffenden Konzilstexte. Der Zug zum Theoretisieren war auch hier vorherrschend. Aufgefallen ist zunächst ein Zweifaches: das Bedürfnis nach juristischen Sicherungen sowohl bei Laien wie beim Klerus sowie das vorherrschende Interesse für Fragen der Spiritualität, wobei man, wie in einem solchen Gremium nicht anders zu erwarten war, über recht nebulose Formulierungen nicht hinauskam. Die Fähigkeit, aus den Konzilsdokumenten und aus der konkreten Situation der Kirche in Deutschland über Fragen der Organisation hinaus zu konkreten Leitlinien des Handelns vorzustoßen, erwies sich als sehr begrenzt. Mehr als in der Delegiertenversammlung wurde in der Arbeitsversammlung 1 von der Reformbedürftigkeit und einer strafferen Koordination zwischen der Tätigkeit der verschiedenen Verbände gesprochen. Sehr eindringlich wurde von verschiedenen Podiumsteilnehmern eine Reorganisation des Verbandswesens nach den sachlichen Bedürfnissen der Kirche gefordert, ohne daß man eigentlich zur Frage vorstieß, welche Konsequenzen nicht nur organisatorischer Art sich für das katholische Verbandswesen aus dem Selbstverständnis der Kirche und der Neuinterpretation des Weltverhältnisses der Kirche, wie es in den Konstitutionen über die Kirche und über die Kirche in der Welt von heute niedergelegt wurde, ergeben. Insofern erwies sich die vielberufene und vielbelächelte „Eindeutschung“ des Konzils gerade in dieser Form für einen Katholikentag als „Kongreß der Führungskräfte katholischer Verbände“ als ein schwieriges Unternehmen. Es fehlte nicht an Versuchen, diese Kernfrage ins Visier zu bekommen, so, wenn Oberstudienrat Höflich im Anschluß an die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute sagte, das Anliegen des Konzils besteht nicht darin, den „Dienst an der Kirche“ zu verstärken, sondern „als Kirche der Welt zu dienen“, und betonte, die erneuerte Kirche basiere auf einer vertieften Dienstgesinnung. Von hier müsse die Umstrukturierung in der Kirche und die Anwendung des kollegialen Prinzips in allen Ebenen der Kirche ausgehen. Man hatte den Eindruck, den Verbänden sei es nicht recht gelungen, ihre defensive Haltung abzustreifen. Sie fühlten sich angesichts des Schlagwortes vom „Ende des Verbandskatholizismus“, das während des Bamberger Katholikentages mit einer gewissen Monotonie in der Presse wiederkehrte, zur Selbstverteidigung aufgerufen, wodurch wiederum nur noch deutlicher die herrschende Unsicherheit innerhalb der Verbände selbst über den einzuschlagenden Weg in Erscheinung trat. Den Nutzen und die Notwendigkeit der Verbände hatte niemand bestritten. Nicht zu überhören war der Ruf, sich vor Illusionen eines Verbandsaktivismus zu hüten und sich in der Verbandsarbeit auch stärker um Glaubensschulung und -vertiefung zu bemühen. Es gelte nicht diese oder jene Interessen zu vertreten, es genüge auch keine Neuorganisation des Verbandswesens, seine Rationalisierung und Vereinfachung; Aufgabe des nachkonziliaren Katholizis-

mus in Deutschland sei die Erneuerung der Kirche aus den Grundlagen ihres Glaubens, die Überwindung von Traditionen und Verhaltensweisen, die vor allem die junge Generation nicht mehr vollziehen könne und die deshalb den inneren Abfall förderten.

### Der politische Arbeitskreis

Die Arbeitsversammlung 2 „Unser politischer Auftrag“ wurde vom Präsidenten des Deutschen Städtetages, dem Fuldaer Oberbürgermeister Dr. Alfred Dregger MdL, geleitet. In dieser Arbeitsversammlung wurden auf der Grundlage der Referate von Johannes Hirschmann SJ und Professor Hans Maier, München, Podiums- und Akademiegespräche ausgeführt. — Im Podium saßen außer dem Diskussionsleiter und den beiden Referenten Staatssekretär Fritz Pirkel, München, Dr. h. c. Walter Dirks, Wittnau, J. O. Zöller, Redakteur am Bayerischen Rundfunk München, Oberbürgermeister Albrecht Beckel, Münster, und Msgr. Karl Forster, Leiter der Katholischen Akademie in Bayern, München. Anstelle der verhinderten Bundestagsabgeordneten Maria Probst nahm der Bundestagsabgeordnete Vogel teil.

Der Frankfurter Moralthologe Johannes Hirschmann referierte zum Thema „Der politische Auftrag der Christen im Lichte des Zweiten Vatikanischen Konzils“ und machte die Zuhörer mit Grundgedanken des Konzils zum politischen Engagement der Katholiken vertraut. „Es ist der falsche Eindruck entstanden, als habe das Konzil das naturrechtliche Denken mehr oder weniger abgeschrieben. Wahr ist, daß das Konzil in der Formulierung von Prinzipien als naturrechtlichen vorsichtig war — eben hierin hat es die Geschichtlichkeit unseres Wissens um naturrechtliche Forderungen bedacht.“ Ein vorschnelles Hinstellen eines Prinzips als naturrechtlich könne ein naturrechtliches Denken nur kompromittieren.

### „Neue Synthese“

„Neben dem Willen, Wesensdenken und geschichtliches Denken zu einer neuen Synthese zu bringen, fällt ein Weiteres in unserer Konstitution auf, das für das Verständnis unserer politischen Aufgabe von großer Wichtigkeit ist: die Synthese von Beobachtung der Eigengesetzlichkeit der innerweltlichen Kultursachbereiche und ihre Integration in den Heilszusammenhang aller Wirklichkeit. Niemals hat das kirchliche Lehramt so stark wie in diesem Konzil diese Eigengesetzlichkeit betont und den Respekt vor ihr verlangt. Es leitet daraus die Forderung ab, daß sich die Katholiken in allen diesen Sachbereichen um gediegenes Wissen und Können bemühen. Da die Eigengesetzlichkeit in der Schöpfungsordnung selbst begründet liegt und die Heilsordnung die Schöpfungsordnung umgreift, dürfen wir nie mit Berufung auf die Heilsordnung die Schöpfungsordnung verkürzen. Das gilt auch von der Politik.“

Hirschmann betonte, daß der sachverständige Laie in eigener Verantwortung seine Entscheidungen treffen müsse. „Es bedeutet nicht, daß sich das Amt feige von seiner eigenen Verpflichtung zurückzieht. Es bedeutet vielmehr: Das Amt zieht aus der wachsenden Komplexität der Sachfragen, in denen es zu entscheiden gilt, und aus den wachsenden Möglichkeiten der Laien in der Kirche, ihre eigene Verantwortung auf Grund ihres Glaubens und Liebens, Wissen und Können wahrzunehmen, die Folgerung.“ Die zunehmende Zurückhaltung des kirchlichen Amtes in der Übernahme unmittelbarer Ver-

antwortung im Weltauftrag der Kirche bedeutet zwar einen Wandel in der Form des politischen Engagements der Kirche, doch keine Änderung des Engagements selbst.

Angesichts der Zunahme der Vergesellschaftungsprozesse und des Trends wachsender Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche Leben zur Gewährleistung des Gemeinwohls werden die Katholiken zur Mitarbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gedrängt, um die politische Gewalt für ihre eigene Aufgabe freizumachen. „Wir werden uns überlegen müssen, ob nicht der kommende Adressat vieler unserer Wünsche weniger der Staat als vielmehr die Gesellschaft ist.“ Hirschmann wies eindringlich auf die bedeutsamen Aussagen des Konzils zum politischen Auftrag der Christen für die Förderung des Friedens und den Aufbau der Völkergemeinschaft hin, wozu die Ausräumung von Haß, Mißtrauen, Feindschaft gehören und wobei verstärkte Entwicklungshilfe und Bemühungen um die Lösung des Problems der Bevölkerungszunahme erforderlich sind.

#### *Zuwendung zur Demokratie*

Von besonderem Interesse für die Fragen des politischen Engagements war das Referat von Professor Hans Maier, München, „Unser politischer Auftrag“. Anknüpfend an das Referat von Hirschmann untersuchte Maier zunächst zwei Fragen: 1. Warum hat das Konzil zu diesem Thema gesprochen? 2. Wie hat es gesprochen? Aus dem insgesamt etwa zweistündigen Referat von Hans Maier seien nachfolgend einige uns besonders bemerkenswert erscheinende Auszüge wiedergegeben: „Äußerungen der Kirche zum öffentlichen Leben und zur Politik sind an sich nichts Neues. Sie haben ihre alte, Jahrhunderte hindurch geübte und erprobte Tradition. Die Kirche lebt ja nicht in einem spirituellen Reiche jenseits der irdischen Ordnung von Staat, Recht und Gesellschaft; sie lebt in der Welt, und ihr geschichtliches Erscheinungsbild, ihre Sozial- und Rechtsform spiegelt die Verfassung dieser Welt zu allen Zeiten vielfältig wider . . .

Aber nicht diese allgemeinste Beziehung von Kirche und politischer Ordnung ist es, von der die genannten Texte des Vatikanums sprechen. In ihnen kommen speziellere geschichtliche Erfahrungen zu Wort, die die Kirche in jüngerer Zeit gemacht hat — Erfahrungen, die den gesellschaftlich-politischen Bereich in neuer Weise in den Gesichtskreis der Kirche und der Christen gerückt haben. Diese Erfahrungen seien hier in aller Kürze in drei Richtungen stichwortartig umrissen: Vergesellschaftung, Demokratisierung, Erlebnis des modernen Totalitarismus.“

Die moderne Demokratie zeigt die Tendenz, „ohne energische Aushilfe der Gutgesinnten und ohne institutionellen Schrecken gegen einen Mißbrauch der Macht in einen die Person vernichtenden Totalitarismus abzugleiten. . . Der totalitäre Staat . . . vernichtet mit der bürgerlichen zugleich die kirchliche Freiheit. Eben dadurch aber weckt er in der Kirche das verschüttete Gefühl für die religiöse Relevanz politischer Ordnungsformen. Er zwingt die Kirche zum Rückzug auf ihre innere Sendung, der sie gehorchen muß, sei es gelegen oder ungelegen.“ Eben dadurch aber erwache aus Weltferne und Verwehung gegen eine politische Totalität eine neue, auch das Politische einschließende Weltverantwortung. . .

„Die kirchliche Zuwendung zu Gesellschaft und Politik, konkreter zu Verfassungsstaat, Demokratie und internationaler Ordnung, bedeutet nicht, daß sich die

Kirche auf eine Konkurrenz zu innerweltlichen Utopien und Heilslehren einläßt. Sie bedeutet auch nicht, daß die Kirche den Versuch macht, sich als Gesellschaftsmacht in irgendeiner Form in das demokratische Spiel der Kräfte einzufädeln. Ihre Wirkung in der Welt und auf die Welt setzt zunächst die generelle Weltferne voraus — ein bleibendes Ergebnis des Kampfes mit dem Totalitarismus, das man nicht zugunsten einer oft biedermeierlich anmutenden Koordinationsromantik ver-harmlosen sollte. Die Kirche übt ihre Mitverantwortung für die demokratische Ordnung nicht pro domo aus, nicht beschränkt auf die Sicherung eigener Rechte oder auf die Kooperation mit einem als Verlängerung ins Weltliche mißverstandenen katholischen Laientum; sie wendet sich vielmehr — auch dies ein Ergebnis des Kirchenkampfes — in einer grundsätzlichen Weise ‚an alle‘, sie tritt als Anwalt des Menschen, nicht nur des Katholiken oder Christen auf.“

Professor Maier beleuchtete die geschichtlichen Entwicklungsaspekte, den politischen Katholizismus und den Organisations- und Verbandskatholizismus im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei er hervorhob, daß der deutsche Katholizismus nicht ohne Stolz feststellen könne, daß einige der wichtigsten Prinzipien für das Verhältnis von Kirche und politischer Welt, die das Konzil verkündet hat, in seinem Schoß entwickelt und erprobt wurden.

#### *Die unmittelbaren Aufgaben*

Professor Maier führte sodann aus: Der rasche Zusammenbruch des Verbands- und Organisationskatholizismus im Jahre 1933 erklärt sich wesentlich aus dieser Unterhöhlung durch neue geistige Strömungen der Nachkriegszeit, die nur allzu bereit waren, die katholischen Organisationen als Erbe des liberalen Zeitalters über Bord zu werfen.

„Ist heute ein ähnlicher Punkt erreicht? Wird uns, was früher wohlthätig begrenzende Form und feste Stütze war, zur Bürde und zur Belastung beim Vorwärtsschreiten in die Zukunft? Verhindert der Organisations- und Verbandskatholizismus in seiner überlieferten Gestalt den so nötigen Vorstoß der Kirche in die Welt? Wer häufig mit jungen Katholiken zusammenkommt und spricht, ihre Ungeduld und kritische Haltung kennt, wer die Organisationsmüdigkeit in den Vereinen und Verbänden (oder doch in vielen von ihnen) selbst spürt, der wird geneigt sein, zumindest eine gewisse Unsicherheit und Unruhe festzustellen. Kein Zweifel: Der Wind, der vom Konzil her weht, bläst vielem, was organisiert ist am deutschen Katholizismus, ins Gesicht. Der mächtige Aufbruch einer weltweit gewordenen Kirche, der Drang zur Einheit, die Solidarität mit allen Menschen guten Willens, das energische Bestreben, über die Grenzen der lateinisch-abendländischen Welt hinauszuwachsen — sie stoßen auf einen Katholizismus, der von der geschichtlichen Erfahrung der Defensive geprägt ist, der als Minorität die wichtigste Aufgabe in der Selbstbehauptung sah und sehen mußte, der aus dieser Tradition ein ebenso scharf umrissenes nationales Profil wie eine Fülle spezifischer Organisationsformen, Instrumentarien und Verhaltensweisen mitbringt. Sie können und sollen gewiß nicht einfach abgelegt und wie verbrauchtes Werkzeug weggeworfen werden — eine solche Haltung wäre nicht nur undankbar, sie wäre auch unrealistisch und unklug. Aber wir müssen darüber nachdenken, wie wir die

überlieferte Gestalt des deutschen Katholizismus mit den neuen Perspektiven und Anforderungen des Konzils in Beziehung setzen, damit nicht aus berechtigter Eigenheit Eigensinn und Verstocktheit, aus Tradition Verhärtung werde...

Vieles, was bisher weniger als selbstverantwortende politische Aktivität denn als Derivat religiöser Zugehörigkeit erschien, wird jetzt in eine Selbständigkeit entlassen, die neu ist und der Einübung bedarf. Das bedeutet keineswegs eine Schwächung, ein geringeres Ernstnehmen des politischen Engagements — gehen die Konzilstexte doch gerade, wie wir sahen, von der vollen Mündigkeit dessen aus, der in diesem Bereich aus seiner christlichen Verantwortung heraus tätig wird. Aber die alte, ganz selbstverständliche Einheit dieses Bereichs mit kirchlich-hierarchischer Lehre und Weisung wird einem differenzierteren Verhältnis beider Platz machen müssen — auf die Dauer gewiß ein Gewinn sowohl für das Lehr- und Hirtenamt wie für den christlichen Politiker, im Augenblick freilich noch für viele (und eigentümlicherweise für viele Laien) eine „Rede, hart zu hören“.

Hierher gehört auch das Verhältnis „Katholik und christliche Partei“ — zweifellos einer der neuralgischen Punkte in dem hier beschriebenen, stark in Bewegung gekommenen Gebiet. Auch hier muß wieder vorausgeschickt werden, was schon früher zu betonen war: Daß das Konzil dem freien Zusammenschluß von Christen als Bürgern zur Erreichung bestimmter gesellschaftlich-politischer Ziele nicht nur nichts in den Weg gelegt, daß es ihn sogar ermuntert hat — freilich in viel stärkerem Maße auf eigene Verantwortung der Laien hin. Aber liegt in der Freisetzung des christlichen politischen Handelns vom Druck kirchlich-hierarchischer Gebrauchsanweisungen nicht gerade eine große Chance für die entsprechenden politischen Kräfte, zur vollen Breite und Selbständigkeit des Politischen durchzustoßen?“

### *Umlernen*

Professor Maier fixierte nun einige Kernfragen, in denen eine Revision notwendig geworden ist.

„Was zunächst die Religionsfreiheit angeht, so wird sie erst im Lauf der nächsten Jahre und Jahrzehnte in ihrem vollen Gewicht für die Ordnung der christlichen Existenz im weltlichen Bereich hervortreten. Sie setzt einen Grundakzent im Verhältnis Katholizismus und Welt, der bestimmend sein wird für den Geist, in dem die Fragen des öffentlichen Lebens und der Politik angegangen und gelöst werden. So wie von Trient der einheitliche und geschlossene Katholizismus ausging, der ‚in stolzer Türme Wehr‘ dem Ansturm der Feinde trotzte, so wie das Erste Vatikanum diesen Katholizismus noch einmal in straffer hierarchischer Durchorganisation der Welt und Zeit und ihren ‚Irrtümern‘ gegenüberstellte, so hat das Zweite Vatikanum eine behutsame und zugleich liebende Zuwendung zur Welt eingeleitet, die jetzt in ihrer Eigenständigkeit stärker ernst genommen wird und der der Christ in einer Haltung des Respekts und der Freiheit gegenübertritt. Dabei hat die Kirche ausdrücklich darauf verzichtet, die Menschen in irgendeiner Form, sei es auch mit leisestem Druck, für sich zu verpflichten; sie nimmt die Freiheit der Entscheidung ganz ernst, und sie gründet ihre eigene Freiheit des Wirkens in der Welt, wie es in der Erklärung über die Religionsfreiheit deutlich ausgesprochen wird, auf die von ihr mit vollem Ernst bejahte religiöse Freiheit der Person. Das bedeutet aber, daß auch

der im öffentlichen Leben tätige Christ in Zukunft viel stärker als bisher von der Forderung der Religionsfreiheit wird ausgehen müssen, daß er allen Anschein einer Nötigung, eines compelle intrare vermeiden muß. Er darf nicht zwingen wollen, wo innere Bereitschaft nicht vorhanden ist, er darf nicht der Versuchung erliegen, institutionellen Druck auszuüben, um eine (dann notwendig formale) Gläubigkeit zu stützen, ja er muß sogar bereit sein, die Freiheit zum Unglauben als letzte, dunkle Möglichkeit religiöser Freiheit mitzuverteidigen: Gott hat sie dem Menschen nicht genommen, wie sollte sie der Christ dem Menschen nehmen?

### *Leere Fassaden?*

Von hier aus müssen wir uns gewissenhaft und gründlich überlegen, ob wir nicht manchmal unseren nichtchristlichen Mitbürgern allzu selbstverständlich eine äußere Christlichkeit der Institutionen zumuten, die wohl einer geschlossenen christlichen Welt angemessen war, aber heute, da die ganze Kirche sich im Zustand der Mission befindet, mehr und mehr zu einem Anachronismus wird. So wie wir selbst für uns mit der religiösen Freiheit das Recht zum öffentlichen und gemeinsamen Bekenntnis in Anspruch nehmen und uns dagegen wehren, daß dieses Recht privatisiert, auf Gotteshaus und Heim beschränkt und schließlich zur bloßen ‚Freiheit zum Schweigen‘ gegenüber herrschenden Konformismen degradiert wird, so müssen wir auf der anderen Seite auch bereit sein, dem nichtgläubigen Mitbürger das gleiche Recht auf Öffentlichkeit zuzugestehen...

Kein Zweifel nun, daß der deutsche Katholizismus aus der Phase seiner langen und mühevollen Selbstbehauptung eine gewisse Neigung mitbringt, das Institutionelle und Organisatorische überzubewerten. Nicht immer hält die innere Lebendigkeit, die personale Erfüllung mit dem äußeren Wachstum der Organisationen Schritt. Blickt man auf den heutigen Zustand des deutschen Katholizismus, so wird man ein gewisses Übergewicht des Institutionellen gegenüber dem Personal feststellen, im Gegensatz etwa zum französischen Katholizismus, der unterorganisiert, aber in seiner personalen Ausstrahlung stärker ist. Auch hier werden wir uns prüfen müssen, ob wir nicht manche leergewordene Form aufgeben müssen, um das Bestehende stärker und inniger mit Leben erfüllen zu können.

Es versteht sich, daß Organisationen und Institutionen auf die Dauer nur Bestand haben können, wenn der Geist, aus dem sie geschaffen sind, stark ist und kräftig weiterwirkt; wenn die Situation des Anfangs noch gegenwärtig ist; wenn Menschen sich finden, die mit Freude und Eifer in ihren Dienst treten. Ist dies nicht mehr der Fall, so stürzt die leere Fassade des Organisatorischen früher oder später ein. Katholische Schulen ohne genügend katholische Lehrer, christliche Parteien ohne genügend christliche Politiker — sie sind auf die Dauer ohne Lebenskraft, ja sie kompromittieren die Sache, der sie dienen sollen. Wir müssen daher im Geist des Konzils versuchen, den personalen Kern des institutionellen Katholizismus, der katholischen Schulen, Verbände, Organisationen zu stärken, so, daß die Sache aus der Person heraus glaubwürdig wird. Auch hier geht es nicht um ein Nein zum immer notwendigen Institutionellen, wohl aber darum, daß die personale Erfüllung und Verantwortung Kriterium der Institution sei, nicht umgekehrt...

## *Aneignung der Demokratie*

In einem zweiten Referat von Professor Maier, das erst zwei Tage später, am 16. Juli 1966, gehalten wurde, bemühte sich der Referent, nach der Analyse des ersten Vortrags eine Prognose und Aktionsanleitung zu geben. Professor Maier gab dabei eine Orientierung nach drei Richtungen: 1. Aneignung der Demokratie, 2. Verbreiterung des politischen Engagements, 3. Bildung des Einzelnen.

Zum Problem Aneignung der Demokratie erklärte Maier: „Heute findet die Demokratie im deutschen Katholizismus weit günstigere Voraussetzungen vor als in der Weimarer Republik — vom Kaiserreich und der älteren Zeit ganz zu schweigen. Der alte Streit um Monarchie oder Volkssouveränität, Legitimität oder Republik scheint endgültig der Vergangenheit anzugehören: es wäre undenkbar, daß hierüber heute auf einem Katholikentag gestritten würde wie 1922 in München zwischen Adenauer und Faulhaber. Allen Neigungen zur Sezession und zu Gruppenbildungen zum Trotz ist die politische Einheit der deutschen Katholiken heute stärker entwickelt als in der Zeit der Weimarer Republik: die Katholiken stehen heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, loyal zur Verfassung, während sie in der Weimarer Republik zu einem gewichtigen Teil den neuen Staat nur teilweise, als Provisorium und kleineres Übel, bejahten und ringsum Fluchtwege in eine monarchische Vergangenheit oder in die „schönere Zukunft“ eines christlichen Ständestaates oder eines christlichen Sozialismus offengehalten hatten.

Demokratischer Staat — das bedeutet ja vor allem: civil government, Rücknahme der staatlichen Macht und Rechtsbereiche auf das Irdische, Ablehnung der Heilsorge, Beschränkung auf die innerweltlichen Voraussetzungen christlichen Lebens. Die pluralistische Demokratie ist kein christlicher Staat. Sie steht vielen Überzeugungen und Bekenntnissen offen. Das spricht sich sehr leicht aus, ist aber für uns Katholiken nicht immer leicht einzusehen und noch schwerer innerlich anzunehmen.

Unbewußt ertappen wir uns ja immer wieder dabei, daß wir vom Staat etwas fordern, was man allenfalls vom mittelalterlichen corpus christianum fordern konnte; unbewußt steckt in uns allen so etwas wie ein Ketzerriecher oder doch ein Ketzerriecher. Darum heißt die erste Forderung: weniger Staatsgläubigkeit, weniger Geschrei nach dem weltlichen Arm, wenn die Gesellschaft — vielleicht durch unsere eigene Schuld — in Unordnung geraten ist. Es mag bequem sein, den Staat als Büttel zu bemühen und der Anstrengung mühsamer Reform den institutionellen Knopfdruck vorzuziehen — nur daß solche Bemühung wenig dauerhaft ist, daß sie rasch zurückschlägt, die Reibungen mit der Öffentlichkeit vermehrt und böses Blut macht dort, wo wir allererst Vertrauen investieren müssen.

### *Nicht nur Verteidigung*

Darin ist ein zweites eingeschlossen: wir müssen lernen, weniger statisch zu denken, immer nur von Verbürgungen, Rechtsgarantien, Verfassungsprivilegien auszugehen und sie zu verteidigen wie Shylock sein Pfund Fleisch. Politik in der Demokratie ist ja nicht ein Einklagen von Rechten, sondern Kampf um die richtige Formung des Gemeinwesens nach dem Entwurf, den ich für richtig halte. Der demokratische Staat entnimmt das Maß seines Ein-

satzes für Kirche, Christentum, Katholizismus nicht einer vorpolitischen christlichen Grundintention, sondern einfach der Mächtigkeit der christlichen Kräfte im öffentlichen Leben — wobei das Wort Mächtigkeit nicht nur äußerlich, sondern auch geistig-sittlich verstanden sei. Werden diese Kräfte schwächer, so reißt bald auch die dünne Decke der Verfassungsgarantien. Glauben wir nicht, daß wir hinter Paragraphen einen bequemen Stellungskrieg um wohlverworbene Rechte des Katholizismus führen können. Unser Status muß vielmehr immer von neuem erworben werden. Das bedeutet Notwendigkeit und Pflicht der Initiative — eine Tugend, die im institutionellen Gruppendenken, dem wir immer noch zu stark verpflichtet sind, nicht immer gedeiht.

### *Verbreiterung des Engagements*

Zur Frage der Verbreiterung des politischen Engagements wurde ausgeführt, daß hier gefordert werden müsse, die katholische Soziallehre in den weiten Bereich des Politischen mit einzubeziehen.

Endlich ein drittes, was zur innerlichen Aneignung der Demokratie gehört: Das Eintreten für die Kirche und die christlichen Grundsätze in der Öffentlichkeit kann nicht geschehen ohne Rücksicht auf die anderen, die die gleiche Demokratie bilden und mittragen. Dem Katholiken in der Demokratie ist darum ein simpler Interessentenstandpunkt in der Vertretung seiner Forderungen gegenüber der Allgemeinheit (der dann zum falschen Eindruck einer als pressure group auftretenden Kirche führt) verwehrt. Er muß seine Forderungen am Ganzen sowohl der Kirche wie des Staates orientieren, und er muß sie, wenn er politisch darum kämpft, anderen verständlich zu machen versuchen. Was ihm selbstverständlich ist, muß er *den anderen* erst einleuchtend machen. Denn was Bestandteil der Grundauffassungen des demokratischen Staates werden soll, muß ja von einer großen, über die einzelnen Gruppen hinausreichenden Zahl von Menschen gebilligt werden. Nur so erhält es die Festigkeit eines den aktuellen politischen Kampf überdauernden Verfassungsgrundsatzes. Freilich: an dieser Gesprächsbereitschaft und noch öfter: Gesprächsfähigkeit fehlt es uns Katholiken gerade im gesellschaftlich-politischen Bereich noch sehr...

Wir sind hier in Deutschland dank der langen politischen Vorarbeit des Zentrums weit besser daran als unsere katholischen Nachbarländer Frankreich und Italien, wo das politische Engagement der Katholiken noch zahlreiche Krisensymptome aufweist, die wir inzwischen überwunden haben. Wir sind auch über die alten Begrenzungen des politischen Aktionsradius auf die Felder der Kirchen-, Familien- und Sozialpolitik hinausgewachsen, der dem politischen Katholizismus noch der Weimarer Republik anhaftete. Neue Bereiche der Aktivität haben sich nach 1945 aufgetan: Verfassungs- und Rechtspolitik, bestimmte Zonen der Außen-, besonders Europapolitik. Das deutet auf eine stärkere und innerlichere Beziehung der Katholiken zum deutschen Staat hin, auf ein Ende sowohl des alten Kulturkampftraumas wie auch der Versuche der Zwischenkriegszeit, seiner durch einen verspäteten „integralen Nationalismus“ Herr zu werden. Die Katholiken sind ihrer selbst im deutschen Staate sicherer geworden. Der Druck der älteren geschichtlichen Traditionen, der noch in der Weimarer Periode auf ihnen lag, ist gewichen, ein Umstand, der ein freieres Sicheinlassen auf die nationale Gesellschaft möglich gemacht hat.“

Über die Probleme „Erziehung des Einzelnen“ wurden von Professor Maier folgende Anregungen gegeben:

„Das führt auf die wohl wichtigste Aufgabe, die wir im Bereich unseres politischen Auftrags zu lösen haben: zur Erziehung des Einzelnen. Ohne sie ist die Präsenz des Katholizismus im gesellschaftlich-politischen Bereich unseres Landes auf die Dauer nicht zu realisieren. Erziehung des *Einzelnen* zum politischen Denken: das heißt, um vorweg ein mögliches Mißverständnis abzuwehren, nicht, daß wir auf die Mitarbeit der Verbände und Organisationen im politischen Feld verzichten sollten. Ich sagte schon früher: da der Verfassungskonsens über den Katholizismus in unserem Land (noch immer) nicht breit und allgemein genug ist — das zeigt gerade die in jüngster Zeit heraufziehende säkulare Front im Bereich des Staatskirchenrechts —, kann auf eine spezifische gesellschaftlich-politische Repräsentation des Katholizismus gegenüber Staat, Gesellschaft, Parteien, Verbänden vorläufig nicht verzichtet werden. Insoweit — und nur insoweit — ist es richtig, organisierten Katholizismus und gesellschaftswirksamen Katholizismus gleichzusetzen. Man nehme aber dieses Ergebnis realistischer Einsicht in den aktuellen, notwendig unvollkommenen Stand des katholischen Integrationsprozesses in die westdeutsche Gesellschaft nicht mit allzu großer Selbstzufriedenheit zur Kenntnis. Denn einmal ist es keineswegs ausgemacht, daß es mit Hilfe des organisierten Katholizismus gelingt, auch nur die Front katholischer Minderheitsforderungen und -rechte gegenüber der säkularen Gesellschaft zu halten — der Zusammenbruch des katholischen Vereins- und Organisationswesens 1933 ist ein nicht zu übersehendes Menetekel. Zum anderen sind wir in vielen Bereichen schon heute in der Situation, die ragende Fassade katholischer Institutionen personell nicht mehr genügend stützen zu können. Die ernste Frage an den deutschen Katholizismus ist es also, ob er sich die ungeheure Doppelaufgabe der Selbstbewahrung in den heute vielfach zu groß und weit gewordenen Organisationen *und* des dynamischen Mitgestaltens der Gesamtgesellschaft geistig und personell auf die Dauer zumuten kann...

Einigkeit besteht wohl darüber, daß unser gesellschaftlich-politisches Engagement verfeinert und verbreitert werden muß, vor allem dadurch, daß es sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens ausdehnt und seine Gravitation auf bestimmte übersetzte Zonen — der Kirchen-, Familien-, Sozialpolitik — allmählich aufgibt; in diesem Sinne wäre die freiere berufliche Auffächerung der Katholiken, besonders der Akademiker, die wichtigste und nötigste strukturelle Reform auf lange Sicht. Aber das Engagement des organisierten Katholizismus muß auch *ergänzt* werden. Neben den miles perpetuus der katholischen Verbände, Organisationen, Parteien muß so etwas wie eine bewegliche Truppe von Freiwilligen treten, die auf neue Herausforderungen rasch und zuverlässig — auch mit der Fähigkeit zur Improvisation — reagieren kann. Ich bin zwar nicht der Meinung, die Ignaz Zangerle bereits 1933 ausgesprochen hat, daß der Christ auch auf politischem Gebiet unwiderruflich seinen Anhalt an den Institutionen verloren, also vereinzelt worden sei, so daß die Initiative und Wirksamkeit nur noch bei einzelnen liegen könne. Aber ich meine doch, daß der einzelne in Zukunft stärker als bisher zu einer Grundfigur unseres gesellschaftlichen Handelns wer-

den wird — einmal weil die moderne Demokratie, die wir heute im katholischen Bereich zu rezipieren beginnen, geschichtlich auf der neuzeitlichen Emanzipation des einzelnen aufbaut; zum andern weil wir immer deutlicher erkennen, daß der Situation der kleinen Herde, des pusillus grex, in der sich die Christen heute befinden, eher die Guerillataktik des Einzelkämpfers angemessen ist als das anspruchsvolle Paradiereisen in großen und geschlossenen Organisationen...

Bei alledem bleiben wir in der Beurteilung unserer Chancen und Möglichkeiten ganz nüchtern und verfallen weder in einen unangebrachten innerweltlichen Optimismus noch in einen eschatologisch verbrämten Defaitismus vor der Welt. Es ist möglich, daß die durch gesellschaftliches Engagement der Christen, vorab der Laien, gestützte Öffentlichkeitsstellung der Kirche, ihre gesellschaftspolitisch vermittelte öffentliche Repräsentation noch lange das Grundmodell nicht nur für das Verhältnis von Staat und Kirche, sondern auch für die Aktionen des organisierten Katholizismus abgeben wird — mit allen Folgerungen für die Institutionen, die daraus zu ziehen sind. Es wird freilich auch gut sein, sich wenigstens theoretisch eine Situation als möglich vorzustellen, in der dies nicht mehr so ist — eine Situation, in der die Gesellschaft radikaler säkularisiert ist als heute und wo katholisch und christlich nicht mehr Umwelt, Institution, politische und soziale Verfassung sind, sondern nur noch der einzelne auf seinem Platz ausharrende, vom Glauben geprägte und aus ihm lebende Christ. Auch für diesen Fall muß gesorgt werden, wenn anders wir dem berechtigten Vorwurf entgehen wollen, der Ernstfall komme in unserer gesellschaftspolitischen Theorie nicht vor...“

#### *Katholizismus und Parteien*

In den Akademiegesprächen und Forumsdiskussionen dieses Arbeitskreises stand u. a. die Frage im Zentrum, wie es mit dem parteipolitischen Engagement der Christen der Bundesrepublik stehe — insbesondere mit der Bindung an die CDU/CSU.

Die Mehrheit hielt dieses Engagement für selbstverständlich und moralisch verbindlich: um der Wirksamkeit eines geschlossenen Einsatzes willen und wegen der von den Unionsparteien am glaubwürdigsten vertretenen christlichen Grundsätze. Die meisten auf dem Podium diskutierenden Laien setzten sich dafür ein. Von einer Minderheit applaudiert, argumentierte Walter Dirks dagegen: Parteien seien nicht primär Prinzipiengemeinschaften, sondern konkrete Integrationen von (wechselnden) je bestimmten politischen Konzeptionen sehr verschiedener Gebiete: Außen- und Innenpolitik, Weltpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Kultur-, Schul-, Wissenschaftspolitik, ferner zugleich Integrationen auf bestimmte führende Personen hin. Es sei unwahrscheinlich, daß sich die eigene Integration, die ein kritischer einzelner in sich ausbilde, jemals mit einer solchen Partei-Integration decke; die Entscheidung für eine Partei bedeute also sehr oft einen Grundkompromiß. Hier könne es in unserer komplizierten politischen Lage, in der aber von der Weltpolitik oder von der Wirtschaftspolitik viel mehr abhängen könne als eben von der Schul- oder Kulturpolitik, jene „Meinungsverschiedenheiten unter Christen“ geben, von denen die Pastoralkonstitution sage, daß sich keine solchen Meinungen auf die Kirche berufen können. Eine „Nähe“ des deutschen Katholizis-

mus zur CDU/CSU sei schon wegen der häufigen Personalunionen natürlich und legitim. Unsachlich und zudem unzulässig aber sei jene Identifizierung des Katholizismus mit einer Partei, die am deutlichsten zutage trete, wenn einer das Wörtchen „wir“ ausspreche und der andere nie wisse, wer nun dieser „wir“ eigentlich sei, die Katholiken oder die CDU-Anhänger.

Walter Dirks zog folgende Schlußfolgerungen: Moralisch verbindlich für alle könne die Entscheidung für den geschlossenen Einsatz der Katholiken in den Unionsparteien nicht gemacht werden. Verständlich seien zwei Meinungen: die einen wünschten sich aus den eingangs skizzierten Gründen, daß sich alle Katholiken oder doch möglichst viele für diesen geschlossenen Einsatz entschieden; die andern hielten es für angemessen, daß sich die Katholiken in der nicht absoluten, aber relativen Freiheit, die ihnen angesichts der Sachverhalte ihr Gewissen gebe, auf verschiedene Parteien verteilen. (Wohlverstanden: gemeint war, daß sie „sich verteilten“, in Freiheit, nicht aber, daß sie planmäßig „verteilt würden“ oder gar als „Fallschirmspringer“ im feindlichen Gelände sich einsetzten oder eingesetzt würden.) Der Sprecher forderte beide Gruppen (nicht die CDU-Katholiken und die SPD-Katholiken, sondern die Anhänger des geschlossenen und des pluralen Wagens) auf, einander gelten zu lassen. In den Parteien selbst komme es darauf an, daß die Katholiken in ihnen als solche aktiv, produktiv und kritisch tätig würden; das hätten alle Parteien — in verschiedenem Grade — nötig. Wünschenswert sei das Gespräch zwischen ihnen, etwa auch auf Katholikentagen. Katholische Arbeitsgemeinschaften in den Parteien selbst könnten gegebenenfalls naheliegen — am wenigsten in der CDU/CSU, für die eine Addition zweier konfessioneller Arbeitsgemeinschaften keineswegs eine christliche Partei ergebe.

Die Debatte war heftig; beide Positionen fanden kräftigen Beifall; die Mehrheit war offenbar in ihrem Glauben an die Unionsparteien nicht erschüttert.

#### *Die Polenerklärung*

Am Schluß dieser Arbeitsversammlung wurde zur Frage der Friedensordnung Stellung genommen, wobei insbesondere unter Bezugnahme auf den Briefwechsel des polnischen und deutschen Episkopats für Versöhnung mit dem polnischen Volk eingetreten und die Bereitschaft bekundet wurde, auch dafür Opfer zu bringen, die das ganze deutsche Volk — nicht nur die Heimatvertriebenen — zu tragen habe. Das Ergebnis war eine von einer kleinen Gruppe innerhalb des politischen Arbeitskreises verfaßte und inhaltlich recht behutsame Polenerklärung. Sie hat folgenden Wortlaut:

„In Befolgung der Gebote des Herrn und in mutiger Verantwortung haben die polnischen Katholiken durch den Mund ihrer Bischöfe für das furchtbare und maßlose Unrecht, das von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volk angetan wurde, Vergebung gewährt und auch für das Deutschen zugefügte Unrecht Vergebung erbeten. Die deutschen Katholiken danken den polnischen Bischöfen für ihr befreiendes Wort, sie danken ihren polnischen Brüdern und Schwestern für die bewegende Zustimmung, die sie dem Wort ihrer Bischöfe gaben.

Genauso stehen wir deutschen Katholiken, einschließlich der durch die Folgen des Krieges besonders betroffenen Gruppen, zu allen unseren Bischöfen, die sich gemeinsam

in ihrem Brief an die polnischen Mitbrüder im Hirtenamt gewandt haben, und bekennen uns feierlich auf dem Bamberger Katholikentag zu dieser christlichen Tat.

Das Konzil hat jeden Katholiken und die Kirche eines jeden Volkes gerufen, an einer Friedensordnung in Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit mitzuarbeiten. So suchen die deutschen Katholiken aus ganzem Herzen um des universalen Gemeinwohls aller Völker willen eine neue und enge Partnerschaft zu allen ihren Nachbarvölkern, auch zum polnischen Volk.

Die deutschen Katholiken, die an den vor dem Gemeinwohl aller Völker und einer neuen Friedensordnung vertretbaren Rechten des eigenen Volkes festhalten, versichern feierlich, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß das deutsche Volk die nationalen Existenzrechte des polnischen Volkes respektiert: Wir sind uns schmerzlich bewußt, daß auch deutsche Politiker in der Vergangenheit diese Rechte des polnischen Volkes als Handelsobjekt für fremde oder eigene Interessen angeboten und benützt haben. Sollten je solche Gedanken in unserem Volk wieder auftauchen, werden wir ihnen bereits in ihren Anfängen energisch wehren.

Die deutschen Katholiken bekennen ausdrücklich, daß eine neue Friedensordnung nie durch Gewalt, sondern nur durch Verhandlungen geschaffen werden kann, und daß solche Verhandlungen vom Respekt vor der Würde und dem Recht aller Völker und ihrer Menschen getragen sein müssen, damit der Friede in allen Völkern und Herzen bejaht und bewahrt werden kann.“

Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Julius Kardinal Döpfner, und Prof. Otto B. Roegele begrüßten in ihren Vorträgen auf der Schlußkundgebung unter Beifall der Versammelten diese Erklärung.

#### **Bildung und Kultur**

In der Arbeitsversammlung 3 mit dem Thema „Unser Beitrag zur Bildung und Kultur“ wurde die in Stuttgart 1964 begonnene Bildungsdiskussion auf dem Hintergrund der darauf bezogenen Konzilsdokumente (Pastoralkonstitution für die Kirche in der Welt von heute, Erklärung über die Religionsfreiheit, Erklärung über die christliche Erziehung) fortgesetzt. Die Referate bestritten Wolfgang Seibel SJ, der neue Herausgeber und Schriftleiter der „Stimmen der Zeit“, und Staatssekretär Hubert Hermanns, Bonn, der Vorsitzende des Kulturbeirats beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Während Seibel Einblick gab in die wichtigsten Aussagen der genannten Dekrete zum Thema Bildung und Kultur und zur spezifischen Verantwortung der Kirche und der einzelnen Christen in diesem Bereich, kennzeichnete Staatssekretär Hermanns in seinen beiden Referaten die spezifisch deutsche Situation und stellte konkrete Forderungen hinsichtlich einer Neuorientierung der bildungspolitischen Vorstellungen und Aktionen des deutschen Katholizismus. Wie zu erwarten, konzentrierte sich die Fragestellung in der Diskussion und als Antwort darauf im zweiten Referat von Hermanns auf die Schulfrage. Die Arbeitsversammlung tagte unter dem Vorsitz von Alois Schardt, ehemaligem Kulturreferenten des Zentralkomitees und jetzt Abteilungsleiter beim Bayerischen Rundfunk. An den Podiumsgesprächen beteiligten sich Oberstudienleiterin Hanna Laurien, Köln, Prof. Karl Erlinghagen SJ, Freiburg, Prof. Franz Flintrip, Hildesheim, Oberschulrat Glück, München, Direktor Werner Rem-

mers, Holthausen, und Direktor *Steinberg*, Bensberg. Kultusminister Paul *Mikat* war wegen der Koalitionsverhandlungen in Düsseldorf an der Teilnahme verhindert. Seinen Platz im Podium nahm Prälat *Hansler* ein.

#### *Kultur in der Sicht des Konzils*

Pater Seibel versuchte in seinem Referat zu analysieren, was das Konzil unter Kultur verstehe. Was damit gemeint sei, könne nur aus dem Gesamtbezug zwischen Kirche und Welt, wie er in der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute gezeichnet werde, eruiert werden. Im Gegensatz zu dem bei uns gängigen Sprachgebrauch, in dem Kultur meist auf Bildung und Wissen beschränkt und Kulturpolitik vorrangig als Schul- und Bildungspolitik verstanden werde, subsumiere das Konzil unter Kultur alles, „wodurch der Mensch seine vielfältigen geistigen und körperlichen Anlagen ausbildet und entfaltet, sich diese ganze Welt durch Erkenntnis und Arbeit zu unterwerfen trachtet, das Leben in Gesellschaft, Familie und Politik durch den sittlichen Fortschritt und den Ausbau von Institutionen menschlicher gestaltet . . ., also den Gesamtbereich der die Welt und die Gesellschaft formenden Aktivität des Menschen“. Dabei erweise sich das Bemühen um die menschlichere Gestaltung der Welt als ein Kernanliegen des Konzils.

Seibel unterstrich besonders die Zukunftsorientierung im Kulturverständnis des Konzils: „Kultur ist in der Sicht des Konzils kein Erbe, das erhalten werden müßte, sondern etwas Neues, das noch geschaffen werden muß, keine ein für allemal fertige Größe, sondern etwas immer neu zu Gestaltendes. Die Konzilsaussagen weisen nach vorn, sie wollen aktiven, schöpferischen Einsatz.“ Man würde dem Konzil nicht gerecht, wollte man als die primäre Aufgabe einer Schul- und Bildungspolitik nur die Erhaltung unserer abendländischen Bildungswerte ansehen, eine Tendenz, die nach der Feststellung Seibels gerade unter deutschen Katholiken nicht selten zu finden sei.

Seibel charakterisierte sodann das Welt- und Kulturverständnis des Konzils durch drei Stichworte: Solidarität, Autonomie der innerweltlichen Ordnung, Pluralität der kulturellen Kräfte. Die Betonung der Solidarität in der kulturellen Zusammenarbeit bezeichnete er als „eine Grundsatzentscheidung im Sinn eines völlig neuen Bildungsverständnisses“.

#### *Keine spezifisch christliche Kultur*

Das Konzil spreche nicht mehr von einer christlichen Kultur im eigentlichen Sinne. Es verstehe die kulturelle Tätigkeit der Katholiken nicht mehr als ein abgegrenztes Wirken in einem geschlossenen katholischen Raum und die christliche Kultur als eine katholische Sonderwelt, sondern als Mitarbeit der Christen an der allen Menschen gemeinsamen Aufgabe, eine „menschlichere Welt“ zu schaffen. Das Konzil spreche nie „von einer spezifisch katholischen Aufgabe im Sinn des Einsatzes für bestimmte katholische Werte“, die sich von dem in der Welt Möglichen und von ihr Gewollten unterscheide. Es falle kein Wort über eine einheitliche, geschlossene kulturelle Aufgabe der Katholiken. Das könne nur heißen, daß das, was konkret getan werden müsse, für den Katholiken sich nicht von dem unterscheide, was alle Menschen guten Willens erstreben können. Die Besonderheit des christlichen Glaubens könne nicht als Begründung für spezifisch katholische Forderungen dienen, die nicht gleichzeitig für andere gelten. Der christliche Glaube fordere keineswegs

eine spezielle Kultur, dieser lehre die rechte Rangordnung der Werte und enthülle den tiefsten Sinn allen kulturellen Schaffens. Die Forderung nach solidarischer Zusammenarbeit durchziehe alle Dokumente des Konzils. Auch bei der Erziehung stehe die Allgemeinverbindlichkeit und die allgemeine gesellschaftliche Funktion im Vordergrund. Seibel erwähnte auch die verstärkten Verpflichtungen zu ökumenischer Zusammenarbeit im kulturellen Bereich. Die Möglichkeit oder Notwendigkeit gemeinsamer christlicher Stellungnahmen zu Fragen von Politik, Kultur und Gesellschaft müsse neu überlegt werden. Seibel verwies auf die Tatsache, daß in mehrheitlich katholischen Ländern innerhalb der Bundesrepublik mehr Protestanten wohnen als in den mehrheitlich evangelischen Ländern Katholiken, und gab zu bedenken, ob nicht gerade dieser Aspekt der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Anlaß sein sollte, in den Ländern mit katholischer Mehrheit eine viel großzügigere Haltung der Katholiken gegenüber den evangelischen Christen in kulturellen Fragen zu praktizieren.

Zur Autonomie der innerweltlichen Ordnung erklärte Seibel, die Sendung der Kirche könne in ihrem Dienstcharakter nur dann erkannt werden, wenn die relative Eigenständigkeit der Welt erkannt sei. Sowenig die Kirche die gesamte zeitliche Ordnung im Sinne eines integralen Katholizismus umfasse, so wenig könne das kirchliche Amt als solches direkte positive Weisungen für diesen Bereich geben. Dies übersteige seine Sendung und seine Möglichkeiten. Die Gestaltung der innerweltlichen Ordnung sei Aufgabe der Laien. Leider habe man in Deutschland die rechte Mitte zwischen kirchlichem Dirigismus und laikaler Willkür noch nicht gefunden. Die genaue Grenzlinie zwischen der Weisungsbefugnis des kirchlichen Amtes und der Autonomie der innerweltlichen Sachbereiche sei noch nicht gezogen. Die hier noch herrschende Unsicherheit zu klären sei vornehmliche Aufgabe der nachkonziliaren Zeit. Die vom Konzil geforderte Haltung bedürfe noch der Einübung.

#### *Pluralität kultureller Kräfte*

Zur Anerkennung der Pluralität kultureller Kräfte erklärte Seibel, es gelte nicht nur, die geschichtliche und geographische Vielfalt von Einzelkulturen zu respektieren, es gelte auch, die Vielzahl der kulturellen Kräfte und Bemühungen innerhalb eines bestimmten Kulturraumes zu achten. Er verwies hier wiederum auf die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, die daran festhält, daß eine solche Pluralität der Kräfte auch innerhalb der Kirche und unter den Katholiken möglich und notwendig ist. Die Forderung nach einheitlichen katholischen Lösungen und geschlossenen Aktionsprogrammen der Katholiken werde durch das Konzil nicht gestützt. Dieses warne bloß davor, die jeweilig mögliche Lösung mit der christlichen Botschaft gleichzusetzen. „So berechtigt das Streben nach gemeinsam vertretbaren Zielen und Formen des kulturellen Engagements unter den Katholiken eines Landes oder eines Kulturraums sein mag, so haben sich die katholischen Verbände doch zu fragen, ob sie dieser legitimen Vielfalt Rechnung tragen und selbst genügend gegen die — jeder Institution innewohnenden — Gefahr der Monopolisierung des eigenen Anspruchs gewappnet sind.“ Das staatliche Schulmonopol werde vom Konzil gerade deswegen abgelehnt, „weil es dem in sehr vielen Staaten heute herrschenden Pluralismus entgegenläuft“ (Erklärung über die christ-

liche Erziehung, Abschnitt 6). Speziell zur Schulfrage meinte Seibel, es lasse sich nicht leugnen, „daß hier gewisse Spannungen zwischen der Erklärung über die christliche Erziehung und einer Reihe anderer Dokumente, vor allem der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, bestehen und daß man gelegentlich sogar den Eindruck hat, als würden manche Aussagen des erstgenannten Dokuments in der Pastoralkonstitution zwischen den Zeilen korrigiert oder doch durch eine andere Sicht ergänzt“. Das Festhalten am Prinzip der katholischen Schule als einer von der Kirche getragenen und ihrer Autorität unterstehenden Schule sei noch nicht in völlige Deckung gebracht mit dem Prinzip der Solidarität und der Forderung nach Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens. Doch glaubt Seibel bestätigen zu können, daß auch die Aussagen zur Schulfrage in der Grundrichtung des Konzils liegen. Auch sie wollten in einem Katholizismus der vorherrschenden Autorität die Freiheit der persönlichen Verantwortung zur Geltung bringen.

#### *Agrarische Mentalität*

Hatte bereits Pater Seibel mit subtilen Zitationen und Unterscheidungen den Zuhörern einiges zum Nachdenken aufgegeben, so stieß Staatssekretär Hermanns noch kräftiger in die konkreten Probleme, wie sie den deutschen Katholiken gestellt sind, vor. Es gehe jetzt nicht darum, zu erörtern, welchen Beitrag zur Bildung und Kultur unseres Volkes wir bisher geleistet haben, sondern darum, welchen Beitrag wir leisten können und deshalb auch leisten sollen. Dieser Beitrag könne eigentlich nur darin bestehen, „daß wir in Bildung und Kultur die lebendige Beziehung zu den letzten und höchsten Werten erhalten, daß wir uns nicht damit begnügen, bloße Ausbildung in Richtung auf nutzbares Wissen zu betreiben und unter Kultur im Grunde nur ihre zivilisatorische Seite, die Verfeinerung äußerer Formen und letztlich die Steigerung äußeren Lebensgenusses zu verstehen“. Um aber wirklich zu erreichen, was man katholischerseits wolle, müsse man sich von einem Heilsegoismus befreien, der immer nur davon ausgehe, den persönlichen Weg zur ewigen Seligkeit nicht zu gefährden, und sich nicht um das kümmern, was „draußen“ vorgehe. Dieser Heilsindividualismus sei mit eine Ursache für das Zurückbleiben hinter der Wirklichkeit. Hermanns nannte hier als Beispiel die, wie er meinte, in katholischen Kreisen immer noch anzutreffende Konfrontation der Begriffe Stadt und Land „mit einer deutlich bewertenden Tendenz, als ob das Land, das Dorf, der Bauer der eigentliche und natürliche Hort für Gottesglauben und christliches Leben seien“. In Wirklichkeit unterscheide sich heute die Masse der Bevölkerung in außerstädtischen Bereichen von der eigentlichen Stadtbevölkerung nicht mehr nennenswert. Die bäuerliche Minderheit sei keineswegs mehr in der Lage, den Gesamtcharakter der sog. ländlichen Bevölkerung zu prägen. Zudem habe der Bauer der Gegenwart mit seinem Vorgänger vergangener Jahrhunderte auf Grund der technischen Umwälzungen, von denen auch die Agrarproduktion erfaßt sei, wenig zu tun. Es sei deshalb an der Zeit, daß sich katholische Mentalität freimache, „in Stadt und Land von Natur her unterschiedliche Welten mit ebenfalls von Natur her unterschiedlicher Affinität zu Glaube und Christentum zu sehen. Solche Sozialromantik verbaue die Erkenntnis des Sachgerechten und Notwendigen. Allzu lange seien die Pastoral

der Kirche und das kulturelle Verständnis der Katholiken von einer Sozialromantik beeinflusst gewesen. Erst wenn diese Haltung überwunden sei, könne der Katholik sich in der gegenwärtigen Bildungssituation zurechtfinden und seinen spezifischen Beitrag leisten. Als weiteres Beispiel für das Vorbeigehen an der Realität nannte Hermanns die Tatsache, daß die Beteiligung im katholischen Bereich an der heute im Vordergrund stehenden naturwissenschaftlichen Forschung und Technik stark hinter dem Anteil der Nichtkatholiken zurückbleibe. Dieses Mißverhältnis zeige sich schon darin, daß sich der Großteil der katholischen Schüler nach wie vor auf die sprachlichen Zweige konzentriere.

#### *Die der Schule eigenen Ziele*

Wenn die Katholiken nicht gelernt hätten, den Überzeugungswert wissenschaftlicher Ergebnisse richtig abzuschätzen, versperrten sie sich selbst die Möglichkeit, mit den Wissenschaftlern in Dialog zu treten. Dieser Dialog werde jedoch vom Konzil gefordert. Nicht nur früher habe die katholische Bildung spürbar versagt, sondern auch heute gebe es noch Erscheinungen, die zur Gewissensforschung ermahnten, erklärte Hermanns. Gerade bei den Jugendlichen vom Lande mache sich beim Übergang von der Volksschule ins Berufsleben eine Welle religiöser Abständigkeit bemerkbar. Zwar sei es ungerecht, die Seelsorger dafür allein verantwortlich zu machen, obwohl sie nicht ganz unschuldig daran seien. Neben der Schule trügen vor allem die Eltern die Verantwortung, die es am christlichen Beispiel haben fehlen lassen. Christliche Erziehung setze ein Zusammenwirken von Elternhaus, Kirche, Schule und Selbsttätigkeit der zu Erziehenden voraus. Den Glauben zu wecken und zu pflegen, das persönliche Gewissen zu bilden, das sei in erster Linie Sache der Eltern und der Kirche. Wenn die Schule daran teilnehmen könne, so sei das höchst wünschenswert und sicher nützlich. „Ihren eigentlichen Anteil steuert sie aber dadurch bei, daß sie nicht nur die Grundlagen der Kulturtechniken vermittelt, sondern ihre Schüler lehrt, wie man richtig lernt, weil das Lernenkönnen für den Menschen vor allem heute die Fähigkeit ist, deren er bis zu seiner letzten Stunde bedarf, um seine Lebensaufgaben zu meistern.“

Die Konzilerklärung über die christliche Erziehung erwähne bezeichnenderweise die katholische Schule erst, nachdem sie die Schüler der nichtkatholischen Schulen der Sorge der dort wirkenden katholischen Lehrer anvertraut und die Eltern an die ihnen auferlegte schwere Verantwortung erinnert habe, „alles zu tun, damit ihre Kinder zugleich mit ihrer profanen Fortbildung auch als Christen harmonisch wachsen können“. Das Bild, das das Konzil von der katholischen Schule entwerfe, werde auch ausdrücklich als Idealbild bezeichnet. Und auch bei der Kennzeichnung der katholischen Schule lege die Konzilerklärung das Schwergewicht darauf, daß in ihr die der Schule eigenen Ziele erreicht werden. Nur in einem Nebensatz werde erwähnt, daß die katholische Schule den örtlichen Verhältnissen entsprechend verschiedene Formen annehmen könne, und nur dieser Nebensatz ermögliche es, daß auch eine öffentliche Schule in einem Land mit staatlichem Schulmonopol als katholische Schule überhaupt gelten könne. Wieweit aber eine solche Schule berechtigt sei, Anspruch auf solche Geltung zu erheben, das könne nicht mehr generell entschieden werden, sondern unterliege von Fall zu Fall der gewissenmäßigen

Prüfung, wieweit eine solche Staatsschule, außer in ihrem Namen, den vom Konzil aufgestellten Anforderungen entspreche. Die Katholizität der Schule dürfe nicht um den Preis einer minderen Fortbildungsleistung in Richtung auf die schuleigenen Ziele, die Aufgeschlossenheit gegenüber den Anforderungen der Zeit und die Befähigung ihrer Schüler, das Wohl der irdischen Gemeinschaft wirksam zu fördern, erkauft werden.

#### *Fraglichkeit der staatlichen Bekenntnisschule*

Im zweiten Referat konzentrierte sich Hermanns ausschließlich auf das Problem der Bekenntnisschule. Ausgehend von der Feststellung seines ersten Referats, die auch Pater Seibel bereits getroffen hatte, daß das Konzil die katholische Privatschule vor Augen habe und nicht die in Deutschland umstrittene konfessionelle Staatsschule, warnte er die Katholiken, starr auf dem Bekenntnisprinzip zu bestehen. Durch verschiedene Umstände sei die konfessionelle Staatsschule höchst problematisch geworden. Das gelte besonders für den Fall, wo die konfessionelle Schule auf Grund der Bevölkerungsschichtung gezwungen sei, Kinder der anderen Konfession aufzunehmen. Hier stünden Lehrer vor der Frage, was sie bei der Wahl des Unterrichtsstoffes und bei seiner Behandlung der Minderheit zumuten könne. Auf der einen Seite stünde man hier vor einer Belastung der Religions- und Gewissensfreiheit, auf der anderen Seite vor einer starken Beanspruchung der besonders schwierigen aktiven Toleranz.

#### *Problem des Elternrechts*

Es gehe nicht um die Preisgabe der Bekenntnisschule oder auch nur um eine allgemeine Bevorzugung der christlichen Simultanschule. Aber wenn man auch dort, wo Minderheitsrechte verkürzt würden, starr auf der Beachtung des Bekenntnisprinzips bestehe, dann handle man nicht im Geiste des Konzils und manövriere die staatliche Bekenntnisschule in eine ausweglose Situation. Es gelte zunächst auch die politische Lage zu bedenken, denn selbst innerhalb der Unionsparteien könne sich keine übereinstimmende Meinung hinsichtlich der Konfessionsschule bilden, da die katholischen Partner auch auf den evangelischen Teil Rücksicht nehmen müßten. „Wer einer politischen Partei heute zumuten wollte, eine allgemein für richtig erachtete organisatorische Neugestaltung von Bildungseinrichtungen auch nur für längere Zeit zu blockieren, in dem sie sich einer Anpassung von Gesetzen — oder auch nur von Verfassungsnormen an neue Sozialbedingungen widersetzt, begeht — schlicht gesagt — politische Donquichotterie.“ Gerade das Elternrecht werde zur eigentlichen Klippe für den Weiterbestand der staatlichen Bekenntnisschule. Man würde sich einer gefährlichen Selbsttäuschung hingeben, „wenn wir von dem bisherigen Zustand, wonach 70 und mehr von 100 der katholischen Kinder in Gebieten mit bekenntnisgegliederten Volksschulen katholische Volksschulen besuchen, darauf schließen wollten, damit sei auch für die Zukunft alles in Ordnung“. Bisher sei die Ausübung des Elternrechts eine recht bequeme Sache gewesen. Aber dieser Bequemlichkeit setze die Einführung der Hauptschule, mit der der bisherige Grundtyp der Volksschule aufgelöst werde, ein Ende. Die Hauptschulen müßten erst überall neu errichtet werden, und man könne voraussagen, daß die jeweiligen parlamentarischen Mehrheiten gegen die oder mit der CDU durchsetzen würden, daß bei der Bildung von Hauptschulen eine Elternbefragung über die

Schulart stattfinden müsse. Was aber aus bisherigen Elternbefragungen in einzelnen Bundesländern bekannt geworden sei, lasse voraussehen, daß nennenswerte Teile der katholischen Elternschaft, vielleicht sogar die Mehrheit, sich für die christliche Gemeinschaftsschule entscheiden würde. Gerade das Vertrauen auf diesen Trend habe die SPD seit dem Godesberger Programm veranlaßt, auch in der politischen Praxis immer stärker auf das Elternrecht zu setzen.

#### *Fragwürdiger Ersatz*

Um den Bestand katholischer Bekenntnisschulen soweit wie möglich zu sichern, würden nun auf Grund dieser Situation Versuche unternommen, eine proportionale Vertretung von Lehrkräften des anderen Bekenntnisses in die Konfessionsschule aufzunehmen. Diese Lehrer sollten dann vor allem die Schüler ihres Bekenntnisses in religiöser Hinsicht betreuen. Einen sachlichen Unterschied zwischen einer Bekenntnisschule mit Minderheitslehrern und einer christlichen Gemeinschaftsschule festzustellen falle schwer. Kirchliche Persönlichkeiten neigten immer noch zu der Meinung, es sei besser, daß katholische Kinder evangelische Bekenntnisschulen besuchen als Gemeinschaftsschulen. Hermanns zitierte aus einer Werbeschrift für die katholische Bekenntnisschule: „Gewiß, Lehrer, die an Gemeinschaftsschulen unterrichten, können hervorragende Pädagogen sein. Viele von ihnen jedoch sind nicht katholisch. Vielleicht ist ihnen Gott gleichgültig. Vielleicht halten sie nichts von der katholischen Lehre, vielleicht stehen sie der Kirche fremd gegenüber, vielleicht lächeln sie über unsere Verehrung der Gottesmutter . . . und auf viele ‚vielleicht‘ soll die Erziehung ihres Kindes begründet sein . . .?“ Müsse aber angesichts solcher Behauptung nicht gefragt werden: „Lehrer, die Kinder einer katholischen Minderheit an evangelischen Bekenntnisschulen unterrichten, sind durchweg nicht katholisch; sie halten sicher nicht viel von der katholischen Lehre; sie stehen unserer Kirche fremd gegenüber, sie lächeln wahrscheinlich über unsere Verehrung der Gottesmutter. Und doch soll das alles noch eher in Kauf zu nehmen sein, als daß an einer christlichen Gemeinschaftsschule neben Andersgläubigen auch katholische Lehrer unterrichten, ganz zu schweigen davon, daß es an der staatlichen Bekenntnisschule infolge ihrer nur amtsstatistischen Grundlage in gar nicht wenigen Fällen heute auch schon Lehrer gibt, denen Gott und die katholische Lehre gleichgültig sind oder die der Kirche mit deutlicher Distanz gegenüberstehen. Man müsse doch fürchten, daß die in der zitierten Werbeschrift angeführten Argumente die katholischen Eltern immer weniger überzeugen. Es sei auch nicht recht einzusehen, wieso man gerade die konfessionelle Hauptschule verteidige und gegenüber der Gemeinschaftsschule für Gleichaltrige an Realschulen und Gymnasien keine Einwände erhebe, obwohl doch die pädagogische Grundsituation die gleiche sei.“

#### *Der Bereich der Sonderschulen*

Als Sonderproblem erwähnte Hermanns in dem Zusammenhang den Bereich der Sonderschulen. Öffentliche Anstalten dieser Art erforderten schon wegen der notwendigen technischen Sonderausstattung, aber auch wegen der ohnehin in viel zu geringer Zahl vorhandenen Lehrkräfte Zusammenfassungen, bei denen die Wahrung des Bekenntnisprinzips auf kaum überwindbare Schwierigkeiten stoße.

### Zur Gesamtsituation

Zur schulischen Gesamtentwicklung in der Bundesrepublik im Hinblick auf die Anwendung des Bekenntnisprinzips und des Elternrechts zog Hermanns folgendes Fazit:

„Die organisatorische Reform unseres Schulwesens bezüglich der bisherigen Volksschule, die Ersetzung der Volksschuloberstufe durch die mindestens fünfjährige Hauptschule und schließlich der Kontrast zwischen der Hauptschule und den anderen weiterführenden Schulen hinsichtlich der Anwendung von Elternrecht und Bekenntnisschulen lassen besorgen, daß schon bald die staatliche Bekenntnisschule hier von der staatlichen christlichen Gemeinschaftsschule zurückgedrängt werden wird.

In den Fällen, in denen die Beibehaltung der Bekenntnisschule zu Schwierigkeiten mit den Minderheitsinteressen führt, werden wir selbst, um unserer christlichen Glaubwürdigkeit willen, oft genug davon absehen müssen, unsere Mehrheit einfach auszunutzen. Wir müssen dabei auch daran denken, daß unserem katholischen Erziehungsanliegen nicht damit gedient ist, wenn die staatliche Bekenntnisschule zwar den Namen der katholischen Schule an ihrem Giebel trägt, der katholische Geist in ihren Mauern aber aus notwendiger Rücksichtnahme auf die dort lernenden Andersgläubigen aus reiner Bequemlichkeit oder sogar passiver Resistenz verdorrt. Unsere katholischen Schul- und Bildungspolitiker in den Verbänden, vor allem aber in den Parlamenten und Verwaltungen, müssen in erster Linie darauf achten und sich darum bemühen, daß die staatliche Grundschule überall, wo bisher Bekenntnisprinzip und Elternrecht gelten, nicht in den Sog der angedeuteten Entwicklung hineingerät.“ Es gebe keinerlei sachlichen Anlaß, die Grundschule aus dem unmittelbaren Wohnbereich der Eltern herauszunehmen; ebenso sehr sei hier eine durchgängige Gliederung in Jahrgangsklassen unverzichtbar.

Was aber die Hauptschule angehe, sei zweierlei zu beachten: „Wo immer die rechtlichen, politischen und realen Verhältnisse es ohne Verletzung anderer wichtiger Interessen zulassen, sollten katholische Eltern, Lehrer und Politiker dafür sorgen, daß der katholische Charakter auch dieser Schulen gewahrt bleibt. Auf diese Verpflichtung hinzuweisen, wird auch die Kirche nie verzichten. Wir dürfen nur nicht in den Fehler verfallen, uns schlechthin von der Gemeinschaftsschule, auch in der Form der christlichen Gemeinschaftsschule, wie von etwas unbedingt Minderwertigem und Gefährlichem zu distanzieren. Im Gegenteil, es sollte eine ganz dringende Sorge aller an diesen Fragen beteiligten Katholiken sein, wiederum gemäß der Lehre des Konzils, sich gerade der katholischen Kinder anzunehmen, die solche Schulen besuchen.

Das öffentliche Schulwesen in Deutschland durch ein katholisches Privatschulwesen ersetzen zu wollen, dürfte noch auf lange Zeit mangels der erforderlichen materiellen und psychologischen Voraussetzungen ein Wunschtraum bleiben. Das darf aber nicht heißen, von einem Ausbau des katholischen Privatschulwesens überhaupt abzusehen. Wenn, wie erwartet, die Bekenntnisneutralität des öffentlichen Schulwesens weitere Fortschritte macht, dann müssen Kirche und Eltern alle Möglichkeiten wahrnehmen, wenigstens an solchen Punkten oder in solchen Bereichen, wo sich unter dem Deckmantel der Bekenntnisneutralität religiöse Gleichgültigkeit, Abständigkeit oder gar Glaubensfeindschaft bemerkbar macht, katholische Schulen als Modellschulen und regelrechte Bollwerke zur

Bewahrung unseres Glaubensgutes für die Jugend zu errichten. Natürlich erfordert das mehr Anstrengungen und auch materielle Opfer als Errichtung und Unterhalt einer katholischen Schule in einem katholischen Kerngebiet. Aber daran, ob wir zu solchen Opfern um der Sache willen bereit sind, wird die Glaubwürdigkeit unserer Ansprüche überhaupt gemessen.“

Abschließend wies Hermanns darauf hin, daß die Entwicklung schon bald so weit fortgeschritten sein werde, daß Schulzentren oder zentrale Schulorte entstehen, an denen für ganze Landkreise und für entsprechende bevölkerungsstarke und siedlungsmäßig geschlossene Bereiche ganze Schulkomplexe mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium entstehen würden. Um Kindern aus bisher bildungsarmen Schichten den Besuch weiterbildender Schulen zu erleichtern und die von der Schule offen gelassenen Lücken religiöser Bildung auszufüllen, sollten in solchen Zentren Internate für katholische Schüler oder wenigstens Tagesheime für sie errichtet werden.

### Um das Elternrecht

In den an die Referate anschließenden Diskussionen spielten neben dem Elternrecht und der Bekenntnisschule Fragen der Frauen- und Erwachsenenbildung eine besondere Rolle und, wie nicht anders zu erwarten, das viel breitere Problem des Bildungsdefizits. Neue Gesichtspunkte kamen dabei eigentlich nicht zum Tragen. Zum Erstaunen mancher Teilnehmer schränkte Prof. Erlinghagen gegenüber Staatssekretär Hermanns ein: Neben den Vorteilen der christlichen Gemeinschaftsschule müßten auch die Vorzüge der Konfessionsschule gesehen werden. Der kulturpolitische Hebel müsse bei der Verbesserung der katholischen Schulen angesetzt werden. Sehr eindringlich betonte Erlinghagen das Elternrecht. Auch wenn die Eltern sich für Zwergschulen entschieden, müßte das respektiert werden. Stärker für die katholische Schule engagierte sich auch Prälat Hanssler. Hermanns betonte nochmals: würden Minderheiten dazu gezwungen, sich mit einer Schule des Mehrheitsbekenntnisses abzufinden, so werde dadurch der Gleichheitsgrundsatz verletzt. Oberstudiendirektorin Laurien riet in ihrem Diskussionsbeitrag, Fragen der Lehrerbildung und Elternschulung den Vorrang vor den Schulstreitigkeiten zu geben. Prälat Schraaf, der Direktor der bischöflichen Hauptstelle für Schule und Erziehung in Köln, beklagte, daß das katholische Volk und auch der Klerus von der Notwendigkeit katholischer Schulen nicht mehr überzeugt seien. Sie unterlägen dem „Trend von außen“, der den katholischen Konfessionsschulen abträglich sei. Den katholischen Erwachsenenbildungswerken wurde in der Diskussion vorgeworfen, sie entfalteten zuviel Vortragstätigkeit und bemühten sich zuwenig um Gesprächseinübung. Die Katholiken seien noch zuwenig zum Gespräch erzogen.

### Die Delegiertenversammlung der katholischen Verbände

Neben den Akademiegesprächen der Arbeitskreise tagte vom 13. bis 15. Juli 1966 jeweils am Nachmittag die Delegiertenversammlung der katholischen Verbände. Den Vorsitz führte der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Münster, Dr. Wilhelm Pötter.

Die diesjährige Delegiertenversammlung war die dritte, die nach 1945 stattfand. Im Unterschied zur Delegierten-

versammlung während des 80. Deutschen Katholikentages (Stuttgart 1964) hatte die Versammlung 1966 kein zentrales Thema, sondern die einzelnen Verbände konnten in den Monaten vor der Versammlung beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken Anträge zu verschiedenen, die Verbände besonders interessierenden Sachfragen einreichen. Diese Anträge wurden den von den Verbänden benannten Delegierten einen Monat vor der Delegiertenversammlung zur Meinungsbildung zugesandt. Die meisten Anträge entstanden in Zusammenarbeit mehrerer Verbände.

### *Geschäftsordnungsfragen*

Die einzelnen Verbände konnten auf Grund ihrer Mitgliederzahl und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung eine unterschiedliche Zahl von Delegierten entsenden. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend konnte mit seinen Gliedgemeinschaften z. B. 30 Delegierte entsenden, die Deutsche Kolpingfamilie 20, die Görresgesellschaft 3. Insgesamt waren 467 Ordentliche Delegierte eingeladen worden.

Im einzelnen lagen der Delegiertenversammlung in folgenden Fragenkomplexen schriftliche Anträge vor: Strukturprobleme auf dem Lande, Erziehung zu Ehe und Familie, Partnerschaft von Mann und Frau, Bildungswerbung und Bildungsberatung, Publizistische Dienste, Ausbildungsförderung, Berufsausbildung, Altenfragen, Familienpolitik und der Auftrag des Konzils zum Wirken katholischer Verbände in Gesellschaft und Staat.

Bereits zu Beginn der Versammlung wurde die vom Ältestenrat vorgelegte Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung nur für die Bamberger Tagung und für die Periode der Vorbereitung der nächsten Delegiertenversammlung bestätigt, weil ein Teil der Delegierten Einwände gegen die Vorlage hatte, aber eine langwierige Erörterung der Geschäftsordnungsvorlage vermeiden wollte. Der Ältestenrat wurde beauftragt, eine neue Vorlage auszuarbeiten und der nächsten Delegiertenversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

### *Bildungspolitik*

Die Delegiertenversammlung konnte an die Erklärung zur Bildungspolitik der Stuttgarter Delegiertentagung anknüpfen (vgl. Herder-Korrespondenz, 19. Jahrg., S. 31 ff.) und dabei vor allem in den Teilbereichen Bildungswerbung und Bildungsberatung, Ausbildungsförderung und Berufsausbildung bedeutsame Anträge verabschieden.

Von der Bundesarbeitsgemeinschaft Zweiter Bildungsweg beantragt und von der Delegiertenversammlung beschlossen wurde u. a., daß die Mitglieder der Delegiertenversammlung sich in ihren Gremien dafür einsetzen sollen, „Bildung und Fortbildung als Gewissensfrage“ zu einem der nächsten Jahresthemen zu erheben, weil Bildung und Fortbildung auch Voraussetzungen zur Erfüllung des Laienapostolats im Sinne des Konzils sind. Die katholischen Verbände verpflichteten sich darin, in ihren Zeitungen und Zeitschriften über Schultypen und Bildungswege für Jungen und Mädchen zu informieren. Die katholischen Verbände und Gemeinschaften betrachten die Bildungsberatung als eine besondere Aufgabe unserer Zeit. Sie verpflichteten sich, im Laufe der nächsten Jahre durch ihre Initiative die „Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Bildungswerbung und Bildungsberatung“ zu gründen.

Die Delegiertenversammlung hat auf Antrag der Deutschen Kolpingfamilie, der Katholischen Deutschen Stu-

denten-Einigung (KDSE), des Berufsverbandes katholischer Fürsorgerinnen, des Berufsverbandes katholischer Sozialarbeiter und des BDKJ in einem anderen Beschluß Bund und Länder gebeten, die gesamte Ausbildungsförderung auf eine übersichtliche, möglichst einheitliche rechtliche Grundlage zu stellen und dabei u. a. folgende Prinzipien anzuwenden: daß jeder das Recht hat, sich entsprechend seiner Fähigkeiten auszubilden und daß die Wahrnehmung dieses Rechtes nicht durch soziale Bedingungen, in denen der Einzelne lebt, behindert oder ausgeschlossen werden darf. Jeder muß unter den Voraussetzungen des Eignungs-, Leistungs- und Bedürftigkeitsnachweises das Recht auf Ausbildungsförderung besitzen. Die individuelle Ausbildungsförderung soll stärker ausgebaut werden, wobei die notwendigen Kosten für die Ausbildung und die Lebenshaltung der Förderung zugrunde zu legen sind und die Förderung so bemessen sein muß, daß der Auszubildende und seine Familie finanziell nicht unzumutbar belastet werden.

Hinsichtlich der Berufsausbildung wurde in einem weiteren Beschluß u. a. angeregt, daß bereits in der letzten Phase der Vollzeitschule eine breite Berufsgrundbildung erfolgen soll, die einen späteren schnellen Wechsel zwischen vielen Berufen ermöglicht. Im letzten Abschnitt der Vollzeitschule soll mit besonderem Nachdruck die Begegnung mit den beruflichen Lebenswirklichkeiten vollzogen werden, wozu verbesserte Berufsberatung, Berufsvorbereitung und Konfrontation mit den einzelnen Berufsfeldern gehören. Die beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen auf allen Stufen sollen unter maßgeblicher Einbeziehung der Erwachsenenbildung erfolgen, darüber hinaus soll der berufliche Bildungsweg einen gleichwertigen Zugang zum Hochschulstudium ermöglichen. Damit die Berufsbilder und Pläne für die betriebliche Ausbildung dem jeweiligen Stand der technischen Entwicklung angepaßt werden, wird die Errichtung eines unabhängigen wissenschaftlichen Instituts zur Erforschung der Berufsbilder und ihrer Entwicklung empfohlen, dem ein Bundesausschuß für berufliche Ausbildung zugeordnet werden soll.

Neben Bildungsfragen hatte die Versammlung auch über Anträge zur Raumordnung und Landesplanung mit kulturpolitischem Akzent zu beraten und sie zu verabschieden.

### *Ehe und Familie*

Die Delegiertenversammlung widmete auch den Problemen der Familie große Aufmerksamkeit und verabschiedete einige sehr beachtenswerte Beschlüsse. Die Ehe- und Familienbildung (ehvorbereitende, ehebegleitende und Elternbildung) soll im Rahmen der Verbandsarbeit sowie der Jugend- und Erwachsenenbildung intensiviert werden. Die Diözesen wurden gebeten, für die Ehe- und Familienbildung hauptamtliche Referenten zur Unterstützung der ehrenamtlichen einzusetzen und diesen Fragen auch in der ständigen Priesterbildung größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Arbeitsgemeinschaft für Katholische Familienbildung (AKF) wurde aufgefordert, Grundlinien inhaltlicher, methodischer und organisatorischer Art für eine wirksame Intensivierung der Ehe- und Familienbildung aufzustellen.

In einem weiteren Antrag wurde beschlossen, den Fragenkomplex „Partnerschaft von Mann und Frau“ in der Erwachsenenbildungsarbeit stärker aufzugreifen und in seiner ganzen Vielschichtigkeit durchzuarbeiten. Jungen und Mädchen soll gleichermaßen eine Bildung, Berufsvorbereitung und Berufsförderung ermöglicht werden. Die

katholischen Verbände wollen sich dafür einsetzen, „daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft auch praktisch verwirklicht wird, daß Mann und Frau gleiche Berufs- und Aufstiegschancen haben sowie der Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche Leistung‘ im Berufsleben tatsächlich Geltung hat; daß die verheiratete Frau bei einem eventuellen späteren Wiedereintritt in das Berufsleben die notwendige berufliche Förderung erhält, wenn die Kinder erwachsen sind; daß der Tätigkeit der Ehefrau in Haushalt und Familie die gleiche Bedeutung beigemessen wird wie dem Erwerb des Einkommens durch den Ehemann“. Die öffentliche Meinung soll dahingehend beeinflusst werden, partnerschaftliches Wirken von Mann und Frau im kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben heute als unerläßliche Forderung für das Gesamtwohl anzusehen und auch Frauen stärker — entsprechend ihrer Qualifikation — Führungsaufgaben einzuräumen.

#### *Familienpolitische Erklärung*

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es in den Fragen der Familienpolitik. Der Vorsitzende des Familienbundes der deutschen Katholiken, Oberbürgermeister Franz Hutter, und der ehemalige Familienminister Franz Josef Würmeling kritisierten unter dem Beifall der Versammlung die gegenwärtige Familienpolitik der Bundesregierung und forderten einen familienpolitischen Kurswechsel. Würmeling meinte, es gehe nicht an, daß sich der Staat bei dem Bemühen um die Währungsstabilität an den höchsten gesellschaftspolitischen Zielsetzungen vergreife, wie sie im Grundgesetz und auch in den Programmen der Unionsparteien festgelegt seien. Der Mehraufwand für familienpolitische Maßnahmen hätte innerhalb des Haushaltssicherungsgesetzes auch durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und durch die Erhebung eines Wissenschaftspfennigs bei Rauchwaren kompensiert werden können. Der ehemalige nordrhein-westfälische Landesminister Lauscher, der den Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (KKV) vertrat, widersetzte sich der Kritik am Haushaltssicherungsgesetz und bezeichnete die Erhaltung der Währungsstabilität als die wichtigste familienpolitische Maßnahme.

Die Delegiertenversammlung verabschiedete folgende Erklärung zur Familienpolitik:

„Wir erwarten von Parlament und Regierung, daß sie für die Stabilität der Währung sorgen, daß sie trotz der erforderlichen Haushaltssicherung Rangordnungen für die Ausgaben schaffen und dabei der Familienpolitik aufgrund des Verfassungsauftrags einen besonderen Vorrang einräumen, damit folgende Maßnahmen in Angriff genommen werden:

1. Aufhebung der restriktiven Maßnahmen bei der Ausbildungszulage als einer eigenständigen Leistung des Familienlastenausgleichs bereits mit Ablauf des Jahres 1966.
2. Möglichst baldige Beseitigung der Einkommensgrenze beim Zweitkindergeld sowie Anpassung der seit 1. 1. 1964 unveränderten Sätze des Kindergelds an die zwischenzeitliche Einkommens- und Preisentwicklung.
3. Koordinierung und Vereinfachung der individuellen Ausbildungsbeihilfen.
4. Sicherung des gesetzlich festgelegten Vorranges kinderreicher und junger Familien bei der Wohnungsbeschaffung durch wirksame Maßnahmen, zu denen besonders die Baulandbeschaffung zu erschwinglichen Preisen gehört.

5. Nachhaltige finanzielle Förderung der Familienbildung (Ehevorbereitung, Elternbildung, Eheberatung und Erziehungsberatung) und wesentliche Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse für die Familienerholung.“

Die Delegiertenversammlung nahm auch einen vom Zentralverband der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften, dem Deutschen Caritasverband und der Hauptstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit eingebrachten Antrag zur Altenfrage an. In diesem Beschluß werden u. a. die Katholischen Akademien, wirtschaftlichen Institute und die anderen Einrichtungen der katholischen Erwachsenenbildung gebeten, in ihren Programmen die Altenfrage unter den verschiedenen Aspekten einzubeziehen. In Priestertagungen soll der Klerus mit dieser wichtigen Pastoralaufgabe vertraut gemacht werden und Hinweise für die Altenarbeit und Altenbetreuung in der Pfarrei erhalten. Die führenden Mitarbeiter in Altenhilfe, Altenbewegung und Altenseelsorge sollen regelmäßig ihre Erfahrungen austauschen und bei Aktionen zusammenwirken.

#### *Kritik*

Wiederholt wurde an der Delegiertenversammlung Kritik geübt. Am heftigsten von Seiten des KAB-Sprechers Vogt. Man habe in Bamberg den Eindruck gehabt, in der Delegiertenversammlung würden falsche Probleme am falschen Platz behandelt. Die zeitliche Überlagerung in den Arbeitsversammlungen habe die Delegierten daran gehindert, die wesentlichen Probleme aufzugreifen, die dort zur Sprache gekommen seien. Verglichen mit den Arbeitskreisen sei sie „zu schön und zu problemlos“ gewesen. Gründliche Beratungen über die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute und das Dekret über das Laienapostolat, wie es sein Verband ursprünglich vorgeschlagen habe, wäre dringlicher gewesen. Man hätte dann zwar keine Anträge verabschiedet, aber sich der nachkonziliaren Situation gestellt. Bischof Hengsbach sprach in der Arbeitsversammlung den Wunsch aus, die Stellung der Delegiertenversammlung innerhalb des Katholikentages neu zu überprüfen. Mit ihren vielerlei Anträgen und Forderungen an den Staat, über die eine dafür schlecht vorbereitete Versammlung von Verbandsfunktionären zu beraten und abzustimmen hatte, sei die Delegiertenversammlung innerhalb des Katholikentages ein Fremdkörper geblieben.

### **Die pastoraltheologische Priestertagung**

Wie bereits in Hannover 1962 und in Stuttgart 1964 gehörte auch in Bamberg der von der Vereinigung deutscher Pastoraltheologen veranstaltete Priestertag zu den wichtigsten und zugleich lebendigsten Diskussionsveranstaltungen des Katholikentages. Er wurde eingeleitet durch einen Pontifikalgottesdienst des Bamberger Erzbischofs Josef Schneider im Dom, bei dem Prälat Willy Bokler, Wiesbaden, der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die pastorale Verwirklichung der Konzilsdekrete, die Ansprache hielt. Darin erklärte Prälat Bokler, daß auch der deutsche Klerus im Rahmen dieser Priestertagung seinen Beitrag zur allgemeinen Problematik des Katholikentages leisten wolle. Die Hervorhebung der sakramentalen Grundgestalt der Kirche durch das Konzil und ihre Konsequenzen für die praktische Seelsorge bezeichnete Bokler als besonderes Anliegen, über das die

Pastoraltheologen miteinander ins Gespräch kommen wollten. In den Rahmen dieser Gesamtproblematik gehöre auch die Vertiefung des Verhältnisses zwischen Priester und Laie. Der Priester müsse dem Laien Raum zur eigenen Initiative lassen und die Freiheit des Laien im irdischen und bürgerlichen Bereich anerkennen. Man könne zwar einwenden, um ein solches Verhältnis hätten sich die Priester in Deutschland schon seit langem bemüht, trotzdem seien auch in Deutschland nicht alle Laien dieser Meinung. Darum lohne eine Gewissenserforschung im Geistes des Konzils. Tatsächlich aber stand das Verhältnis Priester — Laie mehr im Mittelpunkt der Podiumsdiskussionen und des Akademiegesprächs im Arbeitskreis 1 über die Zusammenarbeit in der erneuerten Kirche als der Priestertagung. Hier standen die praktischen pastoralen Fragen der Sakramentenspendung, der Mischehen-seelsorge und Fragen der Ehemoral und Geburtenregelung im Vordergrund.

### Die sakramentale Grundgestalt der Kirche

Die Diskussionen der Priestertagung wurden eröffnet durch das Referat von Otto *Semmelroth SJ* über die „pastoralen Konsequenzen aus der Sakramentalität der Kirche“. Semmelroth ging aus von der Stellung der Lehre von der Sakramentalität der Kirche in der Kirchenkonstitution des Konzils. Während die verschiedenen Bildaussagen in den ersten beiden Kapiteln über das Geheimnis der Kirche und über die Kirche als Volk Gottes das Wesen der Kirche beschrieben, meine die Kennzeichnung der Kirche als Sakrament weniger, was die Kirche sei, sondern was und wie sie wirke. Semmelroth machte deutlich, daß die Konzilsaussage über die Sakramentalität der Kirche zu einem neuen und tieferen Verständnis der Sakramentenlehre überhaupt führen müsse: „Wir müssen versuchen, die personal-existentielle Sicht wiederzugewinnen, die hier vielleicht mehr als anderswo in der Theologie hinter einem fast magisch wirkenden Instrumentalismus zurückgetreten ist.“ In fast allen bedeutenden Konzilsdokumenten zeichne sich eine Neugewinnung der menschlichen Person ab, „nicht so sehr im Sinne einer metaphysischen Wesensdeutung dessen, was Person ist, sondern in der Darstellung des dialogischen Lebens, in dem sich die Person verwirklichen und entfalten muß“. Allzu sehr habe man das Eigentümliche der Sakramente in ihrer Unabhängigkeit vom Subjektiven, das man dann allzusehr mit dem Personalen gleichgesetzt habe, gesehen. Im ersten Teil des Referats bemühte sich Semmelroth, eine mehr personale Sicht des Sakramentalen zu vermitteln und das Verständnis der Sakramente wie der Kirche als Ursakrament von magischer Überformung zu befreien. Im zweiten Teil handelte er von der Bedeutung der sakramentalen Kirche „als zweiseitigen Ausdruckszeichens personaler Begegnung“ in der Kirche wie auch mit den Menschen, die nicht voll zur Kirche gehören. Im dritten Teil ging Semmelroth auf die „pastoral bedeutsame Kategorie“ der Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit und Treue ein, mit der das sakramentale Zeichen von seiten Gottes als Unterpand gnadenhafter Selbstmitteilung und von seiten des Menschen als Ausdruck seiner rechten Disponiertheit verbunden sein müsse . . .

### Die Kirche als sakramentales Zeichen

Wenn nun die Kirche Sakrament sei, dann müsse die Heilsnotwendigkeit der Zugehörigkeit zu ihr von dem her gedeutet werden, was für die Heilsnotwendigkeit der einzelnen Sakramente zu sagen war. „Das Eingehen in

die Kirche und das Leben in ihr ist Ausdruckszeichen, in dem sich Gott und Mensch in Christus in gegenseitiger Hingabe begegnen. Der Begegnung zwischen dem in Christus zu uns kommenden Gott und den erlösungsbedürftigen Menschen Ausdruck und Gestalt zu geben, ist ja der eigentliche Grund für die bipolare Struktur der Kirche, also der sakramental begründeten Zweiheit von besonderem und allgemeinem Priestertum, von geistlichem Amt und Laientum. Wenn auch die Priester immer gleichzeitig Glieder der Gemeinde sind und bleiben, so stehen sie doch in Kraft der sakramentalen Weihe der Gemeinde gegenüber, um ‚in der Rolle Christi des Hauptes zu handeln‘ (15). So ist die Kirche in ihrer bipolaren Struktur sakramentales Zeichen und Unterpand Gottes an die Menschen, aber auch der Menschen an Gott.“

Es sei einer der Nachteile unseres übermäßig juristisch-soziologischen Denkens, „daß wir bei der Deutung der Stiftung der Kirche durch Christus so leicht auf halbem Wege stehenbleiben, die Institution sehen und juristisch perfektionieren, aber nicht bedenken, daß es sich da um die Setzung eines Zeichens handelt, das auf etwas hinweist, das von oben gekommen ist. Man sieht in der Stiftung der Kirche durch Christus oft nur die Begründung der kirchlichen Gesellschaft, die den Zweck hat, die Menschen in sich zu versammeln und dazu bereit zu machen, von Gott das Heil zu empfangen. Die Stiftung der Kirche durch Christus bedeutet aber nicht nur den historischen Anfang der Kirche. Sie ist vielmehr ein von Christus gesetztes Verheißungszeichen . . .

Diese sakramentale Sicht von der Kirche sei nun pastoral sehr bedeutsam. „Die sakramentale Verleiblichung, Welthaftmachung, Vergesellschaftung des sich dem Menschen zuwendenden Gottes ist die Kirche, das Ausdruckszeichen Gottes für die Menschen, aber auch das einzig gültige Ausdruckszeichen der Menschen vor Gott. Gleichzeitig aber verbietet die Sakramentalität der Kirche auch eine falsche Absolutsetzung der sichtbaren Kirche, als wäre sie selbst schon das Heil und nicht erst sein Zeichen und Sakrament . . .

### Heilssakrament für die Menschen

„Was wir bisher besprochen haben, steht unter folgender Vorstellung: Die sichtbare Kirche als vom Herrn gestifteter sakramentaler Ausdruck des allgemeinen Heilswillens Gottes erfüllt ihren Sinn dadurch, daß sie der menschlichen Geschichte und Gemeinschaft eingestiftet ist, um die Menschen in sich aufzunehmen. Dies ist die einfachste und bis ins vorige Jahrhundert hinein in dieser Einfachheit vorgetragene Deutung des Prinzips ‚Extra ecclesiam nulla salus‘.

Hier wird er aber nicht mehr im Sinne jenes gewissen Dualismus von objektivem Draußensein und innerlichem (nämlich durch das Votum) Dazugehören erklärt, sondern es wird gesagt, daß die nichtkatholischen Christen, ja sogar die Nichtgetauften gar nicht einfachhin außerhalb der Kirche sind, sondern in verschiedener Weise zu ihr gehören, wenigstens auf sie hingeeordnet und damit nicht nur im subjektiven Verlangen, sondern auch irgendwie objektiv in einer gewissen Zugehörigkeit zu ihr stehen.

a. Das heißt dann aber, daß die sakramentale Heilsvermittlung durch die Kirche nicht nur an denen geschieht, die dieses Sakrament Kirche realiter empfangen oder besser, von ihm empfangen, als volle Glieder aufgenommen sind. Natürlich bleibt das volle In-der-Kirche-Sein die eigentliche Sinnerfüllung des sakramentalen Wesens der Kirche. Aber die Kirche ist auch denen das Sacramentum

salutis, die ihr nicht oder doch nicht im vollen Sinne leibhaftig eingegliedert sind . . .

b. Diese Vorstellung nun, an der uns das Konzil nicht vorbeigehen läßt, pastoral zu meistern, hat seine besonderen Schwierigkeiten. In früheren Zeiten, die das Prinzip „Außerhalb der Kirche kein Heil“ in jedem seiner Worte simpel wörtlich genommen haben, war die pastorale Konsequenz leicht zu ziehen. Keiner konnte sich der missionarischen Dringlichkeit entziehen. Wenn man die Augen verschließt vor dem Richtigen und Guten, das die außerhalb der Kirche Stehenden besitzen, ist es leicht zu sagen, alles Gute und Richtige liege nur in der Kirche und die Menschen zum Heil zu führen heiße einfach, sie zur Kirche zu führen. Ebenso simpel scheinen die Konsequenzen zu sein, die man nicht selten angesichts der Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils hören konnte und kann: Bleiben wir noch katholisch? Hat Mission noch einen Sinn? Besteht die Bemühung um die Konversion der getrennten Christen noch zu Recht? Hat Lessing doch recht bekommen mit der Ringparabel seines weisen Nathan: Der echte Ring vermutlich ging verloren?

Es ist keine Frage, daß das Konzil die pastoralen Bemühungen in vielem nicht einfacher gemacht hat. Die Frage ist nur, ob man es dem Konzil anlasten darf, diese Erschwerungen gebracht zu haben, oder ob man nicht zu dem mutigen Bekenntnis zur Wahrheit stehen muß, die es nicht zuläßt, sich aus dem spannungsgeladenen Sowohl-Als-auch zurückzuziehen, indem man sich für einen Pol entscheidet und den anderen vernachlässigt oder gar verneint. Das Konzil hat es sich nicht geleistet, in Vereinfachungen stehenzubleiben, die der realistische Mensch unserer Zeit der Kirche ja auch nicht mehr abnehmen würde. Schließlich ist es immer noch leichter, die Meisterung des wahrheitsgemäßen Sowohl-Als-auch zu versuchen, als in der geistigen Schizophrenie zu leben, die so tut, als wäre es nur so, während das Leben beweist, daß es zum mindesten gleichzeitig auch *anders* ist . . .“

#### *Die Aufrichtigkeit des sakramentalen Zeichens*

Die katholische Sakramentenlehre habe sich, wenn auch nicht nur, so doch in besonderer Weise durch die Reaktion auf das reformatorische Sakramentenverständnis dazu drängen lassen, das Sakrament einseitig im Sinne der unfehlbar wirkenden Ursache zu deuten. Der katholische Christ freue sich der Wirksamkeit „ex opere operato“ und vergesse dabei leicht den personalen Anspruch des Sakraments als Ausdruckszeichen des Heilswillens Gottes und bereitgelegtes Antwortzeichen des Menschen. „Man hat darüber doch wohl weithin die Bedeutung des Sakramentes als Ausdruckszeichen der hingebenden Begegnung zwischen Gott und Mensch vergessen und ihre pastorale Auswertung vernachlässigt. Ein personales Ausdruckszeichen füllt sich nicht selbst mit Inhalt, und der Inhalt, den es hat, ist nicht ein für allemal wie in einem dinglichen Gefäß eingefüllt. Personale Ausdruckszeichen müssen vielmehr, wenn sie gesetzt werden, immer neu mit ihrem Inhalt gefüllt werden. Das zu tun, ist der Appell des Zeichens an die Person, die sich seiner bedient . . .“

Wer in der Kirche die Lebensfunktionen dieser Kirche mitvollzieht, beruft sich vor Gott auf Christi Heilswerk, das uns im Zeichen des Wortes und Sakramentes der Kirche in die Hand gegeben ist, damit wir es zum Ausdruck dessen machen, was in uns ist. Gerade weil im Sakrament Kirche das Opfer Christi als Ausdruck unserer Haltung vor Gott bereitsteht, deshalb ist die Hingabe der kirchlichen Gemeinde und des einzelnen in ihr des

Ankommens bei Gott absolut sicher — unter der Bedingung, daß die Aufrichtigkeit dieses Ausdrucks auch auf seiten der Menschen gewährleistet ist, das heißt, daß die menschliche Haltung dem entspricht, was der kirchliche Ausdruck sagt. Wäre dieser Ausdruck nur menschliche Symbolik, nur der Menschen eigenes Wort, so wäre eine Unaufrichtigkeit noch nicht so erschütternd. Gewiß wäre dies Lüge vor Gott, und zwar Lüge im amtlichen Gewand einer von der Kirche gesetzten Handlung, schlimm genug. Aber das eigentliche Sakrilegische liegt darin, daß die sakramentale Kirche und ihre Lebensfunktionen nicht nur durch die Stiftung Christi heilig sind, sondern sakramentales Gefäß des Opfers Christi selbst sind, also der Mensch, der äußerlich in der Kirche ist, aber innerlich Gott nicht gehören will, Christi eigene Opferhingabe an den Vater zum lügnerischen Ausdruck einer Hingabe an Gott benutzt, die zu leisten er nicht willens ist. Es ist also nicht nur die Wahrhaftigkeit unmittelbar von Person zu Person, die beim Sakrament die Disposition des Menschen anfordert. Diese personalen Zusammenhänge des Seins in der Kirche als dem das ganze Leben umfängende Sakrament, des Lebens also in der Berufung auf Christi Opfer, den Menschen darzutun, ergibt sich als die grundlegende pastorale Konsequenz der Sakramentalität der Kirche . . .“

#### *Familienseelsorge heute*

Als zweiter Redner der Tagung referierte Prof. Böckle, Bonn, zum Thema Moraltheologie und Familienseelsorge heute. Böckle ging aus von der „zentralen Frage“, wie die Kirche in die Zukunft hinein der immer stärker um sich greifenden Auflösung sittlicher Normen Einhalt gebieten könne, da heute im Alltag die verschiedensten Überzeugungen mit gleichem Geltungsanspruch auftreten, so daß mit Recht von einer Normenkonkurrenz gesprochen werden könne. Angesichts dieser Situation dürfe sich der Seelsorger nicht einfach mit der autoritativen Behauptung herkömmlicher Normen begnügen. Nur aufgrund von Einsicht könne der Seelsorger Gefolgschaft erwarten. Das im Gang befindliche ökumenische Gespräch und die Erneuerung der Theologie vom biblischen Zeugnis her, forderten eine Überprüfung der sittlichen Normen aus der Schrift. Die Bibel sei kein Steinbruch für dicta probantia der Moraltheologie. Sie sei aber auch kein Handbuch der Moral, sondern Zeugnis für Gottes Handeln am Menschen und durch den Menschen. Normative Summe der Schrift sei das Liebesgebot. Jesus habe kein neues Gesetz, sondern einen neuen Maßstab des Handelns verkündet. Das in Jesus angebotene Heil fordere ein neues Denken und Handeln. Alles, was das Neue Testament an sittlichen Weisungen enthalte, müsse von der Liebe aus verstanden und gedeutet werden.

#### *Kirche und Norm*

Der Kirche als ganzer sei es aufgetragen, in ihrem Leben und in ihrer Lehre diesen Geist zu bewahren. „Aus ihrem Glaubensverständnis heraus muß sie in ständigem Blick auf das Zeugnis der Schrift das Liebesgebot auf das Leben der Menschen in den verschiedenen Stufen kultureller Entwicklung hin auslegen und konkretisieren. Diese konkrete Anwendung ist allerdings nicht zu leisten ohne den Blick auf die Wirklichkeit des Lebens selbst. Wenn oben gesagt wurde, wer wissen will, welche konkreten sittlichen Forderungen diese Liebe an den Menschen stellt, der muß hinblicken auf die Wirklichkeit, in die er als Mensch, als Mann oder Frau, in seinem Beruf und in sei-

nen sozialen Beziehungen hineingestellt ist. Glaube, Hoffnung und Liebe wollen und müssen sich realisieren in den vorgegebenen Strukturen unseres Seins und Lebens. Damit erheben wir nicht einfach die empirische Wirklichkeit zur ethischen Norm. Das Faktische als solches ist noch nicht ethisch verbindlich. Wohl muß der Theologe die Wirklichkeit des Menschen und seiner Welt kennen, und dabei ist er auf den ständigen Dialog mit den Profanwissenschaften (Soziologie, Biologie, Medizin, Psychologie) angewiesen.

#### *Geschlechtlichkeit und Naturrecht*

Diese Wissenschaften vermögen mit ihrer empirisch-kausalen Forschung, die sich allein auf das Faktische richtet, noch kein genügendes ethisches Ordnungsbild für das menschliche Verhalten zu entwerfen. Sie leisten aber eine wichtige Voraussetzung für das richtige Sinnverständnis der strukturierten Wirklichkeit im Glauben. Die vorgefundene Wirklichkeit, in der wir leben, bedarf der Interpretation durch das vom Glauben geführte Erkennen. Dabei geht es um die Bedeutung dieser Wirklichkeit für die menschliche Person in ihrer Ganzheit, weil sie nur so sittlich relevant werden kann. In solcher Weise müssen wir mit der vom Glauben geführten Erkenntnis den Sinn und die Bedeutung der menschlichen Geschlechtlichkeit bedenken, weil sich die Liebe sinngemäß in den Strukturen einer menschlich ganzheitlichen Geschlechtlichkeit und nicht bloß in einer vom Tierreich hergeleiteten Sexualität realisieren soll. Hier stehen wir vor einer Aufgabe, die von der Moraltheologie unter Leitung des kirchlichen Lehramtes immer neu geleistet werden muß. Dabei kann man sich nicht einfach auf früher schon einmal gewonnene Einsichten stützen, etwa mit dem Hinweis, die Natur des Menschen bleibe sich ja immer gleich und stelle darum an die Liebe immer die gleichen Anforderungen. Gewiß erscheint der Mensch in seiner Geschichte immer und überall als ein Wesen, das auf Zweigeschlechtlichkeit angelegt ist. Und es ist auch unbestritten, daß die damit gegebene Beziehung der Geschlechter für das Wohl des einzelnen wie der Gemeinschaft von größter Bedeutung ist. Die Entfaltung des sozialen Lebens wie die Weiterexistenz der Menschheit sind davon in gleicher Weise betroffen und rufen darum in allen Kulturen nach einer positiven Regelung. Aber eine genauere Bestimmung der Verbindung der mit der Geschlechtlichkeit gegebenen Werte ist stark kulturgeschichtlich bedingt und läßt an sich auch verschiedene ‚vernünftige‘, d. h. sinnvolle Regelungen der geschlechtlichen Beziehungen zu. Es ist darum außerordentlich schwierig, eine präzisierte Zuordnung und aktuelle Verbindung der verschiedenen Werte als die vom Wesen des Menschen und seiner Geschlechtlichkeit her einzig gültige zu bezeichnen und damit absolut zu setzen. Wir berühren damit auch die Frage, welcher Ort und welche Bedenkung dem sogenannten ‚Naturrecht‘ in einer theologischen Ethik zukommt. Das natürliche Sittengesetz im ersten und eigentlichen Sinn ist ein unformuliertes Gesetz und besagt den im kreatürlichen Sein der freien Geistperson gründenden Sollensanspruch zur eigenen Selbstverwirklichung. Es ist die Unentrinnbarkeit, mit der wir uns selbst zur Verwirklichung zugelastet sind...“

#### *Unauflöslichkeit der sakramentalen Ehe*

Die wachsende Zahl geschiedener Ehen bedeute für den Seelsorger eine schwere Belastung. „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Ursachen dieser Erscheinung zu analysieren. Unser Problem ist die glaubhafte Verkündigung der ka-

tholischen Überzeugung von der absoluten Unauflöslichkeit der Ehe. Gerade hier stehen unsere Gläubigen in einer harten Normenkonkurrenz. Ein allgemein vages Gefühl für eine Aufweichung aller harten Forderungen durch das Konzil, verbunden mit dem Sensationsbericht über die Intervention eines ostkirchlichen Konzilsvaters zur Frage der Erweiterung des Privilegium Petrinum, taten das Ihre, um teilweise falsche Erwartungen zu wecken. Vom Gesetz betroffene und angefochtene Menschen klammern ihre Hoffnung begreiflicherweise an jeden Strohalm.“ Angesichts dieser Tatsache scheint eine alte Forderung Gebot der Stunde zu sein: „Getrennt marschieren — vereint schlagen“. „Gemeint ist ein gemeinsames Zeugnis der christlichen Kirchen für die grundsätzliche Unauflöslichkeit der christlichen Ehe. Dogmatische Grenzverwischungen sind falsch! Aber in den grundlegenden sittlichen Forderungen sind wir uns glücklicherweise einig, und hier ist ein gemeinsames Zeugnis von größter Tragweite. Wir können es uns als Christen gegenüber der säkularisierten Welt einfach nicht leisten, uns gegenseitig der Untreue gegen den Willen Gottes anzuklagen. In der Überzeugung, daß Jesus im Streitgespräch mit den Pharisäern (Mt. 19, 1—9 u. Par.) die Auflösung der ehelichen Gemeinschaft als Ehebruch taxiert, sind wir uns im Grunde alle einig. Und daß Ehebruch im sündigen Widerspruch zum Willen des Herrn steht, das ist unter den Christen der verschiedenen Konfessionen wiederum nicht strittig. Kein Scheidebrief, keine noch so legale oder legalisierte Entlassung vermag zwei ehelich verbundene Menschen aus der Verantwortung füreinander zu lösen. Dieses gemeinsame Zeugnis sollten wir zuerst und immer wieder betonen. Es ist ein Jammer, daß dieses Zeugnis zuwenig im Bewußtsein der Geistlichen und des Volkes steht, und wir uns statt dessen gegenseitig des Libertinismus oder des Legalismus zeihen.“ Gewiß seien Unterschiede da, aber man vergebe sich darum nichts, „wenn wir zugestehen, daß sich auf dem biblischen Fundament auch andere Traditionen bilden konnten.“

Jede Kirche, die ihren Heilsauftrag ernst nehme, müsse sich „auch an der Seite derer wissen, die sich der heutigen Ehe nicht gewachsen fühlen, an ihr scheitern oder der gestellten Aufgabe ausweichen. Auch wir können uns dieser Aufgabe nicht entziehen. Wir dürfen niemanden aus unserer Heilssorge ausschließen. Das verlangt, daß wir über das Gesetz hinweg an das Gewissen appellieren. Vielleicht erleben wir dann, daß wir selbst für unser Gesetz ein neues Verständnis finden. Leben weiterzugeben und zu erziehen, die als nur ihnen zukommende Sendung zu betrachten ist, wissen sich die Eheleute als Mitwirkende der Liebe Gottes des Schöpfers und gleichsam als seine Interpreten. Daher werden sie in menschlicher und christlicher Verantwortung ihre Aufgabe erfüllen und in einer auf Gott hinhörenden Ehrfurcht gemeinsam in Rat und Tat sich ein rechtes Urteil bilden... Das Urteil müssen die Eheleute letztlich selbst fällen.“ (Abschnitt 50)...

#### *Die praktischen Normen*

In dieser Gewissensüberlegung lasse aber das Konzilsdekret die Gatten nicht ohne jede Hilfe. Es werde deutlich gesagt, die Sittlichkeit des Tuns sei, „wenn es darum geht, eheliche Liebe mit der verantwortungsvollen Übertragung des Lebens zu verbinden, nicht allein von der aufrichtigen Absicht und Bewertung der Beweggründe her zu bestimmen, sondern von objektiven Kriterien, die sich aus der Natur der menschlichen Person

und ihrer Akte ergeben. Diese Kriterien wahren den ganzen Sinn gegenseitiger Hingabe und die Erzeugung von Nachkommenschaft zusammen mit wahrer Liebe. Das kann nicht geschehen ohne ernstliche Pflege der Tugend der Keuschheit.“

„Damit sind die Grenzen abgesteckt, innerhalb derer eine konkrete Lösung gesucht werden muß. Das Konzil verweist genau auf den Grundsatz, den wir von Anfang an als eigentliches sittliches Grundprinzip bezeichnet haben: Die Liebe verlangt, wie in allen Bereichen, so auch in der Geschlechtlichkeit, den Respekt vor der Würde der Person und den Anforderungen der Sache selbst. Wäre es nicht so, so würde die Liebe zu einem leeren Begriff, und der Liebende täuschte sich selbst. Was ist nun aber der Sinn der Sache?

a. Der einzelne Akt muß als ein integrierender Teil des ehelichen Liebeslebens gesehen und beurteilt werden. In der konstitutionell nichtperiodischen Zweigeschlechtlichkeit des Menschen liegt geradezu einer der naturalen Daseinsgründe der Ehe als Institution. Die menschliche Geschlechtlichkeit will keine Promiskuität, sondern Gattengemeinschaft. Der Gattengemeinschaft hat jeder Akt zu dienen, und im Gesamt dieser Gemeinschaft zielt er auch auf eine ehgemäße Fruchtbarkeit. Die Fortpflanzung kann und soll nicht mit jeder Hingabe verbunden sein. Der einzelne Akt soll diesem Ziel im gesamten einer verantwortungsbewußt gelebten Ehe dienen. Vom Ganzen her partizipiert auch jeder einzelne Akt an der ehelichen Fruchtbarkeit ohne Rücksicht darauf, ob physiologisch die Fortpflanzungsmöglichkeit hier und jetzt auf irgendeine Weise ausgeschlossen ist. In solcher Ganzheitsbetrachtung kann die Lenkung der physiologischen Fruchtbarkeit nicht im Gegensatz zur fruchtbaren Entfaltung der menschlichen Liebe gesehen werden. Es gibt durchaus eine legitime Trennung der Konzeption vom ehelichen Vollzug ohne Verletzung des Gesetzes der Fruchtbarkeit ehelicher Liebe in ihrer Gesamtheit.

#### *Personale Begegnung*

b. Der einzelne Hingabeakt muß auch als menschlicher Ganzheitsakt gesehen und beurteilt werden. Es handelt sich dabei immer um die personale Begegnung zweier Menschen in der Einheit von Geist, Seele und Leib. Gerade um dieser Einheit und Ganzheit willen ist die Integrität der menschlichen Begegnung von großer Bedeutung. Hier glauben viele Autoren, ein neues Kriterium für den wahrhaft liebenden Vollzug der Geschlechtlichkeit zu finden. Sie sehen in der Integrität der leiblichen Einigung nicht nur ein Postulat der Vollkommenheit des Ausdrucks, sondern die unabdingbare Ausdrucksform selbst. Sie glauben, daß die eheliche Hingabe nur unter Kriterien der Ganzheitlichkeit und Unmittelbarkeit seinsgerecht vollzogen werden könne. Es gibt auch ernste Bedenken, ob damit nicht wiederum ein bestimmter Aspekt verabsolutiert und eine gewisse äußere ‚Natürlichkeit‘ zum Kriterium erhoben würde. Vor allem aber befürchtet man eine erneute und nicht sehr glückliche Kasuistik der Methoden. Man weist darauf hin, daß schließlich jede Methode der Empfängnisregelung — die bis anhin erlaubte Zeitwahl nicht ausgenommen — so oder so in die psychophysische Integrität des Aktes eingreife und auch von den Liebenden entsprechend empfunden werde. Die eigentliche Askese der ehelichen Liebe liegt primär nicht im Verzicht auf die

geschlechtlichen Beziehungen, sondern in dem unablässigen Bemühen, sie zu einem immer erfüllteren Ausdruck der gegenseitigen Liebe werden zu lassen. Dies fordert ein tägliches kleines Absterben im egoistischen Verlangen und ist, aufs Ganze gesehen, vielleicht ebenso schwer wie ein eheloser Totalverzicht. Ja, die Aufgabe ist so gewaltig groß, daß sie menschliches Vermögen übersteigt und nur in der Kraft der Ehegnaden vollzogen werden kann.“

#### **Die Podiumsdiskussion**

Die an die Referate von Semmelroth und Böckle anschließenden Podiumsdiskussionen unter der Leitung des Würzburger Pastoraltheologen Heinz *Fleckenstein* und des Mainzer Weihbischofs *Reuß* waren beherrscht von einem Katalog von Fragen zur pastoralen Seite der Sakramentspendung (Kindertaufe, Konversion, Firmung usw.) und den Problemen der Mischehe und der Ehemoral im Zusammenhang mit dem Fragenkomplex Geburtenregelung. Zur Sprache kam auch die Dringlichkeit eines systematischen und einführenden Brautunterrichts, weil die Frage der sakramentalen Wahrfähigkeit der Ehe schon vor und bei der Eheschließung beantwortet werde.

Fleckenstein wandte sich gegen eine rein kanonistische Verwaltung des Ehesakramentes. Die pastorale Eigenverantwortung könne dem Seelsorger dabei nicht abgenommen werden. Heftige Kritik wurde von seiten der Seelsorger an der jüngsten Mischeheninstruktion der Glaubenskongregation geübt. Es sei zu bedauern, daß vor dem Erlaß der Instruktion und ihrer Ausführungsbestimmungen der Seelsorgsklerus nicht zu Rate gezogen wurde. Die Brautpaare, die solche Ehe eingingen, erwarteten vom Priester zu Recht, daß der Priester ihnen mit lebendiger Sorge begegne und nicht als Funktionär auftrete. Alle störenden Faktoren zweitrangiger Art müßten überwunden werden. Die Ausführungen von Böckle fanden unter den ca. 500 anwesenden Geistlichen allgemeine Zustimmung. Weihbischof Reuß, Mainz, der die Podiumsdiskussion nach dem Referat von Böckle leitete, behandelte in Ergänzung zum Referat von Böckle zwei entscheidende Gesichtspunkte für die gegenwärtige Stellung der Kirche angesichts der Erneuerung der Ehemoral: Man müsse mit der Unsicherheit in der gegenwärtigen Zwischensituation, die seit der Einberufung der Päpstlichen Kommission für Ehe und Familienfragen und in Erwartung einer päpstlichen Entscheidung herrsche, fertigwerden. Zugleich warnte Weihbischof Reuß, das Problem der Geburtenregelung innerhalb der Ehemoral gewissermaßen zu isolieren. Man dürfe die Ehe nicht in erster Linie vom ehelichen Akt her beurteilen, sondern vom Alltag der Ehe, den es zu bestehen und zu bewältigen gelte. In einer ganzheitlichen Sicht der Ehe und Familie sei Geburtenregelung nicht nur erlaubt, sondern unter Umständen verpflichtend. Es bestehe jedoch kein Zweifel, daß jeder willkürliche und egoistische antikonzepzionale Eingriff unerlaubt sei. Gegenüber den Ausführungen von Weihbischof Reuß forderte Erzbischof Schneider von Bamberg sehr ausdrücklich die Geltung der Aussagen von *Casti connubii* und Pius' XII. für die pastorale Praxis. Gegenüber diesem Einwand machte Weihbischof Reuß geltend, der bisherige Fortschritt der Arbeiten innerhalb der Päpstlichen Kommission für Ehe- und Familienfragen lasse die Diskussion der von ihm vertretenen Erklärung zu.

## Der feierliche Abschluß

Die Abschlußfeiern des Katholikentages in Bamberg begannen um 9.50 Uhr morgens mit einem vom Apostolischen Nuntius, Erzbischof Corrado Bafile, in Konzelebration mit mehreren deutschen Geistlichen gefeierten Gottesdienst auf dem Bamberger Domplatz. An diesem Hauptgottesdienst des Katholikentages nahmen wie auch auf der Abschlußkundgebung des Nachmittags etwa 30 000 Katholiken teil. Der größere Teil von ihnen kam aus der Umgebung Bambergs und den Nachbardiözesen. Dieser Gottesdienst und die Abschlußkundgebung des Nachmittags blieben die einzigen Großkundgebungen des Katholikentages, da auch bei den großen öffentlichen Veranstaltungen der vergangenen Tage, z. B. bei der Eröffnungskundgebung und bei den Referaten von Ratzinger und Bischof Kunst, die Teilnehmerzahl 5 000 nie überstieg wurde. In seiner Predigt während der Konzelebrationsmesse erinnerte Erzbischof *Schneider* noch einmal an die mit der inneren Erneuerung der Kirche verbundenen Gefahren und an die „Glaubensversuchung der Christen unserer Tage“. In der großen Öffentlichkeit würde der göttliche Charakter der Kirche totgeschwiegen. Zugleich sprach der Bamberger Erzbischof von den neuen Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Hierarchie und Laien innerhalb der Kirche nach dem Konzil. Die Begriffe „lehrende“ und „hörende“ Kirche seien nun aus einem einseitigen und allzu engen Verständnis gelöst. Innerhalb des vom Konzil vermittelten gemeinschaftsförmigen Kirchenverständnisses lasse sich das Miteinander und Zueinander von Laien und Hierarchie leichter verwirklichen. Laien und Priester erkannten sich nun deutlicher als das eine Volk Gottes, das als Ganzes an der gleichen Sendung mitwirke.

### Die Ansprache Kardinal Döpfners

Zur Abschlußkundgebung des Nachmittags versammelten sich nochmals ca. 30 000 Katholiken auf dem Domplatz. Bundesrichter Prof. Geiger eröffnete die Kundgebung. Die Höhepunkte dieser Schlußveranstaltung waren die Ansprache Kardinal *Döpfners*, das zusammenfassende Schlußreferat von Prof. Otto B. *Roegele* und die Botschaft Papst Pauls VI. Kardinal Döpfner gab nochmals eine Interpretation des Leitwortes des Katholikentages und schilderte die Lage des deutschen Katholizismus nach dem Konzil, die Möglichkeiten der Erneuerung, die Gefahren und Hemmungen, die es zu überwinden gelte. Ähnlich wie Petrus nach der erfolglosen Nacht vor dem reichen Fischfang hätten auch wir Einwände und sähen Schwierigkeiten. Auf Grund unserer menschlichen Erfahrungen schreckten wir zurück, da uns Übermenschliches aufgetragen sei. Aber der Befehl des Meisters stoße alle Einwände zur Seite.

Anfang, Mitte und Ziel der kirchlichen Erneuerung sei der Glaube, der auf Christus setzt: „der Glaube, der die grübelnde, selbstsichere Vernunft dem Worte Gottes unterwirft; der Glaube, der unsere Armseligkeit in das erbarmende Heil des Erlösers legt; der Glaube, der zur Nachfolge des Gekreuzigten führt“. Alle Ergebnisse des Konzils: die Erneuerung der Liturgie, die Verbesserung der kirchlichen Rechts- und Lebensordnung, die Reformen in Priesterausbildung und Ordensleben, die Verlebendigung des Laienapostolates, der Dialog mit der Welt; all das greife ins Leere, bleibe unfruchtbar, wenn nicht der ganze Aufbruch aus einem tieferen Glauben

wachse und zu einem Glauben führe, der in der Liebe fruchtbar werde. „So ist das eine und letztlich einzige Anliegen dieser Stunde, daß Gottes Wort durch die Kirche von Deutschland laufe und in uns fruchtbar werde. Heilige müssen wir werden — aber glaubwürdig für unsere Zeit und inmitten unserer Umwelt. Frömmer müssen wir werden — aber in allen Bereichen unseres Lebens. Größer muß unsere Liebe werden, im Blick auf den Herrn, der uns zum Kreuze ruft, und auf jene, die an den Wegen eines jeden Tages auf uns warten.“

### *Wagemut des Glaubens*

Im Wagemut des Glaubens habe sich die Kirche zu einer abenteuerlichen Ausfahrt auf die hohe See begeben. In vielen Fragen habe man kühne Entwürfe oder Ansätze einer künftigen kirchlichen Wirklichkeit entwickelt, daß niemand sagen könne, wie die endgültigen Auswirkungen des Konzils einmal aussehen würden. Dem aufmerksamen Beobachter könne nicht entgehen, daß das Konzil „in seinen Auswirkungen doppelsichtig, ambivalent“ sei; unter Berufung auf das Konzil würden oft unberechtigterweise Erneuerungen vorgeschlagen oder versucht, die zur Selbstauflösung der Kirche führen müßten, wenn sie sich durchsetzten. Man habe sich in Bamberg die Frage gestellt, ob diese Öffnung der Kirche zur Selbstaufgabe, das „aggiornamento“ zu einem verspäteten Modernismus, der Dialog zu einer unterschiedslosen, schwächlichen Allerweltsverbrüderung führe. Aber das Leitwort „Auf Dein Wort hin“ stoße uns hinein in die Stunde der Geschichte, lasse uns aber zugleich feststehen im Worte Gottes, verwurzele uns in der Kirche, mahne zur Treue, rate zur Unterscheidung und fordere Geduld. „Gerade weil wir“, erklärte Kardinal Döpfner unter Hinweis auf ein berühmtes Wort Pauls VI., „uns neu dem ewig gültigen Worte Gottes stellen, und zwar in der Kirche und ihrer lebendigen Überlieferung. Eben darum wirkt in uns ‚die Furcht vor überlebten Gewohnheiten, vor lähmender Rückständigkeit, vor unverständlichen Formen, vor unpersönlicher Distanz oder unbewußter oder uneingestandener Unkenntnis neuartiger menschlicher Phänomene.“ Wir entwichen nicht auf ruhige Ufer, sondern stellten uns den Anfechtungen und Anforderungen unserer Zeit in einem um so stärkeren Vertrauen in die ewig junge Fruchtbarkeit und Aktualität des Evangeliums. Für jetzt ergebe sich „die scheinbar widersprüchliche und doch unlösbar zusammengehörende, doppelte Stoßrichtung des christlichen Lebens: das mutige Zupacken und zugleich das kritische Urteil aus der Schau des Glaubens“. Nicht naiver Optimismus und Weltförmigkeit, nicht ängstlicher Pessimismus und Weltflucht, sondern gläubiger Realismus und Weltverantwortung laute die Devise. Kardinal Döpfner erinnerte an die fundamentale Pflicht aller Christen zu apostolischer Tätigkeit, ein noch so frommes „rette deine Seele“ genüge nicht.

### *Nichts überspringen*

Das Zweite Vatikanische Konzil habe den Blick geöffnet für die Kirche als Brudergemeinde und als Volk Gottes. „Jede Zelle der Kirche, die Diözese, die Pfarrei, jeder katholische Verband, jede lose Gruppe und vorübergehende Begegnung ist nur insoweit wahrhaft Kirche, als sie lebendige Gemeinschaft in Christus wird.“ Alle Erneuerung der Kirche müsse hier ansetzen. Sonst bleibe sie unfruchtbar und komme „über gekünstelte, krampfhaft Versuche nicht hinaus“. Wenn das Konzil ernst genommen werde, so würden „unsere Verbände und Einrich-

tungen in den Aussagen des Konzils nicht um jeden Preis nach Selbstbestätigung suchen“, sondern sich der „redlichen Kritik aus Glaubenseinsicht“ stellen. Aber auch Döpfner nahm die Verbände in Schutz: es wäre töricht und gänzlich verfehlt, aus dem Konzil zu folgern, die organisierten Formen des Apostolats und die katholischen Verbände seien überholt. „Aber es bedarf neuer Kraftfelder, mancher innerer Umpolung, des mutigen Entschlusses, veraltete Formen aufzugeben und es mit neuen zu versuchen. So wird jegliche Enge eines organisierten Katholizismus aufgesprengt, es wird Raum für jeden einzelnen, der in einer Gemeinde der Kirche lebt und für seinen persönlichen Anteil am heiligen Dienst der Kirche.“ Eine solche gelebte Gemeinschaft könne sich dann „fruchtbar weiten hin zu den Brüdern in Christo, die nicht zur katholischen Kirche zählen, und hin zu allen Menschen, die uns als Nächste begegnen, welcher weltanschaulichen Einstellung sie auch sein mögen“. Kardinal Döpfner schloß seine Ansprache mit der Warnung, nicht in einer „enthusiastischen Weltverbrüderung“ die „nächste Gemeinschaft“ zu überspringen und „den Mutterboden der kirchlichen, der katholischen Bruderschaft“ verrotten zu lassen. Nur aus der bergenden Kraft der Kirche könne man den Weg in die Weite wagen.

### Die Bilanz von Prof. Roegele

Den eigentlichen Höhepunkt der Schlußkundgebung bildete das Referat des Münchner Ordinarius für wissenschaftliche Publizistik, Prof. Otto B. Roegele. Ihm fiel die keineswegs beneidenswerte Aufgabe zu, aus dem Verlauf des Katholikentages, dem Vielerlei an Referaten und Diskussionsbeiträgen eine vorläufige Bilanz zu ziehen. Roegele erklärte einleitend, seit dem Katholikentag in Mainz 1948 habe es keinen Katholikentag gegeben, der in seiner Arbeit so sehr geprägt gewesen sei von der drängenden Sorge, „ob wir auf dem rechten Wege sind, von der Infragestellung des Bestehenden — bestehender Ziele, Verhaltensweisen und Methoden, von dem Suchen nach neuen Möglichkeiten und Prioritäten“. Er beschwor nochmals den geschichtlichen *genius loci*, den Glanz, das Elend und den Anspruch einer langen Geschichte, „die an kaum einem anderen Ort Deutschlands so eindringlich spricht wie hier“. Der Katholikentag von Bamberg habe „mit den Kräften, die ihm gegeben waren, um die rechte Erkenntnis gerungen, redlich, offen, mutig, ohne falsche Schonung und Rücksicht“. Wer nach Bamberg gekommen sei, um den deutschen Katholizismus in der alten fränkischen Kaiserstadt glanzvolle „Heerschau“ halten zu sehen oder eine „Generalstabskonferenz“ zu erleben, auf der eine künftige Marschroute festgelegt worden sei, werde enttäuscht nach Hause fahren müssen. Das Ergebnis lasse sich nicht auf eine kurze Formel bringen. Dazu sei es zu vielgestaltig und zu reichhaltig gewesen. Es habe alles zugleich enthalten: kritische Selbstprüfung, Standortbestimmung, Begegnung mit dem Konzil, mit der Forderung nach Kirchenreform, mit der Ökumene. Vor allem sei der Katholikentag konfrontiert worden mit den „ungeheuren Aufgaben und den eigenen, oft so unzulänglichen Kräften und Möglichkeiten“.

### *Katholikentag der Unruhe*

Unter drei Gesichtspunkten faßte Roegele Atmosphäre und Ergebnis zusammen. Es sei ein Katholikentag der Unruhe, des Dialogs und der Neuorientierung gewesen. Als Hauptgrund für die innere Unruhe, die den deut-

schen Katholizismus erfaßt habe, bezeichnete Roegele das Mehrwissen „von uns und der Welt, in der wir leben“; die unheimliche Ausweitung unseres Informationshorizontes drinnen und draußen, das vermehrte Wissen darum, wo unser Versagen, unsere Schwächen und unsere Versuchungen liegen; die vollständige Erkenntnis dessen, was wir eigentlich leisten müßten und das kritischere Verhalten gegenüber uns selbst; die geringere Übereinstimmung unserer Ziele und die geringe Sicherheit in der Verfügung über unsere Mittel, die fehlende Gewißheit in der Abgrenzung zwischen dem Absoluten und dem Relativen, dem Unbedingten und dem Bedingten, dem Bleibenden und dem Vorübergehenden. Offene Aussprache habe es auch auf früheren Katholikentagen gegeben, aber sie habe noch nie eine so beherrschende Rolle gespielt wie jetzt. Für manchen Beobachter sei dadurch ein verwirrendes Bild entstanden, und man habe die Diskussionsfreudigkeit vielfach fälschlich als Ursache der Unruhe angesehen. In Wirklichkeit handele es sich dabei um einen Vorgang, der bereits „ein Stück Anverwandlung des Konzilsgeistes“ bedeute. Die Kirche des Gottesvolkes sei keine stumme Kirche, zu ihren wichtigsten Lebensvorgängen gehöre der „häusliche Dialog“. Dieser möge holperig und ein wenig stockend verlaufen sein, aber entscheidend sei, daß er in solcher Breite und Offenheit begonnen wurde.

### *Neuorientierung . . .*

In Bamberg habe sich gezeigt, daß „sowohl die innerkirchlichen wie die Weltaufgaben der deutschen Katholiken nur zu bewältigen sind, wenn sie nach dem Durchgang durch alle unerläßlichen Infragestellungen eine neue Klarheit über Ziele und Methoden herausbildet, wenn nach allen Aus-einander-setzungen eine neue Solidarität entsteht, wenn sich nach aller Kritik an Nebenerscheinungen und Unzulänglichkeiten des Organisatorischen, des Verbandswesens, auch des Zentralkomitees und der Delegiertenversammlung, eine neue Bereitschaft einstellt, die eigenen besten Kräfte zu investieren in gemeinsamen Unternehmungen im Dienste des Ganzen“. Gerade wenn die Katholiken keine Privilegien für sich in Anspruch nehmen wollten und ihr Vertrauen weniger auf Institutionen als auf Personen und Gruppen setzten, gerade dann müßten sie jenseits von allem internen Wenn und Aber schließlich zu gemeinsamer Aktion kommen, „gegebenenfalls mit verteilten Rollen“. Unruhe sei heilsam, sie ersetze aber kein Programm.

In acht Punkten hielt Roegele fest, was sich nach seiner Meinung als Ergebnis der Aussprachen in den verschiedenen Diskussionen und Arbeitskreisen niedergeschlagen habe „nicht in der Vollständigkeit und Worttreue eines Protokolls, sondern in der um Redlichkeit bemühten Wiedergabe eines subjektiven Eindrucks“.

1. Die deutschen Katholiken fühlten sich heute nicht in erster Linie deshalb verpflichtet, alle ihre Kräfte für den Aufbau einer gerechten, freiheitlichen und friedlichen Welt einzusetzen, weil sie dabei für sich und ihre Kirche bessere Positionen oder mehr Einfluß gewinnen möchten, sondern deshalb, weil sie glauben, daß sie dies dem Ganzen der Menschheit schuldig seien, daß Staat und Gesellschaft ihrer Mitarbeit dringend bedürftigen, daß unser Volk den Beitrag brauche, den sie und nur sie leisten könnten.

„Das ist eine Neuorientierung, die alles andere als einfach ist und die nicht wenig zu der inneren Unruhe beiträgt, die hier zu spüren war. Sie hängt zusammen mit der Wandlung, die das allgemeine Verständnis von Staat

und Gesellschaft durchmacht, und ist in ihrer Wirkung keineswegs auf die Katholiken begrenzt. Der Staat ist für uns nicht mehr der festgefügte, selbstherrliche, seine Zwecke selbst setzende Staat von einst, der die Menschen als seine Untertanen betrachtet und entsprechend über sie verfügte. Der heutige Staat, unser Staat, ist von der Gesellschaft nicht ablösbar, er versteht sich vielmehr als ihr Sachwalter und empfängt von ihr seine Aufträge. Er ist so gut und so schlecht wie die Menschen, die ihn tragen und für die er da ist. Er ist so stark und so schwach wie die gesellschaftlichen Gruppen, die in ihm vereinigt sind und die in ständigem Wettstreit miteinander um seine Ausgestaltung und um die Zustimmung seiner Ziele ringen.“

Das bringe es mit sich, daß die Gruppen und Kräfte der Gesellschaft nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet seien, sich an diesem beständigen Ringen zu beteiligen, das Ihre dazu zu tun, damit sich im Laufe des Prozesses der Meinungs- und Willensbildung ein gemeinsamer Wille auch tatsächlich entwickle. Es sei klar, daß eine solche Sicht der Dinge den Dienst am Ganzen den Vorrang einräumt vor der Wahrung der eigenen Interessen und Belange, obschon diese ihre Berechtigung durchaus behielten.

#### *... und Kontinuität der Entwicklung*

2. Die katholische Kirche habe sich in den letzten hundertundfünfzig Jahren gegen mancherlei Gegnerschaft durchsetzen müssen, sie habe mehr als einmal die Freiheit aller mitverteidigt, wenn sie ihre eigene Freiheit behauptete, und sie habe für die geschichtlichen Erfahrungen, die sie dabei sammeln konnte, teures Lehrgeld bezahlt. Niemand könne wünschen, daß diese Erfahrungen in Vergessenheit geraten. Niemand dürfe die Opferbereitschaft und die Selbstlosigkeit gering achten, die frühere Generationen aufgebracht haben, um die Lebensrechte der Kirche zu schützen, auch wenn heute oft über eine gewisse Enge geklagt werde, die damals das Wachstum der Kirche und ihre Beziehung zur Zeit behindert hat.

Daher gebe es einen zweiten Punkt, über den Einverständnis festgestellt werden kann: „Die Neuorientierung, die wir vorzunehmen haben, kann nur gelingen, wenn die Kontinuität der Entwicklung nicht abreißt. Wir müssen das Kunststück fertigbringen, auf dem gleichen Platz ein neues Haus zu bauen, ohne das alte abzureißen, weil wir ja noch darin wohnen und in ihm tätig bleiben wollen. Denn was von uns verlangt wird, ist Reform, nicht Umsturz. Und solange wir in alle unsere neuen, kühnen und weitgespannten Unternehmungen nicht die gleiche Tatkraft und Treue eingebracht haben wie unsere Väter in die ihrigen, wollen wir vorsichtig sein mit unserer Kritik und geduldig mit denen, die manchem skeptisch gegenüberstehen, was heute gefordert und getan wird.“

#### *Der Laie im Mittelpunkt*

3. Die Schlüsselfigur in diesem Geschehen sei der Laie, die „christliche Welperson“, die Frau und der Mann in Beruf, Familie, öffentlichem Leben. Ob es um Fragen der Bildung, der Politik, der Wirtschaft gehe, dem Laien habe das Konzil den größten und schwierigsten Teil der Weltaufgaben der Kirche zugesprochen. „Er handelt in der Welt als Bürger des Gottesvolkes, nicht als verlängerter Arm von Hierarchie und Klerus, sondern kraft eigener Sendung, auf eigene Rechnung und Gefahr. In Bamberg hat es sich gezeigt, daß diese Weisungen des Konzils bei uns in ihrer Grundrichtung verstanden und aufgenommen

men werden; daß die Laien bereit sind, ihren Platz in der Welt auszufüllen, und daß die Bischöfe bereit sind, dies nicht nur zu dulden, sondern zu fördern und voranzutreiben. Wo Unklarheit besteht, bezieht sie sich nicht auf das Grundsätzliche des Vorgangs, sondern auf neue Formen und Methoden der Zusammenarbeit und der Teilung von Verantwortung; außerdem gibt es ein erschreckendes und eigentlich unverständliches Defizit an reiner Information: die Konzilstexte sind in ihrem Wortlaut noch heute weithin unbekannt — ein dringender Hinweis für Predigt, Katechese und Bildungsarbeit der Verbände.“

Der Geist des Konzils, aus dem die Laienarbeit der Zukunft entwickelt werden müsse, sei im deutschen Katholizismus nicht umstritten. „Die starken Spannungen, die z. B. im französischen Katholizismus am Werk sind, scheinen uns erspart zu bleiben, damit freilich auch die Tiefenwirkung, die nur durch kämpferische Aneignung erreicht wird.“ Um so wichtiger sei es, ohne Zögern und Schüchternheit den Weg konsequent weiterzugehen, den die katholische Bewegung vor mehr als hundert Jahren beschritten habe und auf dem die Katholikentage eine so wichtige Rolle spielten.

#### *Ökumenischer Fortschritt*

4. Zu den Übereinstimmungen, die in Bamberg hervorgetreten sind, gehöre ferner der Wille, mit den Richtlinien des Ökumenismus-Dekretes Ernst zu machen. Auch hier sei der deutsche Boden nicht unvorbereitet, und spätestens seit der Zeit des nationalsozialistischen Kirchenkampfes gehöre es zu den Grundüberzeugungen in unserem Volk, „daß es für Deutschland besser ist, wenn die Christen beider Kirchen zusammenarbeiten, als wenn sie sich streiten oder beziehungslos nebeneinander stehen“. Wer es miterlebt habe, wie ein evangelischer und ein katholischer Theologe an zwei Abenden zum Ertrag des Konzils Stellung genommen und dabei ein großartiges Beispiel der zweiten uns aufgegebenen Form des Dialogs, des ökumenischen Dialogs, gegeben haben, der wird dieses Erlebnis nicht so rasch aus seiner Erinnerung tilgen können. In Bamberg habe nicht nur erstmals auf einem deutschen Katholikentag ein evangelischer Bischof gesprochen, es habe sich vielmehr ein ökumenisches Ereignis zugetragen, wie es in dieser Form noch vor wenigen Jahren nicht denkbar gewesen wäre.

Das Konzil habe zwar bei seinen ökumenischen Beschlüssen zu einem wesentlichen Teil auf deutschen Erfahrungen und Vorarbeiten aufgebaut, aber es habe hier wie auf anderen Gebieten unsere Positionen um ein gutes Stück überholt. „Wir haben in der Regel nur dort eine Zusammenarbeit der Konfessionen gesucht, wo wir wußten, daß jede für sich zu schwach bleiben würde, um das angestrebte Ziel zu erreichen, wo eine Zusammenfassung der Kräfte allein den Erfolg ermöglichte. Das Konzil verlangt nun von uns, daß wir überall aktiv zur Zusammenarbeit streben, wo die Unterschiede der Glaubenslehre sie nicht unmöglich machen. Das erfordert eine gründliche Überprüfung unserer Taten und Unterlassungen, und die Leidenschaft der spontanen Zustimmung, die auf diesem Katholikentag stets aufbrach, wenn von der Zusammenarbeit der Konfessionen die Rede war, läßt hoffen, daß hier ohne Zaudern vorangegangen wird...“

5. Aber noch ein anderes Ereignis habe sich zugetragen: Erstmals sei ein Dialog mit dem jüdischen Volk versucht worden, und auch hier habe sich gezeigt, wiewohl auf eine stillere, verhaltendere Weise, daß die Pioniere, die dieses

Neuland in opfervollem Alleingang erschlossen haben, im Kirchenvolk auf Dankbarkeit, Zustimmung und eine mehr als nur äußere Nachfolge zählen dürfen. „Daß der Versuch des Bamberger Katholikentages, das Wort des Konzils an das jüdische Volk aufzunehmen, nicht ein monologischer Versuch bleiben mußte, daß es aufgenommen und erwidert wurde durch einen Vertreter dieses Volkes“, sei eine der großen Ermutigungen.

#### *Versöhnung mit Polen*

6. Es habe auf diesem Katholikentag noch ein weiteres Stichwort gegeben, „das regelmäßig starke Emotionen hervorrief“: „Polen“. Nicht anders als gegenüber dem Judentum sei die innere Lage der Deutschen auch gegenüber dem polnischen Volk gekennzeichnet „durch das Bewußtsein schwerer Schuld, durch die Bitte um Vergebung und durch den Willen zur Versöhnung“. Viele täten sich „noch schwer, frei aus sich herauszugehen und die Hand, die sie gerne reichen möchten, ohne ausdrückliche Aufforderung auszustrecken“.

Die Stimmen, die zum Thema Polen auf diesem Katholikentag laut geworden seien, und das Echo, das ihnen aus dem Publikum antwortete, seien Beweise dafür, daß das katholische Volk seinen Bischöfen in dieser Sache aufrichtigen Dank wisse und sie nicht allein lassen wolle. Eingedenk aller Schwierigkeiten auf beiden Seiten, vor allem eingedenk der Tatsache, daß durch keine unbedachte Handlung die Haut anderer zu Markte getragen werden dürfe, wünschten die deutschen Katholiken dringend, daß von unserer Seite alles getan werden möge, um die Voraussetzungen für eine Versöhnung mit Polen zu schaffen. Wie es im Westen gelungen sei, Erbfeindschaft in Freundschaft zu verwandeln, „durch unsere eigene Anstrengung, durch eine weitschauende Friedenspolitik“, der man das Prädikat „christlich“ schwerlich werde versagen können, aber auch durch die großmütige Bereitschaft der Gegenseite, „so sollte es auch im Osten eines Tages möglich sein, das Vergeltungs-Karusell zum Stehen zu bringen und Versöhnung an die Stelle von Haß zu setzen“.

#### *Der Friede*

7. Über einen weiteren Punkt habe in Bamberg Einvernehmen bestanden. Die Christen in der ganzen Welt fühlten sich verpflichtet, für den Frieden zu wirken. Für uns Deutsche gelte dies in ganz besonderem Maße, „denn mitten durch unser Volk verläuft der mit Blut gezeichnete Trennungsstrich, der ja nicht nur Deutschland teilt, sondern ganz Europa, die ganze Welt“. Daß Friede nicht dasselbe sei wie Nicht-Krieg, daß Friede nicht passiv abgewartet werden könne, sondern durch aktives Tun herbeigeführt und erhalten werden müsse, daß Friede, Gerechtigkeit und Wahrheit unzertrennlich zusammengehörten, daß es Frieden nicht geben könne ohne Respektierung der Menschenrechte, diese Erkenntnisse seien der Ausgangspunkt gewesen für Überlegungen, was hier und jetzt im Dienste des Friedens getan werden könne. „Dabei war klar, daß das Wirken für den Frieden ein Musterbeispiel für die Anwendung des ökumenischen Prinzips darstellt, daß es die Zusammenarbeit der Konfessionen geradezu herausfordert. Beide Kirchen stehen vor dem gleichen Auftrag des Meisters, beide wissen von dem Unterschied zwischen dem Frieden der Welt und dem Frieden, den die Welt nicht geben kann, und beide haben die bittere Erfahrung machen müssen, daß kaum ein Wort so mißdeutet, so mißbraucht, so ‚umgedreht‘ werden kann wie das Wort Friede.“ Beide Kirchen stünden

somit vor der Notwendigkeit, ihre Friedensarbeit intensiv voranzutreiben und sie zugleich abzusichern gegen einen planvollen Mißbrauch, der nicht nur den Begriff Friede in sein Gegenteil verkehre, sondern das Bekenntnis des Christen zum Frieden als Waffe gegen das Christentum wende. Hier wie bei der Einübung des Dialogs in seinen verschiedenen Formen steht man erst an einem Anfang, „und wir blicken voll Sympathie und Interesse auf die Arbeit des nächsten Evangelischen Kirchentages, der sich das Friedensthema vorgenommen hat“. Der Bamberger Katholikentag habe in der Sowjetzone eine sehr schlechte Presse gehabt. Man habe ihn verdächtigt und beschimpft, bevor er überhaupt eröffnet war. „Wir sind den staatlichen Presselenkern drüber dennoch dankbar, denn auf diese Weise haben die Zeitungsleser in der Zone doch wenigstens von der Tatsache dieses Katholikentages erfahren, vom Termin, vom Ort, vom Thema, von einigen Namen derer, die daran mitwirkten. Wir wissen, daß die Katholiken in der Zone, Bischöfe und Laien, genauso wie hier, sich bemühen um die Aneignung des Konzils. Und wir wissen, daß jetzt viele am Radio und am Fernsehgerät mitverfolgen, was hier geschieht. Wir haben mehr als einmal, zuletzt gestern, während der nächtlichen Bittprozession, ihrer gedacht, und wir sagen ihnen auch jetzt unseren Gruß aus der Stadt Heinrichs II., der alles einschließt, was wir an Trauer und Hoffnung mit ihnen empfinden — auch an Zuversicht, denn in der geheimnisvollen Ökonomie der Leidensgeschichte der Christenheit gibt es kein vergebliches Opfer, sondern nur dunkle Wegstrecken, auf denen uns der Sinn des Ganzen verborgen bleibt.“

Roegele gab auch einige Hinweise auf die Delegiertenversammlung. Die 500 Delegierten der 70 Organisationen, die das Zentralkomitee der deutschen Katholiken bilden, hätten in dreitägiger Beratung ein großes Programm absolviert. Sie hätten, „während in der intellektuell bewegten Luft der Arbeitsversammlungen und Akademiegespräche die prinzipiellen Probleme erörtert wurden, den harten Boden der Tatsachen beackert und Resolutionen und Beschlüsse gefaßt. Bei der Gelegenheit erinnerte Roegele an die Empfehlung, die am Tag der Gastarbeiter an den Katholikentag gerichtet worden war, im Namen der europäischen Solidarität in den Gastarbeitern nicht bloß nützliche Mitarbeiter zu sehen, sondern auch Menschen in ihrer personalen Ganzheit, die auch religiöse, kulturelle und gesellschaftliche Bedürfnisse hätten. „In der Tat — der Nächste aus dem Evangelium, wo könnte er uns näher sein als hier, wo wir täglich an ihm vorbeigehen?“

#### *Die Botschaft bleibt hart*

Was sich in Bamberg, in der Geborgenheit einer alten, unzerstörten, erinnerungsreichen Stadt, abgespielt habe, sei eine aufregend neue Erfahrung gewesen. Der „häusliche Dialog“ sei in solcher Breite und Lebhaftigkeit in Gang gekommen, daß man schon daraus auf seine Unentbehrlichkeit schließen könne. Der „ökumenische Dialog“ wurde fortgesetzt und vertieft, Kirchentag und Katholikentag seien seit Köln und Bamberg ein gutes Stück näher aneinandergerückt. Der „Dialog nach draußen“ sei im Begriff, die Grenze der Christenheit zu überschreiten, er habe das Judentum bereits einbezogen. Die vom Konzil gewollte „Öffnung zur Welt“ war ein Hauptgegenstand des Katholikentages, auch wenn da nicht viel mehr geschehen konnte als das Überprüfen und Neuabstecken der Positionen, das Artikulieren von Meinungen. Es wird eine Aufgabe für Jahre sein, diesen Prozeß der Umsetzung

der Konzils-Ergebnisse weiterzuführen, sie einzupflanzen in den Alltag der Kirche in Deutschland.

Aber „selbst dieses große Werk“ stehe unter dem Gesetz der Vorläufigkeit. „Auch wenn wir nicht erwarten dürfen, daß die Welt von uns annimmt, was sie dem Herrn selbst und den Verkündigern seiner Botschaft seit zweitausend Jahren verweigert hat. Es war hart, aber notwendig, daß wir hier in Bamberg, mitten im Aufbruch zu neuen Ufern, mitten in der hochgemuten Stimmung, in die uns das große Vorhaben der Welt-Zuwendung versetzte, erinnert wurden an die letzte Unversöhnbarkeit, die zwischen dem Christus-Glauben und einem radikalen Welt-Zutrauen besteht und die es mit sich bringt, daß nach dem Wegräumen aller menschlichen Ärgernisse und nach der Öffnung aller bisher versperrten Türen doch noch das große, nicht zu beseitigende und nicht zu beschönigende Ärgernis des Kreuzes übrigbleiben wird, das viele vor der geöffneten Tür umkehren lassen wird.“

Wir wollen den Schutt der Jahrhunderte forträumen, um den Weg zur Kirche freizulegen und zu ebnen. Aber wir können es nicht ändern, daß dort der Christus des Kreuzes wartet, dessen Verheißungen nicht in dieser Weltzeit erfüllt werden. Christsein wird mühsam bleiben, auch in der Zukunft. Aber wo auf der Welt hätte es je eine leichte Antwort gegeben auf die ewige Menschenfrage nach dem Sinn des Lebens?“

### Die Grußbotschaft des Papstes

Zum Abschluß der sonntäglichen Großkundgebung hörten die Katholikentagsteilnehmer eine durch den Rundfunk übertragene Grußbotschaft des Papstes. Paul VI. erinnerte daran, daß die deutschen Katholiken zu ihrer ersten Generalversammlung nach dem Konzil zusammengekommen seien. Dabei seien sie sich wohl bewußt, „daß die Umsetzung dieses göttlichen Auftrags im täglichen Leben vielerorts großen Schwierigkeiten begegnen wird, daß er mißdeutet, verzerrt, überhört, ja selbst vergessen werden kann“. Der Papst hege aber die Hoffnung, „daß der Geist des Konzils, der Geist erhöhten religiösen Eifers, der zum Feuer des Glaubens und der Liebe werden soll . . .“, sich durchsetze.

Die Kirche sei aus dem Konzil wunderbar verjüngt hervorgegangen durch die tiefere Erkenntnis ihrer selbst. Was das Konzil vor allem habe sagen wollen, sei, daß die Gemeinschaft des Volkes Gottes eins sei durch die Liebe Christi. „Seid euch bewußt . . ., daß alles, was den Gemeinschaftscharakter verletzt, außerhalb der Linie steht, die das Konzil zur Erneuerung der Kirche vorgezeichnet hat: Sonderheiten, Spaltungen, jedes egoistische Sichabkapseln, ja jede Gleichgültigkeit gegenüber unseren Brüdern und Schwestern, den nahen wie den noch so fernen, muß der brüderlichen Liebe weichen, zu der uns das Konzil auf Christi Wort hin anleitet . . . Nehmt Anteil, mehr als bislang schon, bei der Gestaltung des kirchlichen, des öffentlichen und des kulturellen Lebens; bei der Zusammenarbeit aller Christen gegen jede Not wie bei der Erhaltung und Ausbreitung des Friedens Christi auf der ganzen Welt. Nicht bloße Worte, sondern die von der Liebe getragene Tat soll das Kennzeichen der Christen sein.“

Nach Anhörung der Grußbotschaft des Papstes wurde gemeinsam das lateinische Credo gesungen. Nach dem Schlußwort von Karl Fürst zu Löwenstein sprach Erzbischof Schneider im Wechselgebet mit den Anwesenden die Fürbitten. Die Feier schloß mit dem Segen der Bischöfe.

### Für die liturgische Formung der Gläubigen. Allgemeine Gebetsmeinung für September 1966

1. Die liturgische Formung der Gläubigen, Priester wie Laien, ist trotz der ersten Versuche zur Durchführung der Konstitution über die Liturgie eine bislang noch ungelöste Aufgabe. Sie erfordert viel Zeit, weil menschliches Reifen, Abschiednehmen von Gewohnheiten, überhaupt vom Ritualismus, und das Einleben in ein neues Denken im Spiel sind. Es kann nichts befohlen und erzwungen werden. Auch hindern nicht so sehr die mancherlei Widerstände derer den Auftrag des Konzils, die sich nicht umstellen können oder wollen, sondern vor allem das verbreitete Mißverständnis, als gehe es bei der Erneuerung der Liturgie um neue und andere Rubriken. Vielleicht wird die sehr langsam anlaufende Reform noch zu isoliert gesehen vom Geist des Konzils, von wesentlichen Wandlungen im Verständnis der Kirche wie der Offenbarung in den entsprechenden Konstitutionen. Nicht zuletzt machen sich die Kompromisse des Konzils nachteilig bemerkbar, die auch innerhalb der Liturgiekonstitution erkennbar sind. Hier wie im Offenbarungsdekret bilden die Selbstmitteilung und das Handeln Gottes an seiner Kirche, das Erlösungswerk Jesu Christi und seine lebendige, persönliche und tätige Gegenwart den Mittelpunkt der „allgemeinen Grundsätze zur Erneuerung der heiligen Liturgie“ (Kapitel I). Aber daneben findet sich z. B. ein Satz, der später im Rundschreiben Papst Pauls VI. *Mysterium fidei* in den Vordergrund rückte: „Obwohl die heilige Liturgie vor allem Anbetung der göttlichen Majestät ist, birgt sie doch auch viel Belehrung für das gläubige Volk in sich. Denn in der Liturgie spricht Gott . . .“ (Abschnitt 33).

#### Anforderungen an die Priester

Diese distanzierte Ausdrucksweise „doch auch viel Belehrung“, gleichsam als Nebenprodukt der Anbetung, ist ziemlich weit entfernt vom Geist des ersten und grundlegenden Kapitels und dem späteren Offenbarungsdekret. Sie erscheint noch unberührt von einer Theologie der Verkündigung bzw. der Gegenwart Christi in seinem Wort. Wer dieser Theologie nicht folgen will, weil sie ihm fremd ist, kann sich unter Berufung auf den Wortlaut der Konstitution über die Liturgie zurückwenden vom Hören auf Gottes Wort und vom Ereignis der Erlösung zum Kult der Anbetung, der nun eben etwas anders ausgestaltet wird. Dann unterbleibt freilich die gewünschte liturgische Formung der Gläubigen, wie das weithin beobachtet werden kann, auch in Deutschland (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 300 f.). Wird aber ernsthaft die pastorale Erneuerung der Kirche, und das heißt die Stärkung und Aktualisierung des angefochtenen Glaubens der Christen in der modernen Welt gewollt, so muß man sich entschließen, bei der liturgischen Formung nicht den Blick zurückzuwenden, sondern muß aufmerksam die Gegenwart des handelnden und redenden Erlösers suchen und sie an sich geschehen lassen.

2. Diese Hinwendung zur Liturgie als dem Ereignis der Erneuerung stellt zunächst bestimmte Anforderungen an die liturgische Formung der Priester. Die Konstitution selber sagt, es bestehe keine Hoffnung auf die Verwirklichung einer tätigen Teilnahme des ganzen Volkes Gottes, „wenn nicht zuerst die Seelsorger vom Geist der Liturgie durchdrungen sind“. Davon handeln die ganzen Abschnitte II und III des Ersten Kapitels, aber sie zählen so viele Einzelheiten auf, daß die wiederholt betonte Heilige Schrift (24 und 35) für den, der nicht hören will, als ein zu handhabendes oder verfügbares Element unter